

Urheberrechtliche Hinweise zur Nutzung Elektronischer Bachelor-Arbeiten

Die auf dem Dokumentenserver der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern (ZHB) gespeicherten und via Katalog IDS Luzern zugänglichen elektronischen Bachelor-Arbeiten der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit dienen ausschliesslich der wissenschaftlichen und persönlichen Information.

Die öffentlich zugänglichen Dokumente (einschliesslich damit zusammenhängender Daten) sind urheberrechtlich gemäss Urheberrechtsgesetz geschützt. Rechtsinhaber ist in der Regel¹ die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Der Benutzer ist für die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich.

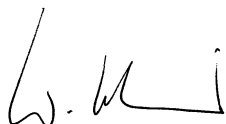
Die Nutzungsrechte sind:

- Sie dürfen dieses Werk vervielfältigen, verbreiten, mittels Link darauf verweisen. Nicht erlaubt ist hingegen das öffentlich zugänglich machen, z.B. dass Dritte berechtigt sind, über das Setzen eines Linkes hinaus die Bachelor-Arbeit auf der eigenen Homepage zu veröffentlichen (Online-Publikation).
- Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers bzw. der Autorin/Rechteinhaberin in der von ihm/ihr festgelegten Weise nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung. Alle Rechte zur kommerziellen Nutzung liegen bei der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, soweit sie von dieser nicht an den Autor bzw. die Autorin zurück übertragen wurden.
- Keine Bearbeitung. Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Allfällige abweichende oder zusätzliche Regelungen entnehmen Sie bitte dem urheberrechtlichen Hinweis in der Bachelor-Arbeit selbst. Sowohl die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit als auch die ZHB übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der publizierten Inhalte. Sie übernehmen keine Haftung für Schäden, welche sich aus der Verwendung der abgerufenen Informationen ergeben. Die Wiedergabe von Namen und Marken sowie die öffentlich zugänglich gemachten Dokumente berechtigen ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen und Marken im Sinne des Wettbewerbs- und Markenrechts als frei zu betrachten sind und von jedermann genutzt werden können.

Luzern, 16. Juni 2010

Hochschule Luzern
Soziale Arbeit



Dr. Walter Schmid
Rektor

¹ Ausnahmsweise überträgt die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit das Urheberrecht an Studierende zurück. In diesem Fall ist der/die Studierende Rechtsinhaber/in.

Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

empfiehlt diese Bachelor-Arbeit

besonders zur Lektüre!

Soziale Stadtentwicklung am Beispiel des Basler St. Johann-Quartiers



Bachelor-Arbeit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

Vida Altorfer

2013

Bachelor-Arbeit

Ausbildungsgang Soziokulturelle Animation

Kurs VZ-09-01

Vida Altorfer

**Soziale Stadtentwicklung am Beispiel des Basler
St. Johann-Quartiers**

Diese Bachelor-Arbeit wurde eingereicht im Januar 2013 in 4 Exemplaren zur Erlangung des vom Fachhochschulrat der Hochschule Luzern ausgestellten Diploms für **Soziokulturelle Animation**.

Diese Arbeit ist Eigentum der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Sie enthält die persönliche Stellungnahme des Autors/der Autorin bzw. der Autorinnen und Autoren.

Veröffentlichungen – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Leitung Bachelor.

Reg. Nr.:

Vorwort der Schulleitung

Die Bachelor-Arbeit ist Bestandteil und Abschluss der beruflichen Ausbildung an der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Mit dieser Arbeit zeigen die Studierenden, dass sie fähig sind, einer berufsrelevanten Fragestellung systematisch nachzugehen, Antworten zu dieser Fragestellung zu erarbeiten und die eigenen Einsichten klar darzulegen. Das während der Ausbildung erworbene Wissen setzen sie so in Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die eigene berufliche Praxis um.

Die Bachelor-Arbeit wird in Einzel- oder Gruppenarbeit parallel zum Unterricht im Zeitraum von zehn Monaten geschrieben. Gruppendynamische Aspekte, Eigenverantwortung, Auseinandersetzung mit formalen und konkret-subjektiven Ansprüchen und Standpunkten sowie die Behauptung in stark belasteten Situationen gehören also zum Kontext der Arbeit.

Von einer gefestigten Berufsidentität aus sind die neuen Fachleute fähig, soziale Probleme als ihren Gegenstand zu beurteilen und zu bewerten. Soziokulturell-animatorisches Denken und Handeln ist vernetztes, ganzheitliches Denken und präzises, konkretes Handeln. Es ist daher nahe liegend, dass die Diplomandinnen und Diplomanden ihre Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und betrachten, den eigenen Standpunkt klären und Stellung beziehen sowie auf der Handlungsebene Lösungsvorschläge oder Postulate formulieren.

Ihre Bachelor-Arbeit ist somit ein wichtiger Fachbeitrag an die breite thematische Entwicklung der professionellen Sozialen Arbeit im Spannungsfeld von Praxis und Wissenschaft. In diesem Sinne wünschen wir, dass die zukünftigen Soziokulturellen Animatorinnen und Animatoren mit ihrem Beitrag auf fachliches Echo stossen und ihre Anregungen und Impulse von den Fachleuten aufgenommen werden.

Luzern, im Januar 2013

Hochschule Luzern, Soziale Arbeit
Leitung Bachelor

Abstract

In der vorliegenden Arbeit wurde die Wirkung der Stadtentwicklungsmassnahmen, die im Basler St. Johann-Quartier getätigt wurden, auf die Bewohnerinnen und Bewohner untersucht. Im Zentrum des Interesses standen der Einfluss der baulichen Massnahmen auf die Lebensqualität im Quartier sowie die Organisation und die Wahrnehmung der Partizipationsmöglichkeiten bei der Quartierentwicklung. Als Methode wurden leitfadengestützte Expertinnen- und Experteninterviews gewählt, die mit fünf Personen durchgeführt und schliesslich qualitativ ausgewertet wurden.

Es zeigte sich, dass die Aufwertung durch das Bauen von Luxuswohnungen und neuen Bauten nicht den Bedürfnissen der Bewohnerschaft entspricht und sogar eher als fremd empfunden wird. Als Indikatoren für positiv empfundene Lebensqualität konnten die bereits in der Literatur diskutierten Bereiche der Grünflächen und Möglichkeiten sozialen Austausches sowie gute Infrastruktur bestätigt werden. Im Weiteren wurde deutlich, dass Partizipation - wie in der Theorie gefordert - ein Grundelement sozialer Stadtentwicklung sein muss, um eine optimale Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner mit den Veränderungen zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund wird der Handlungsbedarf der Soziokulturellen Animation in Stadtentwicklungsfragen abgeleitet und diskutiert. Dabei geht es v.a. um die Vermittlung zwischen den Ansprüchen der bestehenden Wohnbevölkerung, den in diesem Quartier besonders starken Interessen der Wirtschaft und den an sich sozial engagierten Stadtbehörden. Im traditionell industriebezogenen Quartier St. Johann geht es nun um das Finden einer optimalen Balance zwischen den verschiedenen Interessensgruppen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	9
1.1	Fragestellungen	10
1.2	Adressaten und Adressatinnen	10
2	Theoretische Einleitung.....	11
2.1	Soziale Stadtentwicklung.....	11
2.1.1	Annäherung an den Begriff „Stadt“	11
2.1.2	Ansätze der Stadtsoziologie	12
2.1.3	Soziale Stadtentwicklung – Ziele	12
2.1.4	Soziale Stadtentwicklung – Merkmale	14
2.2	Integrale Quartierentwicklung.....	14
2.3	Nachhaltigkeit in der Stadt- und Quartierentwicklung.....	15
2.4	Geteilte Welt in Stadtgesellschaften	18
2.5	Segregation in Städten	20
2.6	Vielfalt im urbanen Raum – geteilte Welten im St. Johann	22
2.7	Leben und Lebensqualität im urbanen Raum.....	23
2.7.1	Urbanität	23
2.7.2	Lebensqualität im urbanen Raum	23
2.8	Partizipation und Stadtentwicklung.....	25
2.8.1	Partizipationsstufen.....	26
2.8.2	Mitwirkung in der Stadt Basel	27
2.8.3	Beispiel Informationsveranstaltung „Voltastrasse – Novartis Campus Plus“	29
2.8.4	Chancen und Grenzen der Partizipation	30
2.8.5	Transparenz und Kommunikation in Partizipationsprozessen	31
3	Das St. Johann.....	32
3.1	Baugeschichte	32
3.2	Bezirke des Quartiers	33
3.3	Stadtentwicklung Basel Nord.....	34
3.4	Integrale Stadtentwicklung in Basel Nord	35
3.5	Städtebauliche Veränderungen im St. Johann	35
3.6	Novartis im St. Johann	37
4	Methodik.....	38
4.1	Forschungsfragen.....	38
4.2	Wahl und Begründung der Forschungsmethode	39
4.2.1	Leitfadeninterviews als Expertinnen- und Experteninterviews	39

4.2.2	Teilnehmende Beobachtung	40
4.2.3	Stichprobe	40
4.2.4	Die Expertinnen und Experten	41
4.2.5	Datenerhebung	42
4.2.6	Datenaufbereitung	42
4.2.7	Datenauswertung	42
4.2.8	Bewertung der gewählten Forschungsmethodik	43
5	Darstellung der Interviewdaten	44
5.1	Bauliche Veränderungen, Aufwertung im St. Johann	44
5.2	Lebensqualität im St. Johann	50
5.3	Partizipationsmöglichkeiten	54
5.4	Stadtentwicklung im St. Johann	58
5.5	Leben mit Novartis	61
6	Diskussion der Forschungsergebnisse	66
7	Soziokulturelle Animation und Stadtentwicklung	71
7.1	Soziokulturelle Animation	71
7.2	Grundlagen der Soziokulturellen Animation	72
7.2.1	Prinzipien der Soziokulturellen Animation	72
7.2.2	Tätigkeitsfelder der Soziokulturellen Animation	72
7.2.3	Funktionen der Soziokulturellen Animation	73
7.2.4	Interventionspositionen	73
7.2.5	Intermediäre Position der Soziokulturellen Animation	74
7.3	Positionen und Handlungsfelder für die Soziokulturelle Animation in Stadtentwicklungsprozessen	75
7.3.1	Soziokulturelle Animation als intermediäre Instanz in der Stadtentwicklung	75
7.3.2	Sozialräumliches Handeln	77
8	Schlussfolgerungen	78
9	Literatur- und Quellenverzeichnis	80
9.1	Literaturverzeichnis	80
9.2	Internetquellen	84
10	Anhang	86

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1. Zieldimensionen sozialer Stadtentwicklung nach Alisch (2002a, S. 95).....	13
Tabelle 2. Stufenmodell der Partizipation nach Lüttringhaus (zit. in Hangartner, 2010, S. 4).....	26
Tabelle 3. Aufbau Leitfaden	40
Tabelle 4. Zusammenstellung der Stichprobe, in Klammern die Initialen der ausgewählten Expertinnen und Experten (mit ihrem Einverständnis)	41
Tabelle 5. Leitprinzipien der Soziokulturellen Animation (Opaschowski, 1996, S. 204, zit. in Hangartner, 2010, S. 289)	72
Abbildung 1. Gegenstromprinzip der nachhaltigen Quartierentwicklung (Hopfner & Zakrzewski, 2012, S. 55)	16
Abbildung 2. Organisation Mitwirkung der Stadt Basel (Leitfaden Mitwirkung, 2007, S. 4)	28
Abbildung 3. Ortsplanausschnitt St. Johann (Statistisches Amt Basel, 2012)	34
Abbildung 4. Handlungsmodell nach Moser et al. (1999) mit Anpassungen von Hangartner (2010, S. 299)	74
Abbildung 5. Vermittlung im weiteren und im engeren Sinne (Hangartner, 2010, S. 317).....	76
Abbildung 6. Rollen der Soziokulturellen Animation im Sozialraum (Willener, 2010, S. 367)	78

Vorwort

Bereits während meinem Studium an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit habe ich mich für die Entwicklung von Städten und das Zusammenleben von Menschen im urbanen Raum interessiert. Das St. Johann-Quartier in Basel steht seit Jahren im Fokus der Stadtentwicklung Basels und wird teils auch als Vorzeigemodell der Stadtentwicklungspolitik propagiert.

Mein Vater ist im St. Johann aufgewachsen und meine Grossmutter lebt noch heute im oberen St. Johann (Kannenfeld). Deswegen hatte ich auch persönlich ein Interesse daran, das Quartier besser kennen zu lernen.

Ein besonderer Dank möchte ich gegenüber den Personen aussprechen, die sich für ein Interview die Zeit genommen haben. Weiter möchte ich Rebekka Ehret für ihre die aufschlussreichen Fachpoolstunden und meinen Eltern für die Unterstützung in der Endphase danken.

1 Einleitung

Mit einem Regierungsratsbeschluss im Dezember 2005 wurden für die Dauer von 5 Jahren 600 000.- jährlich für die „Stadtentwicklung Basel Nord“ (St. Johann und Quartiere auf der Kleinbaslerseite) gesprochen (Schürch; Sartoris & Driling, 2007, S. 49). Eines der Ziele für das St. Johann war, eine Erhöhung der Lebensqualität für die Quartierbewohnerinnen und Bewohner zu erreichen. Das St. Johann sollte „aufgewertet“ werden.

Ob die städtebaulichen Veränderungen, die stattgefunden haben, nun tatsächlich zu einer Steigerung der Lebensqualität der Quartierbewohnerinnen und Bewohner beigetragen haben, ist unklar. Vielmehr entsteht beim Lesen der jeweiligen Projektberichte der Eindruck, dass in erster Linie besserverdienende Leute ins Quartier geholt werden sollten und die Verbesserung der Situation für die sozial schwächer gestellten Bewohnerinnen und Bewohner des St. Johann eher zweitrangig war.

Folgendes Zitat von der Internetseite des Vereins Wasserstrasse verdeutlicht diese Vermutung.

Verein Wasserstrasse (2011, ¶4), St. Johann Basel:

Stadtentwicklung wird vor allem als Werkzeug zur Attraktivitätssteigerung für gute SteuerzahlerInnen verstanden. Eine Entwicklung, die nur Neubauwohnungen, Einkaufszentren und repräsentative Verwaltungsgebäude von global tätigen Firmen fördert, blendet einen Teil der Bevölkerung aus und transportiert ein Bild konfliktfreier Arbeits- und Konsumwelten. Im Laufe dieses Prozesses wurden auch im St. Johann mit dem Bau des Novartis Campus und der Nordtangente sowie dem Stadtplanungsprojekt ProVolta viele langjährige BewohnerInnen mit niedrigerem Einkommen, kleine Handwerksbetriebe und Ateliers aus dem Quartier und der Stadt verdrängt. Eine Unzufriedenheit breitet sich aus und macht sich auch zunehmend lautstark bemerkbar.

In der vorliegenden Arbeit sollen die Auswirkungen der stadtbaulichen Veränderungen im St. Johann genauer untersucht werden.

Die Arbeit gliedert sich in folgende Teile: Nach einer Darstellung der Ausgangslage und verschiedener theoretischer Grundlagen folgt in einem empirischen Teil die Analyse der Situation an Hand gezielter Interviews mit involvierten Betroffenen und Verantwortlichen für die Stadtentwicklung. Am Schluss werden die Ergebnisse diskutiert und im Hinblick auf eine für Bewohnerinnen und Bewohner günstige Lebensqualität bewertet.

1.1 Fragestellungen

Die vorliegende Bachelor-Arbeit umfasst folgende drei Fragestellungen:

1. *Wie ist die Wirkung der Stadtentwicklungsmassnahmen auf die Bewohnerinnen und Bewohner des St. Johann hinsichtlich der Lebensqualität zu bewerten und zu interpretieren?*
2. *Wie ist die Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel organisiert und wie nahmen die interviewten Personen diese Mitwirkungsveranstaltungen wahr?*
3. *Welche konkreten Vorgehensweisen und Handlungsoptionen lassen sich dabei für die Soziokulturelle Animation als Akteurin in Stadtentwicklungsprozessen ableiten?*

1.2 Adressaten und Adressatinnen

Die Bachelorarbeit richtet sich an Personen, die in der Stadtentwicklung und/oder der Soziokulturellen Animation tätig sind sowie an Studierende und Dozierende der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Natürlich richtet sich die Arbeit auch an Personen, die sich für Stadtentwicklungsfragen an sich und speziell für die Stadt(teil)entwicklung des Basler St. Johann-Quartiers interessieren.

2 Theoretische Einleitung

Im folgenden Theorieteil werden grundlegende theoretische Konzepte und Begriffe aus dem Forschungsbereich soziale Stadtentwicklung erläutert und in ihrer Bedeutung für das St. Johann beschrieben.

2.1 Soziale Stadtentwicklung

2.1.1 Annäherung an den Begriff „Stadt“

Bernhard Schäfers (2010) definiert den Begriff Stadt folgendermassen: „Stadt ist ein Siedlungsgebilde, das erstmalig (...) vor ca. sechstausend Jahren auftaucht und gegenüber bisherigen Siedlungsformen, zumal dem Dorf in seinen vielfältigen Ausprägungen, völlig neue Charakteristika aufweist“ (S. 16).

Schäfers (2010) hebt in seiner Definition der Stadt zwei Dimensionen hervor. Er legt den Fokus zum Einen auf die *Siedlungsdichte*, zum Anderen auf die *urbanen Lebensformen*. Im Vergleich zum Dorf weist die Stadt eine dichtere Bebauung sowie höhere Gebäude und somit auch eine höhere Bevölkerungsdichte als das Umland auf. Die Stadt wird durch spezifische Bauten charakterisiert, so wird sie zum ökonomischen und kulturellen Zentrum für ihr Umland. Weiter entstehen in einer Stadt für die Gesellschaft differenzierte Formen des Güteraustausches und der Arbeitsteilung.

Mit der Entwicklung der industriellen Grossstädte entsteht durch Fabriken eine wachsende Marktökonomie, die Stadtgestalt wird durch Verkehrssysteme geprägt. Sozialbeziehungen innerhalb von Stadtgesellschaften sind anonym und freiwillig. Urbanität wird nach 1800 zur grossstädtischen Verhaltensweise: Es gibt Galerien und Museen, Theater- und Konzertsäle, Bahnhofshallen, Kaufhäuser und Grünanlagen wie Parks. Nach 1960 ist die Stadtentwicklung in einer dritten Phase geprägt durch die Entwicklung von suburbanen Räumen, die in die umliegende Landschaft wachsen. Durch den motorisierten Verkehr und die Entwicklung der Berufs- und Produktionsverhältnisse in den tertiären Sektor und den Beginn der „digitalen Revolution“ beginnt ein Weltverstädterungsprozess (S. 16-18).

Schäfers (2010) betont, dass der Begriff „Stadt“ im Hinblick auf die umfassenden ökonomischen und sozialen Entwicklungsgänge nicht in einer einzigen Definition erfasst werden kann: „Bei einer Stadt handelt es sich vielmehr (...) um ein gesellschaftliches

Totalphänomen, das seit nunmehr annähernd sechstausend Jahren eine *conditio sine qua non* der Menschheitsgeschichte und Kulturentwicklung darstellt“ (S. 18).

2.1.2 Ansätze der Stadtsoziologie

In der Stadtsoziologie ist es laut Schäfers (2010) sinnvoll, den Gegenstandsbereich Stadt in Makro-, Meso- und Mikroebene zu differenzieren. Das bedeutet, eine Stadt mittels gesellschaftlichem Strukturzusammenhang auf der Makroebene, der institutionellen Struktur der Stadtgesellschaft auf der Mesoebene und schliesslich die individuelle Handlungsebene der Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Bereichen (öffentlich, privat und beruflich) zu untersuchen (S. 19). Schäfers (2010) definiert in seinem Buch „Stadtsoziologie“ die Grundfragen der Stadtsoziologie. Eine Auswahl der für die vorliegende Arbeit besonders relevanten Grundfragen werden im Folgenden aufgelistet:

- Inwiefern integrieren und identifizieren sich Bürgerinnen und Bürger in und mit ihrer Stadt?
- Zeigen sich Entwicklungen in Hinsicht von Segregation?
- Wie gestaltet sich der öffentliche Raum und dessen Zugänglichkeit und von wem wird er wie genutzt?
- Welche Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es für die Bürgerinnen und Bürger (S. 20)?

Für die Stadt(teil)entwicklung St. Johann sind diese Fragen von grosser Bedeutung. Identifizieren sich die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Quartier? Wie nutzen sie den öffentlichen Raum im Quartier und wie ist dieser überhaupt für sie zugänglich? Entspricht die Gestaltung des öffentlichen Raums den Bedürfnissen der Quartierbewohnerinnen und –bewohner? Können die Bewohnerinnen und Bewohner an der Planung der Stadtentwicklungsmassnahmen teilhaben oder wird über ihrem Kopf hinweg entschieden?

2.1.3 Soziale Stadtentwicklung – Ziele

Monika Alisch (2002b) beschreibt, dass die soziale Stadtentwicklung in Deutschland ihre Wurzeln vorwiegend in der städtebaulichen Stadterneuerung und der stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit hat (S. 15). In ihrem Buch „Soziale Stadtentwicklung“ erläutert Alisch (2002a) die Zielsetzungen der sozialen Stadtentwicklung und merkt an: „Betrachtet man die Zielsetzung der sozialen Stadtentwicklung, wird deutlich, dass sich ein Teil der Ziele und Ansprüche auf die Funktion der Gebiete bezieht, die aufgewertet, stabilisiert oder schlicht verbessert werden sollen“ (S. 90). Soziale Stadtentwicklung kommt gemäss Alisch (2002a) in

Stadtteilen zum Zuge, in denen sich kulturelle und soziale Benachteiligungen wie Arbeitslosigkeit, geringes Bildungs- und Qualifikationsniveau, fehlende berufliche Qualifikation, Einkommensarmut und ein hoher Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung kumulieren. Zudem weisen diese Stadtteile in der Regel die gängigen städtebaulichen Mängel auf und es bestehen Probleme wie Jugendkriminalität, Vandalismus oder Drogenmissbrauch. Das Ziel der sozialen Stadtentwicklung sei, die Wohngebiete zu stabilisieren und aufzuwerten, bevor sie sich zu sozialen Brennpunkten entwickeln (S. 91). Alisch (2002b) betont, dass es ein grundlegendes Anliegen der sozialen Stadtentwicklung sei, die soziale Integration auf Quartiersebene wieder herzustellen (S. 16).

Alisch (2002a) unterscheidet zwischen gebiets- sowie strukturbezogenen Zielen für die soziale Stadtentwicklung:

Tabelle 1. Zieldimensionen sozialer Stadtentwicklung nach Alisch (2002a, S. 95)

Gebietsbezogene Ziele	Strukturbezogene Ziele
- Verhindern weiterer Segregationsprozesse - Stabilisierung der Lebenssituation - Nachhaltige Entwicklungsprozesse initiieren - Lebensbedingungen verbessern - Sozial- und Wirtschaftsstruktur verbessern - Städtebauliche Aufwertung	- Ressourcen bündeln - Ressourcenübergreifende Aktivität (Vernetzung) - Verknüpfung politisch-administrativer Handlungsebenen (Stadtteil, Bezirk, Stadtrat, Land) - Bewohnerbeteiligung - Aktivierung von Selbsthilfe

Die *gebietsbezogenen Ziele* teilt Alisch (2002b) in drei Zielrichtungen ein. Mittels einer städtebaulichen Aufwertung soll das Gebiet modernisiert und die Wohnqualität und Lebensweise in dem benachteiligten Stadtteil sollen den Standards einer modernen Gesellschaft angepasst werden. Weiter sollen soziale, funktionale und bauliche Strukturen angepasst werden, um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu generieren. Die dritte Zielrichtung betrifft die Stabilisierung der Situation des Stadtteils, damit sich die Zustände im Stadtteil nicht weiter verschlechtern (S. 16).

Mittels der *strukturbezogenen Ziele* sollen nach Alisch (2002b) nicht nur stadtgeseellschaftliche Probleme gelöst werden, sondern auch herkömmliche Vorgehensweisen aufgefrischt werden. Diese Ziele, welche Alisch (2002b) ebenfalls in drei Zielrichtungen einteilt, umfassen eine angestrebte Qualität sozialer Stadtentwicklung im Sinne einer integrierten Politik. So sollen flächendeckende Problemlösungen und Projektfinanzierungen angestrebt werden. Zudem sollen sich politisch-administrative

Handlungsebenen vernetzen, sodass verschiedene Akteure an den Projekten mitwirken. Als dritte Zielrichtung wird die Mitwirkung der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner an der Projektentwicklung als Qualitätssiegel dargestellt (S. 17).

2.1.4 Soziale Stadtentwicklung – Merkmale

Alisch (2002a) betont: „Handlungsansätze sozialer Stadtentwicklung richten sich auf einzelne städtische Teilgebiete, die als „problematisch“, „benachteiligt“ oder „erneuerungsbedürftig“ erachtet wurden“. Mit dem Quartieransatz würde ein Zugang zur Problembearbeitung angestrebt, der im Vergleich mit dem Begriff „Gebiet“ den sozialen Charakter des Raumes hervorhebt. Somit sei die soziale Stadtentwicklung auf der Ebene der Quartiere angesiedelt, wobei vor allem Quartiere mit hoher Arbeitslosigkeit, schlechtem Wohnraum, infrastrukturellen Defiziten, vernachlässigten öffentlichen Räumen usw. in den Fokus von Stadtentwicklungsprogrammen kommen würden (S. 97-98). Als weitere Merkmale sozialer Stadtentwicklung beschreibt Alisch (2002b) eine ressort- und ebenenübergreifende Koordination sowie den intermediären Bereich, in welchem versucht wird, Akteure und Institutionen als intermediäre Instanzen zu suchen, welche zwischen den verschiedenen Interessensgruppen als Vermittlungsinstanz tätig sind. Ein weiteres Merkmal der sozialen Stadtentwicklung ist die Partizipation der Menschen vor Ort (S. 19).

2.2 Integrale Quartierentwicklung

Ein weiterer, vor allem auch in der Schweiz verbreiteter Ansatz, welcher auch in der Stadtentwicklung Basel Nord angewandt wurde, ist die integrale Quartierentwicklung (vgl. Kapitel 3.4).

Gemäss Emmenegger (2005) ist Quartierentwicklung und Planung heute durch grenzüberschreitende Problemlagen und zunehmende Komplexität gekennzeichnet. So würden soziale, räumliche kulturelle, ökonomische und ökologische Fragestellungen zusammentreffen und gemeinsam mit dem Fokus auf das Ganze betrachtet werden. Eine kooperative und partizipative Zusammenarbeit stellt die Grundlage dar für eine integrale Quartierentwicklung, welche die Verbesserung oder die Schaffung von Lebensqualität in den Quartieren zum Ziel hat. Emmenegger (2005) merkt an: „Durch eine breit abgestützte Zusammenarbeit zwischen Quartier und Verwaltung entstehen bessere Lösungen in der Quartierentwicklung, gemeinsam entwickelte Planungen und Projekte stossen auf grössere Akzeptanz und die Massnahmen zeigen schliesslich eine nachhaltigere Wirkung“. Einigungsgespräche in den Mitwirkungsprozessen seien zwar harte Arbeit, jedoch würden

sie das Vertrauen in die umgesetzten Massnahmen stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt begünstigen (S. 14-15).

2.3 Nachhaltigkeit in der Stadt- und Quartierentwicklung

Welche Faktoren müssen berücksichtigt werden, damit Quartierentwicklung/ Stadt(teil)entwicklung als nachhaltig angesehen werden kann? Wie können Quartiere einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten? Über diese Fragen soll dieses Unterkapitel Aufschluss geben.

Als erstes soll der Nachhaltigkeitsbegriff genauer erläutert werden. Alex Willener (2007) betont: „Es geht im Grundsatz darum, bei der Entwicklung auf die Bedürfnisse zukünftiger Generationen Rücksicht zu nehmen“ (S.100). Weiter beschreibt Willener (2007), dass es drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gibt, und zwar die gesellschaftliche, die ökonomische sowie die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit. Zudem unterstreicht er die Wichtigkeit, sich bei Projekten möglichst bald die Frage zu stellen, welche Faktoren die Nachhaltigkeit begünstigen können (S. 100-101).

Hopfener und Zakrezwski (2012) beschreiben, dass für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie ein ausgeklügeltes Umsetzungskonzept genau so wichtig sei, wie die Zielsetzung, den Prozesscharakter nachhaltiger Entwicklung zu berücksichtigen, um offen für Unerwartetes und Veränderungen zu sein (S. 51). Klaus Selle (2000) unterstreicht die Partizipation als Kernaufgabe im Rahmen von echter Mitwirkung und Mitgestaltung anstatt Bürgerbeteiligungen als Alibiveranstaltung (zit. in Karin Hopfener & Philipp Zakrezwski, 2012, S. 51).

Der Begriff an sich, so wie auch die Inhaltsdimensionen der „nachhaltigen Quartierentwicklung“ können, wie Hopfener und Zakrezwski (2012) erklären, von dem Begriff und den Inhaltsdimensionen nachhaltiger Stadtentwicklung abgeleitet werden. So könne die Entwicklung eines Quartiers unter anderem als nachhaltig bezeichnet werden, wenn soziale, ökologische und ökonomische Anliegen gleich gewichtet werden, die Bedürfnisse der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner beachtet werden und die Umsetzung partizipativ, kommunikativ und reflexiv ablaufe. Jedoch sei es zu oberflächlich, gesamtstädtische Konzepte einfach auf die Quartiersebene zu übertragen, die Quartierentwicklung soll sich zwar nach den übergeordneten Zielen der nachhaltigen Stadtentwicklung richten, aber den quartierbezogenen Zielen und den Bedürfnissen der lokalen Akteure Rechnung tragen (S. 55).

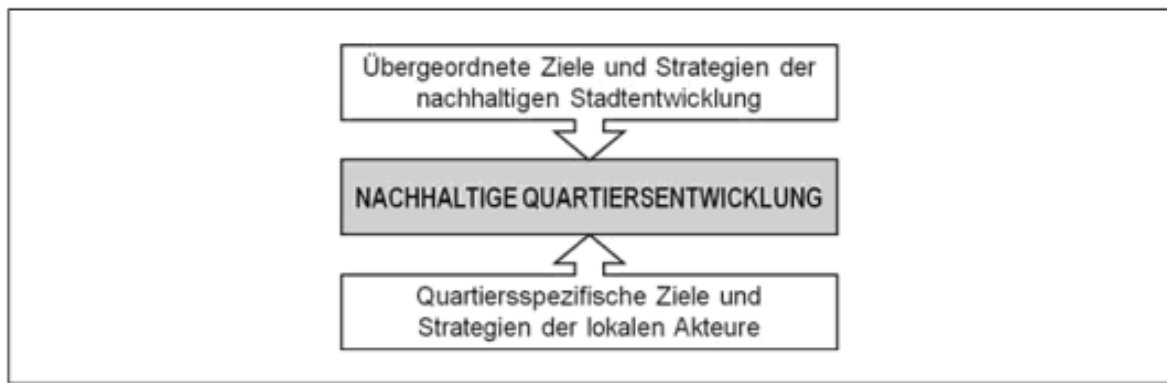


Abbildung 1. Gegenstromprinzip der nachhaltigen Quartierentwicklung (Hopfner & Zakrzewski, 2012, S. 55)

Hopfner und Zakrzewski (2012) betonen, dass bei der nachhaltigen Stadtentwicklung die soziale Dimension der Nachhaltigkeit eher ungenau und losgelöst bleibt, wobei sie dann auf der Ebene der Quartierentwicklung klarer und genauer erscheint. Vor allem den partizipativen Verfahren komme auf der Quartiersebene eine besondere Bedeutung zu (vgl. Kapitel 2.8), jedoch sei im Bezug auf die nachhaltige Entwicklung eine ausschliessliche Fokussierung auf soziale und partizipatorische Aspekte oder eine Beschränkung auf benachteiligte Quartiere genau so verfehlt, die unzureichende Berücksichtigung der sozialen Dimension (S. 55).

Nach Hopfner und Zakrzewski (2012) hängen funktionierende Massnahmen nachhaltiger Quartierentwicklung in einem bestimmten Wohngebiet nicht allein vom Sozialkapital der Bewohnerschaft ab, sondern werden noch von anderen baustrukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen sowie noch weiteren nicht genau fassbaren Merkmalen beeinflusst. Die Autoren führen vor diesem Hintergrund eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Quartiertypen ein und stellen drei besonders häufig anzutreffende Quartiertypen vor:

Quartiertyp 1:

Ein- und Zweifamilienhausgebiet (1960er Jahre), periphere Lage, hohe Einkommensschicht, hohes Durchschnittsalter, selbstnutzende Eigentümer, stagnierende Nachfrage.

Quartiertyp 2:

Geschossbauquartier des sozialen Wohnungsbaus (1970er Jahre), Stadtrandlage, mittlere und untere Einkommensschichten, privatwirtschaftliche Eigentümer, abnehmende Nachfrage.

Quartiertyp 3:

Stadtquartier in Blockrandbebauungen (Gründerzeit), Innenstadtlage, Mischung von Einkommensschichten, überwiegend private Kleineigentümer, steigende Nachfrage. (S. 61-62).

Das St. Johann kann man am ehesten dem Quartiertyp 2 nach Hopfener und Zakrzewski zuordnen. Deswegen wird in dieser Arbeit auf diesen Quartiertyp näher eingegangen.

In Quartieren mit mehrstöckigen Wohnhäusern wurde nach Hopfener und Zakrzewski (2012) zuerst in aufgelockerten Strukturen, später dann unter dem Motto „Urbanität durch Dichte“ gebaut. Die Rahmenbedingungen dieser Quartiere seien sehr unterschiedlich, oftmals hätten die Gebiete jedoch Probleme bezüglich Nachfrage, Image oder sozialer Benachteiligung. Die Bestände würden teils einen Investitionsstau aufweisen und so nicht mehr den heutigen Wohnbedürfnissen entsprechen. Die Quartierbewohnerinnen und -bewohner solcher Quartiere hätten als Mieter kaum Einfluss auf die Strategie und Investitionsbereitschaft der Eigentümer der Häuser und befänden sich so oft in einer schwierigen Lage. Zudem hätten gewinnorientierte Wohnungsunternehmen grundsätzlich eine andere Auffassung, wie eine nachhaltige Entwicklung aussehen sollte, als die Menschen, die in dem Quartier wohnhaft sind. Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Quartierentwicklung müssen in solchen Quartieren Handlungsfelder, die soziale Aspekte und Entwicklungen betreffen, besonders beachtet werden (S. 61-62).

Hopfener und Zakrzewski (2012) beschreiben weiter, dass oftmals grosse Diskrepanzen zwischen den Anliegen und dem Alltagshandeln der Quartierbevölkerung und zwischen den Zielen nachhaltiger Stadtentwicklung bestehen. Der Nachhaltigkeitsanspruch müsse somit möglichst umfangreich betrachtet werden, was jedoch schnell zu einer Überforderung führen könne. Auf der Quartiersebene können aufgrund der Begrenztheit des sozialen Raums, Konzepte nachhaltiger Entwicklung im Gegensatz zur gesamten Stadt besser umgesetzt, d.h. an die Lebensumstände und das Bewusstsein der Quartierbevölkerung angepasst werden. Die Quartiersebene kann so als Umsetzungsebene für viele Massnahmen, welche zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen, angesehen werden. Hopfener und Zakrzewski (2012) halten fest: „Nachhaltige Quartierentwicklung ist ein Prozess im Schnittfeld aller Sektoren, d.h. Stadt/Kommune, Privatwirtschaft und Intermediärer Sektor“. Einer respektvollen, klaren und kommunikativen Planungs- und Beteiligungskultur komme ein hoher Stellenwert zu. Da sich verschiedene Quartiere alle von einander unterscheiden, könne es kein für alle geltendes Rezept für eine nachhaltige Entwicklung geben. Konzepte und Massnahmen müssen demnach den in den Quartieren gegenwärtigen Sozial- und Eigentümerstrukturen angepasst werden. Hopfener und Zakrzewski (2012) merken an: „Durch die gemeinsame Erarbeitung von Quartierentwicklungskonzepten, die als Bindeglied zwischen den kommunalen Zielen und Massnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung und den Zielen und Ideen der lokalen Akteure fungieren, kann nachhaltige Quartierentwicklung konkretisiert werden“. So seien Ziele, welche aus einer Zusammenarbeit entstanden sind verbindlicher, als solche Ziele, die von oben herab festgelegt wurden. Konzepte, die einen

gewissen Spielraum für die Rahmenbedingungen erlauben, seien für eine nachhaltige Quartierentwicklung förderlich (S. 62-63).

2.4 Geteilte Welt in Stadtgesellschaften

Die Frage, wieviel soziale Ungleichheit eine Stadt ertragen kann, konnte, wie Monika Alisch (2002a) beschreibt, von der Stadtsoziologie noch nicht schlüssig beantwortet werden. Dies charakterisiere auch die Schwierigkeit stadtentwicklungspolitischer Prozesse, die Balance zwischen urbaner Vielfalt durch das verträgliche Mass an sozialer Ungleichheit sowie der nötigen städtischen Integration müsse gehalten werden (S.12). Alisch (2002a) sagt weiter, dass die Entwicklungen ökonomischer Ausgrenzung auch räumlich ihre Spuren hinterlassen. So sind Personen mit geringerem Einkommen oftmals in ehemaligen Arbeiterquartieren wohnhaft, welche weder für eine Aufwertung noch für eine Sanierung interessant seien. Diese Quartierbewohnerinnen und Bewohner würden dadurch räumlich ausgegrenzt aus den wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der Städte (S.39).

Diese Aussage trifft auf das Untersuchungsgebiet St. Johann nur begrenzt zu. Zwar wohnen im Quartier viele Personen mit geringem Einkommen (vgl. Kapitel 3), dennoch ist das Quartier in den Fokus der Stadtentwicklung Basel gekommen. Ob diese Stadtentwicklungsmassnahmen für diese Personen eine Steigerung der Lebensqualität bewirken oder ob sie sich dadurch nur noch mehr an den Rand gedrängt fühlen, ist eine andere Frage. Auch im St. Johann gibt es die Tendenz, dass alte Gebäude vernachlässigt und nicht saniert werden, weil wohl das Abreissen der Häuser für die Besitzer lukrativer wäre, als eine Sanierung.

Alisch (2002a) nennt die ökonomische Umstrukturierung als ausschlaggebenden Grund für wachsende Unterschiede innerhalb einer städtischen Gesellschaft. Sie führt diese Umstrukturierung auf drei gesellschaftliche Prozesse zurück: 1. Das Auseinanderentwickeln der Einkommenshöhe sowie die unterschiedliche Einkommens- und Arbeitsplatzsicherheit. 2. die Ausdifferenzierung der Lebens- und Wohnformen durch generelle Wohlstandsentwicklungen (so sind die Haushalte kleiner geworden). Ebenso sei laut Alisch (2002a) die Nachfrage nach innenstadtnahem Wohnraum grösser geworden, daraus resultiere der Konkurrenzdruck zwischen den besser ausgebildeten, einkommensstärkeren neuen Haushalten und den ökonomisch und sozial benachteiligten Gruppen, welche bereits vorher auf den günstigen Wohnraum in der Stadt angewiesen waren. 3. Die sozio-kulturelle Heterogenisierung der Stadtgesellschaft. Hierbei sei der Lebensstil als Merkmal zur

Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu nennen. Dieser stelle eine bedeutende Dimension sozialer Ungleichheit dar.

Die Nachfrage nach Wohnraum verhalte sich selektiv nach finanziellen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten und Vorlieben. Dadurch haben beliebte Stadtquartiere einen grossen Nachfragedruck nach Wohnraum und erfahren so eine Gentrifizierung (Auf- und Umwertung innenstadtnaher Wohngebiete), wohingegen andere Stadtquartiere als vernachlässigte oder vergessene Stadtteile ihre Unwichtigkeit aushalten müssen (S. 41-42).

Alisch (2002a) beschreibt, die doppelte Benachteiligung von benachteiligten Menschen in benachteiligten Quartieren. Benachteiligte Personengruppen leben oft in Stadtteilen die stark von Verkehrslärm belastet und oftmals auch in der Nähe zu störendem Gewerbe sind, wenig Infrastruktur und viele Wohnungen beherbergen, die nicht dem Wohnstandard entsprechen. Diese vorherrschenden Umstände erschweren die soziale Integration sowie den sozialen Aufstieg der Bewohnerinnen und Bewohner zusätzlich. Hierzu betont Alisch (2002a) den politischen Fehlschluss, dass die räumliche Konzentration benachteiligter Personengruppen das Problem der jeweiligen Räume sei und dieses Problem mittels städtebaulichen Massnahmen zu lösen versucht werde. Die beschriebene doppelte Benachteiligung weise auf die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Problemlagen hin (S. 46-47).

Diese Problematik lässt sich auch im St. Johann beobachten. Das Quartier hat auch heute, auch nach den diversen städtebaulichen Massnahmen mit starker Verkehrslärmbelastung zu kämpfen und die Pharmaindustrie ist im Quartier allgegenwärtig. Es gibt viele Wohnhäuser, die sanierungsbedürftig wären, jedoch von ihren Besitzern oft aus Spekulationszwecken vernachlässigt werden. Viele Wohnhäuser mussten auch den städtebaulichen Veränderungen weichen, wie beispielsweise der Nordtangente. Bei den städtebaulichen Massnahmen an der Voltastrasse wurde die „Schaffung einer guten Adresse Voltastrasse“ als ein Ziel definiert. Die neuen Häuser beherbergen Wohnungen im oberen Preissegment und sind so für die früheren Anwohnerinnen und Anwohner nicht mehr erschwinglich. Zwar wurde so die doppelte Benachteiligung (Verkehrslärm, alte sanierungsbedürftige Wohnungen) der Personen die vorher dort wohnten, durchbrochen, indem an dieser Lage jetzt Wohnungen mit einem hohen Ausbaustandard stehen, doch sind diese Wohnungen nur für besserverdienende Personen erschwinglich und viel günstiger Wohnraum ging verloren. Auf die städtebaulichen Veränderungen und Massnahmen wird im Kapitel 3 eingegangen.

2.5 Segregation in Städten

Andreas Farwick (2001) beschreibt, dass in Städten nach wie vor, wenn auch weniger ausgeprägt als in den 70er Jahren, soziale und bauliche Muster erkennbar seien. So wird in einer Stadt zwischen Arbeiterquartier (vgl. St. Johann) „Gute-Leute-Viertel“ und weiteren Bezeichnungen, unterschieden. Für die Erklärung des Begriffes „Segregation“ lehnt sich Farwick an die Definition von Lichtenberger (1983), welcher Segregation folgendermassen definiert: „Der Begriff „Segregation“ beschreibt in dynamischer Betrachtung Prozesse der räumlichen Differenzierung, Sortierung und Separierung. Sie bilden das wichtigste sozial-räumliche Ordnungsprinzip der städtischen Gesellschaft“ (zit. in Farwick, 2001, S. 25). Farwick (2001) erklärt weiter, dass die Verteilung von Bevölkerungsgruppen in einem Raum bei statistischen Betrachtungen einer Stadt als Segregation verstanden werde (S.25). Gemäss Jürgen Friedrichs und Sascha Triemer (2008) ist die Analyse der Segregation in Städten ein zentraler Bestandteil sozialwissenschaftlicher Stadtforschung, um die räumlichen Auswirkungen sozialer Ungleichheit, wie beispielsweise das Einkommen, ethnische Zugehörigkeit oder Bildung zu untersuchen. Die Autoren beschreiben Segregation als „disproportionale Verteilung sozialer Gruppen über die Stadtteile“ (S. 16). Friedrichs und Triemer (2008) weisen darauf hin, dass Wohngebiete einen Einfluss auf den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, Arbeit, sozialer Integration und Bildung haben. Dabei gehe man davon aus, dass benachteiligte Quartiere über wenig infrastrukturelle Einrichtungen verfügen und im Allgemeinen soziale Defizite aufweisen. Wenn die Einkommensungleichheit in einem Quartier zunimmt, führe dies zu einer stärkeren Segregation. Die Autoren stellen sich die Frage, welche soziale Mischung der Bewohnerschaft eines Stadtteils sich in welcher Form auf deren Lebenschancen auswirken. Sie betonen, dass sich mit dieser Frage das Problem der sozialen oder auch ethischen Segregation zu einem Problem hoher oder geringer sozialer Durchmischung entwickle. Friedrichs und Triemer (2008) schreiben, dass sich die Diskussion über die Effekte der Segregation fast ausschliesslich auf benachteiligte Wohngebieten beziehen würde, wohingegen das Interesse gegenüber Wohngebieten mit einer homogen reichen Bewohnerschaft gering sei (S. 17). Farwick (2001) weist darauf hin, dass Quartiere, die eine hohe Standortbeliebtheit haben, oft viele Einfamilienhäuser beherbergen und sich an einer günstigen Stadtlage befinden. Im Gegensatz dazu seien abgelehnte, benachteiligte Stadtteile hauptsächlich Arbeiterinnen- und Arbeiterquartiere mit geringen sozialen Status sowie einem hohen Ausländeranteil (S.38).

Diese Aussage von Farwick trifft auf das St. Johann sehr gut zu: Das Quartier befindet sich im Norden von Basel, in unmittelbarer Nähe zur Industrie, hat den Charakter eines klassischen Arbeiterinnen- und Arbeiterquartieres und wird als benachteiligt bezeichnet.

Der sozialen Durchmischung werden laut Friedrichs und Triemer (2008) positive Effekte auf die Bewohnerinnen und Bewohner zugeschrieben (S. 17). Auch Barbara Emmenegger (2012) beschreibt, dass der direkte Kontakt zwischen Angehörigen verschiedener Schichten und Milieus und zwischen Personen verschiedener Herkunft, sich förderlich auf die Integration auswirken könne, da die räumliche Nähe dieser verschiedene Menschen eine Überprüfung der alltäglichen Rolle erlaube und so eine Abwärtsspirale verhindern könne (S. 28). Diese Hypothese wird jedoch auch in Frage gestellt. Farwick (2001) zitiert hierzu Herlyn (1974): „Ganz allgemein trifft zu, dass man in dem alltäglichen Interaktionsfeld des vertrauten Wohnquartiers Menschen bevorzugt, deren Verhalten man von seinem eigenen Verhaltensweisen her kennt und deren Rollenverhalten dem eigenen nahe kommt“ und Bourdieu (1991): „Tatsächlich steht einem nichts ferner und ist nichts weniger tolerierbar als Menschen, die sozial fern stehen, aber mit denen man räumlich in Kontakt kommt“ (zit. in Farwick, 2001, S. 39). Farwick (2001) beschreibt, dass so die freiwillige, soziale Entflechtung eine Strategie zum Konfliktvermeiden darstellen könne (S. 39). Auch gemäss Emmenegger (2012) könne Segregation als Mittel der Konfliktvermeidung angesehen werden, im Sinne von „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ sei es einfacher, in der Nähe von Menschen, die gleichgesinnt sind, zu leben, da es so weniger Konfliktmöglichkeiten gäbe (S. 29).

Martin Lenz (2007) beschreibt, dass sich nach Friedrichs in Erklärungsansätzen für Segregation auf der Ebene der Stadt oder des Stadtviertels oft Individualmerkmale mit Merkmalen der Wohnungen wechselseitig beeinflussen, indem beispielsweise das Durchschnittseinkommen als Indikator für die Mietzahlungsfähigkeit oder der Bildungsstandard als Indikator für den Lebensstil genommen werden. Auch der Anteil an Eigentumswohnungen oder der Anteil an Wohnungen ohne Badezimmer oder Zentralheizung sowie die durchschnittliche Wohnungsgrösse gelten als Indikatoren der Wohngelegenheiten. Auf der Makroebene könne Segregation nur durch soziale und räumliche Merkmale erklärt werden. Gemäss Friedrichs genüge es nicht, so Lenz (2007) Segregation in dem Sinn zu erklären, dass sie umso ausgeprägter sei, je grösser die Schere zwischen den Einkommen in einer Stadt sei. Es müsse die Ungleichheit der Wohnungen so wie auch deren ungleiche Verteilung hinzugenommen werden (S.29). Friedrichs (ohne Datum) erklärt:

Je grösser die Ungleichheit der Wohnungen und deren ungleiche Verteilung über die Stadtfläche und (...) je grösser die Einkommensungleichheit, desto höher ist der Grad der Segregation. Die Mikro-Hypothese lautet: Je grösser die individuellen Wahlmöglichkeiten unter den vorhandenen Wohnungen/Häuser sind, desto eher kann

der Haushalt entsprechend seinen Präferenzen einen Wohnstandort wählen. (Zit. in Lenz, 2007, S. 29)

2.6 Vielfalt im urbanen Raum – geteilte Welten im St. Johann

Wie Wolf-Dietrich Bukow, Gerda Heck, Erika Schulze und Erol Yildiz (2011) betonen, war Vielfalt schon immer eine grundlegende Eigenschaft von Stadtgesellschaften (S. 7). Weiter beschreiben Bukow et al. (2011), dass Städte durch ihre formale Strukturentwicklung die Fähigkeit erworben haben, Vielfalt zu verarbeiten und dadurch ihre Komplexität zu steigern. In dem Prozess des Ausbaus der Städte im 20. Jahrhundert habe sich diese formale Struktur auch beim Einbezug von Flüchtlingen oder später von Einwanderinnen und Einwanderern bewährt. Die grundlegenden Erkenntnisse von Bukow et al. (2011) bestehen darin, dass Stadtgesellschaften eine Reaktion auf Vielfalt sind und Vielfalt zum Anlass genommen wird, urbanes Zusammenleben zu organisieren. Dabei stehe die Vielfalt als solche nicht zur Disposition, es gehe lediglich darum, die Vielfalt in der Gesellschaft zu verankern. Innerhalb der europäischen Stadt sei immer wieder versucht worden, die kulturelle, soziale, sprachliche und religiöse Vielfalt zu politisieren, um urbane Machtstrukturen auszugestalten. So sei eine Tendenz zu beobachten, dass Vielfalt verschärft und politisch aufgeladen würde, um an ihr Macht und Ordnung zu demonstrieren (S. 8-9). Bukow et al. (2011) schreiben, dass sich der urbane Alltag der Stadtgesellschaften durch die Globalisierung und die neuen Kommunikations- und Mobilitätsformen ausweitete. Die Bevölkerung reagiere auf diese neue Vielfalt verschieden. In gemischten Quartieren, wo die Vielfalt schon immer grösser war, werde diese als selbstverständlicher wahrgenommen, als in homogenen Quartieren (S. 10-11).

Bukow (2011) bekräftigt, dass Städte, seit es sie gibt, Orte der Vielfalt sind, jedoch würde das Phänomen der Vielfalt heute anders wahrgenommen. Bukow (2011) sieht den Grund dafür in dem ungewöhnlich starken gesellschaftlichen Wandel, den diese Vielfalt offenbar durch die qualitative und quantitative Veränderung ausgelöst hat, was sich in der Zusammensetzung der urbanen Bevölkerung zeigen würde. Diese Veränderungen würden bei der Bevölkerung zu Verunsicherung und Irritation führen. Es gehe nun nicht mehr um die üblichen Probleme und Konflikte urbanen Zusammenlebens, sondern darum, ob man sich gedrängt sehen würde, sich anders als gewohnt einzurichten. Das Bild der urbanen Bevölkerung habe sich durch die Mode, Sprache und Lebensstile verändert, die Zusammensetzung der Bevölkerung habe sich verändert (S. 207). Gemäss Bukow (2011) wurde die neue Vielfalt im national-mitteuropäischen Blickfeld im Bezug auf nationale Identität, Kultur und Religion lange Zeit einseitig und verunsichernd wahrgenommen. Bukow

(2011) merkt an: „Statt einen Diskurs über den gesellschaftlichen Wandel insgesamt, über die in letzter Zeit qualitativ wie quantitativ massiv zunehmende Vielfalt zu führen, hat man einen Diskurs über den „Ausländer“ begonnen und ihn faktisch bis in die jüngste Zeit fortgeführt“. Bukow (2011) erklärt, dass es mit der Verschiebung auf den nationalen Diskurs nicht verwunderlich sei, dass die Reaktion auf die neue Vielfalt eher negativ gefärbt war, da man versucht habe, den Boten für die Botschaft verantwortlich zu machen. Mittlerweile habe sich der Diskurs vom Thema der ausländischen Wohnbevölkerung auf das Thema der Integration verschoben und die Forderung nach Integration wurde zum Aufruf der Stunde. Endlich wachse das Bewusstsein, dass es um eine neue Vielfalt geht, bei der es sich um ein relatives Phänomen handle, was die Stadtgesellschaft seit ihrer Entstehung her begleite (S. 208).

2.7 Leben und Lebensqualität im urbanen Raum

2.7.1 Urbanität

Als Definition des Begriffes Urbanität greift Schäfers (2010) auf die Definition von Salin (1960) zurück: „Urbanität (ist) nicht losgelöst zu denken von der aktiven Mitwirkung einer Stadtbürgerschaft am Stadtreignis (...). Urbanität ist Bildung, ist Wohlgebildetheit an Leib und Seele und Geist; aber sie ist in allen Zeiten [...] auch fruchtbare Mitwirkung des Menschen als politisches Wesen in seinem ihm und nur ihm eigenen politischen Raum“ (zit. in Schäfers, 2010, S. 161). Auf den Begriff „Urbanität“ kann gemäss Schäfers (2010) nicht mehr verzichtet werden, sei es nur schon, um Stadtentwicklung und städtisches Verhalten mittels eines Spiegels anzusehen (S. 161). In der Stadt- und Regionalsoziologie wird Raum nach Weiske (2006) als „alltagsweltlich organisierten Kontext der Erfahrungen handelnder Menschen basierend auf bestimmten Anordnungen von Objekten im Raum und sozialkulturell vorgeprägten Raumnutzungsmustern“ bezeichnet (zit. in Schäfers, 2010, S. 143). Schäfers (2010) beschreibt das urbane Leben als „Spannungsverhältnis zwischen physischer Nähe und sozialer Distanz“, in einer immer anonymen werdenden Stadtgesellschaft sei es unumgänglich, den Unterschied zu den anderen Menschen wahrzunehmen und auszuhalten, trotzdem erlaube das städtische Leben sowohl Annäherung als auch Distanz (S.165).

2.7.2 Lebensqualität im urbanen Raum

Gemäss Babette Renneberg und Philipp Hammelstein (2006) wurde über die Definition des Begriffes Lebensqualität lange gestritten, da angezweifelt wurde, ob Lebensqualität überhaupt

messbar ist. Lebensqualität zu erfassen sei schwierig, da es sich um ein nicht oder nur schwer beobacht- und erschliessbares Konstrukt handle. Renneberg und Hammelstein lehnen sich an die Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO (1997), welche Lebensqualität folgendermassen definiert: „Lebensqualität ist die subjektive Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertsystemen, in denen sie lebt und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Standards und Anliegen“ (zit. in Renneberg & Hammelstein, 2006, S. 29). Nach dieser Definition wird Lebensqualität als ein multidimensionales Konstrukt verstanden, welches soziale, physische, psychische und ökologische Aspekte unter dem Blickwinkel des persönlich erfahrenen Wohlbefinden und der Funktionsfähigkeit zusammengefasst und dabei der kulturelle Hintergrund sowie das Wertesystem berücksichtigt (S. 29-30).

Einen weltweiten Vergleich der urbanen Lebensqualität liefert das Mercer-Ranking des amerikanischen Beratungsunternehmens Mercer, welches auch drei Standorte in der Schweiz hat. Mercer vergleicht jedes Jahr die Lebensqualität von Städten auf der ganzen Welt. Die Lebensqualität operationalisieren sie anhand von 39 Faktoren, welche sie in 10 Kategorien einteilen, unter anderem das soziale und politische Umfeld, soziokulturelle Bedingungen, Bildung, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Infrastruktur und öffentlicher Verkehr, Wohnen und Umwelt, Konsumgüter und Unterhaltung. Unter den Top 10 der Städten mit der höchsten Lebensqualität der Welt befinden sich im Jahre 2012 auch zwei Schweizer Städte, nämlich die Stadt Zürich auf dem Platz zwei (hinter Wien) sowie die Hauptstadt Bern auf dem Platz 10.

Die Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich führt regelmässig Befragungen betreffend der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner durch. Franziska Dörig (2003) beschreibt in ihrem Artikel in dem Magazin „Stadtblick“, dass die Verbesserung der Lebensqualität mittlerweile ein oft genanntes Ziel vieler Organisationen sei. Sie betont die unterschiedlichen Bedeutungen, welche dem Begriff „Lebensqualität“ an sich zugeschrieben würden und erklärt sich so die Beliebtheit des Begriffes: „Was inhaltlich schwer festzulegen ist, was sich weder direkt beobachten noch messen lässt, kann gefahrlos verwendet werden, zumal ein klarer Nachweis einer Verbesserung oder Verschlechterung häufig unmöglich ist“ (S. 16). Dörig (2003) weist weiter darauf hin, dass es keinen Konsens gibt, was Lebensqualität bedeutet, jedoch haben sich in der Schweiz, um Lebensqualität zu beschreiben, die objektiven Lebensbedingungen wie auch das subjektive Wohlbefinden in den verschiedenen Lebensbereichen herauskristallisiert (S. 16). Für ihre Befragung hat die Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich die Teilbereiche soziale Beziehungen und Partizipation, Wohnen, öffentliche Einrichtungen und Angebote, Politik, Umwelt, Sicherheit,

Einkommen und Lebensstandard, Erwerbsstatus und Arbeitssituation, Gesundheit und Freizeit definiert, welche sich stark an die Kategorien lehnen, welchen sich auch Mercer für die Studie der Lebensqualität von Städten auf der ganzen Welt bedient. Bei der Befragung wurden die Bereiche Umwelt, Wohnen und Freizeit als relevante Aspekte bezüglich der Lebensqualität am meisten genannt, interessant dabei war, so Dörig, dass die für die Befragung definierten Teilbereiche auch die Wahrnehmung der Befragten widerspiegelte und Bereiche genannt wurden, welche die Stadt Zürich beeinflussen könne (S. 17). Dörig (2003) schliesst aus den Ergebnissen der Befragung, dass Zufriedenheit durch Bedürfnisse und Erwartungen und nicht nur durch objektive Gegebenheiten geprägt wird. Ob sich die Lebensqualität verbessere oder nicht, sowie wo genau Handlungsbedarf bestehe, könne nur subjektiv beurteilt werden (S. 18).

Auch Barbara Emmenegger (2005) beschreibt, dass mittels Stadtteilentwicklungsprozessen oder Aufwertungsprozessen Stadtbehörden verschiedener Städten in der Schweiz und im Ausland versuchen würden, Einfluss auf die Entwicklung von belasteten Stadtquartieren zu nehmen mit dem Ziel die Lebensqualität in diesen Quartieren zu verbessern. Emmenegger betont die Komplexität des Begriffes der Lebensqualität ebenfalls und beschreibt, dass im Rahmen von Stadt- und Quartierentwicklung mit der Verbesserung der Lebensqualität vor allem das sozialräumliche Umfeld angesehen werde (S.13).

Der Autorin fiel es schwer, umfangreiche Literatur zum Thema Lebensqualität im urbanen Raum zu finden, was verdeutlicht, dass Lebensqualität an sich ein schwer greifbares Thema ist, sofern sich der Begriff nicht auf den medizinisch-gesundheitlichen Bereich bezieht. Trotzdem wird die Steigerung der Lebensqualität oftmals als anzustrebendes Ziel bei Stadtentwicklungsprojekten genannt.

2.8 Partizipation und Stadtentwicklung

Das „Wörterbuch der Sozialpolitik“ definiert den Begriff Partizipation folgendermassen: „Der Begriff Partizipation bezeichnet die Teilnahme einer Person oder Gruppe an Entscheidungsprozessen oder an Handlungsabläufen, die in übergeordneten Strukturen oder Organisationen stattfinden“. Alisch (2002a) unterstreicht, dass die Beteiligung und Aktivierung der Menschen vor Ort zum Standardrepertoire aller Handlungsansätze der sozialen Stadtentwicklung gehört (S. 110). Gemäss Gabi Hangartner (2010) wird Partizipation als zentrale Funktion der Soziokulturellen Animation verstanden. Mittels Partizipation können betroffene Akteurinnen und Akteure zu Beteiligten werden und so an

Entwicklungen mitarbeiten (S. 1). Hangartner (2010) betont die Unterscheidung zwischen formeller und informeller Partizipation. Als formelle/gesetzliche Instrumente der Partizipation sind Abstimmungen, das Wahlrecht, Vernehmlassungen und weitere Mitwirkungsrechte (beispielsweise in Organisationen) zu nennen. Diese formellen Verfahren können durch informelle Beteiligungsformen ergänzt werden. Im Bundesgesetz über die Raumplanung ist die Mitwirkung der Bevölkerung in Planungsvorhaben auf Bundesebene geregelt. Die Umsetzung findet auf kantonaler Ebene statt und wird unterschiedlich gehandhabt (S.285). Gemäss Hangartner (2010) findet die Partizipation in soziokulturellen Handlungsfeldern immer auf der informellen Ebene statt, sie kann jedoch unterschiedliche Ausprägungen und Ausdrucksformen annehmen (S. 4).

2.8.1 Partizipationsstufen

Maria Lüttringhaus (2002) entwickelte ein Schema der Partizipation, in dem sie vier Stufen unterscheidet:

Tabelle 2. Stufenmodell der Partizipation nach Lüttringhaus (zit. in Hangartner, 2010, S. 4)

Stufenmodell der Partizipation	
Organisation - lässt Teilnahme zu	Adressat/innen - übernehmen Teilhabe
4. Delegation der Entscheidungen	4. Selbstverwaltung
3. Partnerschaftliche Kooperation	3. Mitentscheid
2. Austausch, Erörterung	2. Mitwirkung
1. Information	1. Beobachtung, Information
bei Nichtbeteiligung:	
Manipulation	Desinteresse

Stufe 1: Information/ Beobachtung und Information

Bei der ersten Partizipationsstufe fliesst die Information laut Hangartner (2010) vor allen einseitig von den Fachpersonen zu den Adressatinnen und Adressaten. Die Basis für die weiteren Stufen der Partizipation wird durch diese erste Stufe geschaffen. Je klarer, verständlicher und einfacher zugänglich die Information ist, desto besser wird die Möglichkeit zur Partizipation.

Stufe 2: Austausch, Erörterung/ Mitwirkung

Auf der zweiten Partizipationsstufe treten die Fachpersonen mit den Adressatinnen und Adressanten in Kontakt und erkundigen sich nach Anregungen, Ideen und Wünschen und

fragen nach deren Bedürfnissen. Hierbei liegt jedoch die Entscheidungsberechtigung noch bei den Fachpersonen. Die Adressatinnen und Adressaten können ihre Position darlegen und den Fachpersonen Vorschläge präsentieren.

Stufe 3: Partnerschaftliche Kooperation/ Mitentscheid

Auch auf dieser Stufe bleibt die Entscheidungskompetenz nach wie vor bei den Fachpersonen, jedoch wird die Adressatenschaft konkreter einbezogen, sie werden zu Partnerinnen und Partner der Fachpersonen. Lösungen werden gemeinsam erarbeitet, was jedoch konkret umgesetzt wird, liegt immer noch in der Hand der Fachpersonen, die Adressatinnen und Adressaten sind rein formal betrachtet auch auf dieser Stufe noch nicht entscheidungsberechtigt.

Stufe 4: Delegation der Entscheidung/ Selbstverwaltung

Auf der vierten Partizipationsstufe geben die Fachpersonen die Entscheidungskompetenz an die Adressatenschaft ab (S. 4-6).

2.8.2 Mitwirkung in der Stadt Basel

Gemäss des Artikels § 55 der Verfassung der Kantons Basel Stadt vom 23. März 2005 (Stand 13. Juli 2006) soll die Basler Quartierbevölkerung in die Meinungs- und Entscheidungsbildung der Basler Behörden miteinbezogen werden, sofern die Angelegenheiten sie besonders betreffen: „Der Staat bezieht die Quartierbevölkerung in seine Meinungs- und Willensbildung ein, sofern ihre Belange besonders betroffen sind“ (S.13).

Die Stadt Basel setzt diesen Artikel § 55 unter anderem mittels der Verordnung über die Mitwirkung der Quartierbevölkerung vom 22. Mai 2007 (Stand 1. Januar 2012) (siehe Anhang), welche auf den Artikel § 55 gestützt ist, um. In dieser Verordnung ist der Zweck der Mitwirkung so definiert: „Die Mitwirkung der Quartierbevölkerung dient dazu, die staatliche Meinungs- und Willensbildung zu unterstützen sowie die Identifikation mit der Stadt Basel zu fördern“ (S. 1). Laut der Verordnung über die Mitwirkung der Quartierbevölkerung erfolgt die Mitwirkung der Bevölkerung über Quartierorganisationen (Artikel § 4), das Vorgehen ist so geregelt, dass die zuständige Behörde die Quartierbevölkerung anhört (Artikel § 5).

Neben der Verordnung über die Mitwirkung der Quartierbevölkerung verfügt der Kanton Basel Stadt über einen „Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel“ (2007). In diesem Leitfaden wird die Mitwirkung folgendermassen definiert: „Mitwirkung

beschreibt die Beteiligung von Personen, Unternehmen oder Interessengruppen, die von (hoheitlichen) Entscheidungen betroffen sind. Es wird unterschieden zwischen gesetzlich vorgeschriebenen (formellen) Mitwirkungsverfahren, die auch rechtlich einforderbare Mitwirkungsrechte enthalten können (...) und freiwilligen Mitwirkungsverfahren“. In der Stadt Basel geht diesen freiwilligen Mitwirkungsverfahren aufgrund des Artikels 55 der Kantonsverfassung eine Anhörung voraus, wenn die Quartierbevölkerung von einem Vorhaben besonders betroffen ist. Aufgrund dieser Anhörung entscheidet schliesslich die Behörde, ob es weitere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Quartierbewohnerinnen und -bewohner geben soll. Diese Mitwirkungsverfahren werden als Zusatzangebot für die Quartierbevölkerung verstanden.“ (Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel, S. 2)

Die Stadt Basel (2007) unterscheidet in ihrem Leitfaden folgende Mitwirkungsgrade:

1. Anhörung:

Betroffene können ihre Meinung äussern und Anregungen vorbringen.

2. Mitsprache:

Betroffene wirken bei der Entscheidungsfindung mit.

3. Mitentscheidung:

Betroffene wirken bei Entscheiden mit.

4. Mitverantwortung bei der Umsetzung:

Betroffene wirken bei Entscheiden mit und beteiligen sich bei der aktiven Umsetzung.

5. Selbstorganisation:

Betroffene entscheiden über Umsetzung und Organisation (S. 2)

Die folgende Grafik zeigt eine Gesamtübersicht, wie die Mitwirkung in der Stadt Basel organisiert ist:

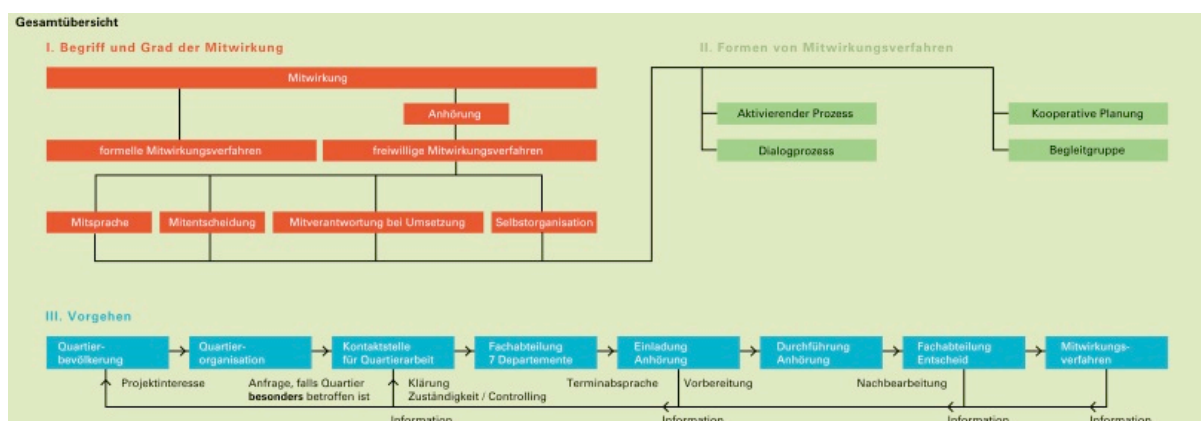


Abbildung 2. Organisation Mitwirkung der Stadt Basel (Leitfaden Mitwirkung, 2007, S. 4)

Wie in dem Leitfaden „Mitwirkung in der Stadt Basel“ beschrieben, kann der Anstoss zur freiwilligen (informellen) Mitwirkung sowohl direkt von der Quartierbevölkerung oder auch von der Verwaltung her erfolgen. Die Quartierbevölkerung des St. Johann kann sich dafür mit der Quartierkoordination St. Johann oder einem neutralen Quartierverein in Verbindung setzen, dieser nimmt anschliessend den Kontakt mit der Kontaktstelle für Quartierarbeit auf, welche die Anliegen dann bei der zuständigen Fachabteilung der sieben verschiedenen Departemente deponiert, diese wiederum prüft dann die Anliegen der Quartierbevölkerung. Wenn jetzt das Quartier, wie im Artikel § 55 festgelegt, besonders von einem Vorhaben betroffen ist, erfolgt eine Anhörung, erst nach dieser Anhörung wird dann entschieden, ob ein weiteres Mitwirkungsverfahren erfolgen wird (S. 4).

Laut dem Schlussbericht „Aktivierende Fachbegleitung in Mitwirkungsverfahren“ von Emanuel Müller, Simone Gretler Heusser, Beatrice Durrer, Gabi Hangartner und Marco Schmutz (2010) hat sich in Basel nach den ersten drei Anlässen zur Mitwirkung in den Quartieren, welche von dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel organisiert wurde, die Arbeitsgemeinschaft Mitwirkung § 55 gebildet. Diese Arbeitsgruppe § 55 wurde ab der dritten Sitzung von der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit fachlich begleitet, diese Fachbegleitung wurde im Rahmen eines Projektes durchgeführt, wobei die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit als Projektleiterin fungiert hat (S. 4-7).

2.8.3 Beispiel Informationsveranstaltung „Voltastrasse – Novartis Campus Plus“

In dem Schlussbericht „Aktivierende Fachbegleitung in Mitwirkungsverfahren“ von Müller et al. (2010) ist der Verlauf einer Informationsveranstaltung betreffend der Entwicklungsprozesse im St. Johann, nämlich der Voltastrasse und des Novartis Campus Plus im St. Johann beschrieben. In diesem Unterkapitel werden die wichtigsten Aspekte zusammengefasst:

Die Informationsveranstaltung „Städtebauliche Entwicklungen an der Voltastrasse – Novartis Campus Plus“ fand am 23. November 2009 im Gemeindesaal der Johanneskirche St. Johann statt. Im ersten Teil der Veranstaltung informierten die offiziellen Sprecher der Departemente so wie der Projektleiter Novartis Campus Plus über die laufenden Projekte im St. Johann. Das Tempo war ziemlich hoch und die Informationen dicht gedrängt. Im zweiten Teil konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Fragen stellen und Sorgen und Anmerkungen zu den Projekten äussern. Die Teilnehmenden waren alle eher älter, vereinzelte Anwohnerinnen und Anwohner mit Migrationshintergrund nahmen an der Veranstaltung teil, die mit ca. 140 Personen gut besucht war. Es sei gut gelungen, die Teilnehmenden über die städtebaulichen Entwicklungen zu informieren. Beim Thema

Novartis Campus war ein Teil des Publikums aufgebracht, es wurde nicht verstanden, inwiefern es sich mit dem Campus um ein öffentliches Anliegen handelt, die Informationen des Projektleiters seitens Novartis waren eher flüchtig. In den vorliegenden Unterlagen zu dieser Veranstaltung war nicht dokumentiert, inwiefern die Anmerkungen der Teilnehmenden in die weitere Planung einfließen. Gemäss Müller et al. sind die Hauptkenntnisse aus dieser Informationsveranstaltung, dass seitens der Quartierbevölkerung des St. Johanns vor allem im Bezug auf die Mietpreisentwicklung Ängste vorhanden sind. In Bezug auf die Organisation und Durchführung der Veranstaltung sei das Ziel erreicht worden, die Betroffenen über die relevanten städtebaulichen Entwicklungen, welche sie direkt betreffen, zu informieren, wobei die Informationen über die einzelnen Projekte eher oberflächlich gehalten wurden. Bei dieser Veranstaltung hätte es sich klar um eine reine Informationsveranstaltung und nicht um eine Anhörung gehandelt (S. 25-26).

2.8.4 Chancen und Grenzen der Partizipation

Gemäss Müller et al. (2010) hängen die Ziele, Formen und Möglichkeiten der Partizipation erheblich vom gesellschaftlichen Kontext ab. Hierzu betont Schultze (1995) das sich das Verständnis und die Bedeutung der Partizipation massgeblich verändern, je nach Verhältnis von Politik und Gesellschaft (zit. in Müller et al., S.30). Müller et al. (2010) betonen, dass Partizipation als einer der Grundpfeiler der Nachhaltigkeitsstrategie gilt. Partizipation erhöht die Wahrscheinlichkeit, politische und planerische Vorhaben effizient und sicher durchzuführen, da sie zu Akzeptanz und Legitimation von politischem Handeln verhelfen kann (S.30). Peter (2008) merkt an: „Der gezielte Einbezug von lokalem Laienwissen und das Engagement der Direktbetroffenen hilft mit, zu besseren und realitätsnäheren Problemlösungen zu führen“ (zit. in Müller et al., S.30).

Auch Hopfer und Zakrzewski (2012) betonen die Wichtigkeit von Beteiligungsprozessen. So sei gerade bei Massnahmen, welche die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers direkt betreffen, ein grosses Umsetzungspotential vorhanden. So seien die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers die treibende Kraft der nachhaltigen Quartierentwicklung (S. 58).

Müller et al. (2010) beschreiben, dass bei der Anwendung von partizipativen Methoden bestimmte Gruppen von Mitwirkungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden können (S. 33). Hierzu weisen Müller et al. auf eine Zusammenstellung empirischer Untersuchungen zu Partizipationsprozessen in der Stadtentwicklung von Lüttringhaus (2000) hin, welche aufzeigt, dass partizipative Methoden nicht neutral wirken. Die Möglichkeit, aktiv zu partizipieren hängt von mehreren gesellschaftlichen Faktoren wie beispielsweise vom

kulturellen, ökonomischen und sozialen Kapital der partizipierenden Personen ab. So sei davon auszugehen, dass Personen, welche eher sozial benachteiligten Milieus angehören, die Angebote zur Partizipation gar nicht wahrnehmen können, da Kompetenzen und Ressourcen verlangt werden, über welche diese Menschen nicht verfügen oder die ausserhalb deren sozialen Reichweite liegen (zit. Müller et al., S.33). Diese ungleichen Beteiligungschancen nennen Müller et al. (2010) eine Grenze der Partizipation (S. 33). Weiter beschreiben Müller et al. (2010), dass Partizipationsverfahren nicht vorhersehbar sind. Es sei schwierig, diese zeitlich passend in die formellen Verfahren zu integrieren, zudem würden politische Entscheidungsträger durch informelle Partizipationsverfahren verunsichert, weil sie diese als Konkurrenz zu den parlamentarischen Verfahren empfinden würden. Das Durchführen von informellen Verfahren bedeutet einen Mehraufwand für die Verantwortlichen Personen in der Verwaltung. Durch die Unerfahrenheit in der Verwaltung, wie eine bevölkerungsorientierte Planung durchgeführt werden könnte, fühlen sich die Betroffenen durch die von der Verwaltung angebotenen Mitwirkungsformen, die in den meisten Fällen auch nur das gesetzlich vorgeschriebene Minimum erfüllen, nicht angesprochen (S. 34). Nach Annette Hug (2007) sollen partizipative Methoden die Berücksichtigung der Bedürfnisse der beteiligten Personen einbeziehen und so die Identifikation mit dem bestimmten Projekt sicherstellen. Auch im Rahmen der Stadt- und Quartierentwicklung würde aus den selben Gründen immer öfter auf partizipative Methoden zurückgegriffen (S. 61).

Hug (2007) zitiert den Sammelband „Participation: The New Tyranny?“, in welchem Cooke und Kothari (2001) die These aufgestellt haben, dass „partizipative Erhebungsmöglichkeiten in vielen Fällen manipulativ eingesetzt werden und reale Entscheidungsstrukturen in Projekten verschleiern: „Es werde eine Möglichkeit der Mitentscheidung vorgegaukelt, die nicht existiere“ (zit. in Hug, 2007, S. 61). Hug (2007) betont die Wichtigkeit einer soliden Klärung der Rollen und Rahmenbedingungen in einer partizipativen Erhebung, damit Enttäuschungen vermieden werden können, was allerdings bedeute, dass sich die Projektleitung der relevanten Machtverhältnisse und Handlungsspielräume bewusst sein müsse (S. 61-62).

2.8.5 Transparenz und Kommunikation in Partizipationsprozessen

Wie Lüttringhaus (2000) in ihrem Stufenmodell der Partizipation veranschaulicht, ist die Kommunikation in einem Mitwirkungsprozess zentral. Die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung vermitteln zwischen den Personen aus der Politik und der Planung sowie der Bevölkerung. Sie setzen die Entscheidungen der Politikerinnen und Politiker um und beeinflussen die Kommunikationswege mit der Bevölkerung massgeblich. Es ist wichtig,

dass über, in und um Mitwirkungsprozesse mittels geeigneten Kanälen, wie Schlüsselpersonen aus Vereinen und Organisationen im Quartier, kommuniziert wird. Die Grundlage dafür sei, dass die Informationsunterlagen klar und verständlich sind (zit. in Müller et al., 2010, S. 40).

Müller et al. (2010) betonen gleich wie Hug (2007) die Wichtigkeit der Kommunikation des Handlungsspielraums, so werde Klarheit geschaffen. Ebenfalls sei es wichtig, dass über laufende Projekte und Verfahren transparent informiert werde, so würden Entscheidungsgrundlagen für die Beteiligten geschaffen. Wichtig sei es, dass die Informationen zielgruppengerecht vermittelt würden, auch soll der Umfang des Informationsmaterials in Grenzen gehalten werden um die Beteiligten nicht mit unnötigen Informationen zu überfluten (S. 62).

3 Das St. Johann

Das heutige Wohnviertel St. Johann erstreckt sich vom St. Johannisring nordwestwärts bis zur französischen Landesgrenze hin und kann in zwei Teile eingeteilt werden: Das von der Industrie geprägte „untere“ und in das eher bürgerlich beschauliche „obere“ St. Johann. Es ist oft auch vom stadtnahen inneren St. Johann und vom grenznahen, industriegeprägten St. Johann die Rede (Statistisches Amt Basel, 2012).

Heute leben ungefähr 18'500 Menschen im Basler St. Johann Quartier (Statistisches Amt Basel, 2011). Es ist sowohl Wohn- und Lebens- wie auch Arbeitsraum für verschiedenste Menschen. In den letzten Jahren erfuhr das Quartier eine „Aufwertung“. Im Zuge der kantonalen Stadtentwicklungspolitik wurden Grünflächen, Plätze und Strassen umgestaltet, Häuser gebaut und für die Quartierbewohnerinnen und Bewohner neue Begegnungsorte geschaffen. Es wurden unter anderem auch attraktive Wohnangebote für Besserverdienende bereitgestellt, um dringend benötigte gute Steuerzahlerinnen und Zahler anzuziehen. Das Quartier hat aber nach wie vor mit Problemen wie übermässigem Verkehr, Lärmemissionen, Littering und fehlenden Freiräumen zu schaffen (Akzentmagazin, Schwerpunkt St. Johann, April/Mai 2011).

3.1 Baugeschichte

Bis 1870 waren auf dem Gebiet des heutigen Wohnviertels St. Johann nur vereinzelt Bauten zu finden (Statistisches Amt Basel, 2012). Barbara Schürch, Alma Sartoris und Matthias Driling (2007) beschreiben, dass die expandierende Stadt Basel alles, was sie nicht innerhalb der Stadtmauern haben wollte in den Norden konzentrierte. Unter anderem

befanden sich dann das Gaswerk, das Gefängnis Schällenmätteli, ein Schlachthof, die Psychiatrische Klinik sowie eine Kehrrechtverbrennungsanlage auf dem Gebiet des heutigen St. Johann. Nachdem der erste Balser Bahnhof gebaut wurde und sich die chemische Industrie in Rheinnähe niederliess, wurde in den Wohnungsbau investiert, um die Industriearbeiter unterzubringen. Zwischen 1870 und 1900 wurden im Bereich des St. Johanns-Ring und der Voltastrasse erste Wohnhäuser errichtet, Industriebauten entstanden gegen die Landesgrenze hin auf dem Lysbüchel genannten Feld. Die chemische Industrie wurde schnell zur grössten Arbeitgeberin der Stadt. Es entstand ein traditionelles Arbeiter/innenquartier. Gemäss Salvisberg (2006) wurde in den folgenden Jahrzehnten dicht und planlos weiter gebaut, profitorientiert wurde auf Grünflächen und Freiräume verzichtet (zit. in Schürch et al., 2007, S.11). Zwischen der Jahrhundertwende und den 20er Jahren wurden vor allem im nördlichen Teil des St. Johann viele Industriebauten gebaut. Bald war auch im unteren St. Johann der Wohn- und Gewerbebereich vollständig verbaut. Im oberen St. Johann wurden hauptsächlich kleine Reihenhäuser gebaut. Ab den 60er Jahren hat man im unteren St. Johann mit dem Abreissen von älteren Häuser begonnen, diese wurden häufig mit Betonbauten welche mit Kleinwohnungen ausgestattet waren, ersetzt. Dieser Trend hielt 20 Jahre an (S. 11).

Im unteren St. Johann ist heute das Quartierbild in Rheinnähe von Industriebauten verschiedener Firmen sowie den Hafenanlagen geprägt. Sehr dominant sind vor allem die Verwaltungs-, Forschungs- und Produktionsbauten der Novartis. Im Rahmen des Projekts „Campus des Wissens“ wird der Standort zu einem wichtigen Forschungs- und Verwaltungszentrum ausgebaut (Statistisches Amt Basel, 2012).

Gemäss Schürch (2007) et al. wird die heterogene Sozialstruktur des St. Johann durch verschiedenste Formen des Wohnungsbaus unterstützt, es befinden sich Eigentumswohnraum, Hochhausbau und Genossenschaftswohnungen und –siedlungen in der Nähe von einander (S. 12).

3.2 Bezirke des Quartiers

Das St. Johann Quartier wird in fünf Bezirke aufgeteilt, diese nennen sich Pestalozzi, Kannenfeld, Landskorn, Lysbüchel und Friedmatt. Das Quartier wird nördlich von der französischen Landesgrenze, östlich von der Burgfelderstrasse und südlich vom St. Johanns-Ring und westlich vom Rhein abgegrenzt (Schürch, Barbara et al. 2007, S.9).

Die Folgende Abbildung zeigt den Ortsplanausschnitt mit den Quartiergrenzen:

Ortsplanausschnitt St. Johann

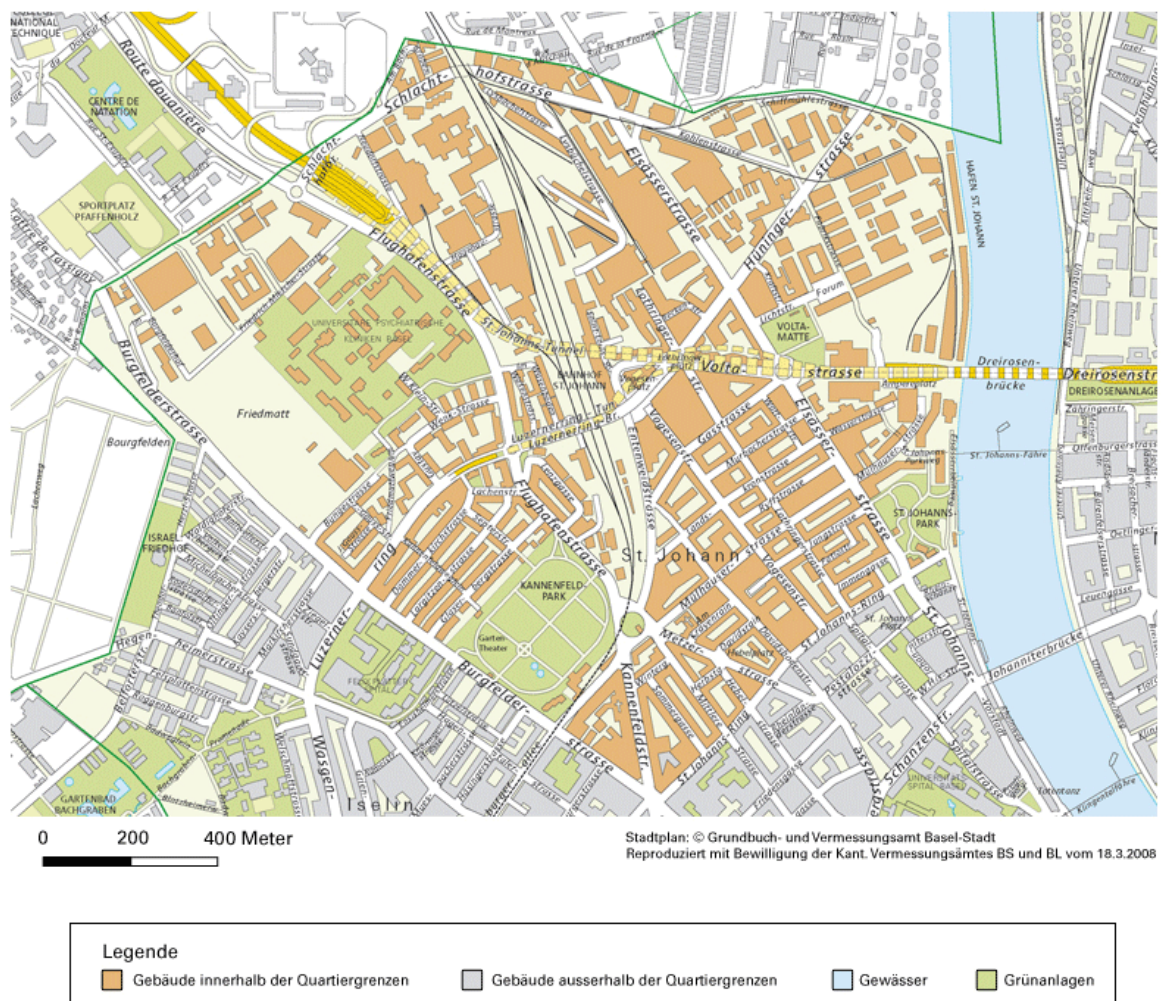


Abbildung 3. Ortsplanausschnitt St. Johann (Statistisches Amt Basel, 2012)

3.3 Stadtentwicklung Basel Nord

Das Baudepartement des Kantons Basel-Stadt (2007) beschreibt, dass sich Stadtentwicklung nicht nur auf das bauliche Gestalten des Lebensraums bezieht, sondern auch auf die Steigerung der Lebensqualität und der Standortattraktivität. So hat sich die Stadtentwicklung Basel Nord zum Ziel gesetzt, verschiedene Teilaufgaben wie Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr, Wirtschaft, Umwelt, Bildung und Kultur zu vernetzen und hierbei mit Akteuren aus der Öffentlichkeit wie auch aus der Privatwirtschaft zusammen zu arbeiten (S.1). Das Projekt Stadtentwicklung Basel Nord ist aus dem Stadtentwicklungsprojekt „Integrale Aufwertung Kleinbasel“ entstanden, im Jahre 2005 wurde das Projekt „Integrale

Aufwertung Kleinbasel“ mit der Ausweitung dieser integralen Stadtentwicklung auf weitere Quartiere im Norden Basels, unter anderen auch auf das St. Johann ausgeweitet und so als „Stadtentwicklung Basel Nord“ bezeichnet. Durch die integrale Arbeitsweise will die Stadt Basel die Nachhaltigkeit und die positive Quartierentwicklung in ganz Basel sicherstellen (S.2).

3.4 Integrale Stadtentwicklung in Basel Nord

Im Projektbeschrieb der Stadtentwicklung Basel Nord erklärt das Baudepartement des Kantons Basel Stadt (2007) den gewählten Ansatz der integralen Entwicklung. In der Stadtentwicklung Basel Nord sollten wirtschaftliche, soziale, räumliche und ökologische wie auch organisatorische Aspekte als Ganzes angesehen werden, so sollte sozialwissenschaftliches und ökonomisches Wissen in die räumliche Planung mit einfließen. Die Stadtentwicklung Basel Nord will die Stadtteile durch Kommunikation, Koordination und Kooperation fördern und fordern und will die Entwicklungen in den Quartieren beobachten um Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen und allfällige Probleme vertieft analysieren zu können. Hierbei sollten die Grundlagen und Strategien im Austausch mit den Betroffenen entwickelt werden. Damit eine integrale Stadtentwicklung als solche funktionieren kann, braucht es gute Partnerschaften, auch die Zusammenarbeit mit der Quartierbevölkerung und der Miteinbezug von deren lokalem Wissen sei wichtig. Im St. Johann sollte die Quartierkoordination St. Johann diese Vernetzung mit der Quartierbevölkerung sichern und das Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Quartierbewohnerinnen und Bewohner des St. Johann bilden. Der Verwaltung war es wichtig, über die geplanten Stadtentwicklungsmassnahmen in den Quartieren gut und transparent zu informieren. Einen Schwerpunkt legten die Verantwortlichen auch auf die Information über die Qualitäten und Perspektiven der verschiedenen Quartiere, dies auch um deren Bild in der Öffentlichkeit in ein positives Licht zu rücken, um die Images der verschiedenen Stadtteile zu stärken. Zur nachhaltigen Entwicklung des Quartiers und zur Identifikation der Quartierbewohnerinnen und -bewohner mit ihrem Quartier soll auch die Mitwirkung der Quartierbevölkerung im Stadtentwicklungsprozess beitragen (S.4-5).

3.5 Städtebauliche Veränderungen im St. Johann

In diesem Kapitel werden einige städtebaulichen Veränderungen, die das St. Johann erfahren hat, kurz beschrieben.

Nordtangente

Wie auf der Homepage der Stadtentwicklung Basel Nord (ohne Datum) beschrieben, verbindet die Stadtautobahn Nordtangente die schweizerische Autobahn A1 mit dem europäischen Autobahnnetz. Dankt der unterirdischen Führung werden die Quartiere vom Verkehr entlastet. Die Nordtangente ist seit Mitte 2008 eröffnet. Die Baustelle der Nordtangente war eine der grössten überhaupt in der Stadt Basel (§1-2).

Die Nordtangente wird oft auch als „Motor der Stadtentwicklung“ bezeichnet. Seit der Inbetriebnahme der Nordtangente wurde das gesamte Gebiet um den stark verkehrsbelasteten Volaplatz und den Bahnhof St. Johann neu gestaltet, es wurden neue Wohn- und Geschäftsüberbauungen realisiert (Statistisches Amt Basel, 2012).

Im zur Eröffnung publizierten Bericht zur Nordtangente, welcher von dem Baudepartement der Stadt Basel (2007) herausgegeben worden ist, wird beschrieben, dass mit dem Bau der Nordtangente für Basel Nord eine neue Epoche beginnen würde. Projekte wie ProVolta würden durch die unterirdische Autobahn ermöglicht, attraktive Wohnungen würden gebaut werden können, was auch den Standortfaktor für die Wirtschaft positiv beeinflussen würde (S. 26).

Nichts desto trotz hat die langjährige Baustelle der Nordtangente die Bewohnerinnen und Bewohner belastet. Sie mussten mit enormen Lärmemissionen und Einschränkungen leben. Viele Häuser mussten der Nordtangente weichen, günstiger Wohnraum ging verloren.

Voltastrasse

Gemäss dem Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2012) wurde nach dem Bau der Nordtangente die Voltastrasse wieder hergestellt und mit dem Ziel, sie für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende sicherer und attraktiver zu gestalten, zu einem Boulevard entwickelt. Das Kernstück des neuen Boulevards befindet sich zwischen dem Volta- und dem Lothringerplatz. Durch Bäume am Strassenrand sollte die Voltastrasse Alleecharakter bekommen und zur Begrünung Basel Nord beitragen. Das Projekt „Voltastrasse“ wurde Ende 2009 fertiggestellt (S.1-2).

ProVolta

Das Projekt ProVolta ist das Stadtentwicklungsprogramm, das nach dem Bau der Nordtangente das äussere St. Johann mit Hochbauten und Infrastrukturmassnahmen erneuert hat. Wie auf der Homepage der Stadtentwicklung Basel Nord (ohne Datum) beschrieben, hat dieser Stadtentwicklungsprozess das Ziel, eine integrale Reurbanisierung als eine neue „gute Adresse“ Voltastrasse zu schaffen. In der ersten Etappe entstanden nun ca. 300 neue Wohnungen (§1).

St. Johannis-Rheinweg

Nach dem Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2012) wurde der St. Johannis-Rheinweg unter Berücksichtigung des historischen Kontextes umgestaltet, so dass der Weg für Fussgängerinnen und Fussgänger attraktiv ist. Auch für Velofahrende soll der Rheinweg als Verbindung dienen. Dieses Projekt wurde 2007 abgeschlossen (S. 1-2).

Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus

Mit dem Projekt Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus soll gemäss Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt und Novartis (2012) für das Novartis Werkareal, welches im St. Johann durch Hafenareal, öffentliche Strassenräume und Landesgrenze eingegrenzt ist, die Möglichkeit entstehen, für die ständig wachsende Novartis das Areal zu vergrössern. So soll aber auch die Öffentlichkeit profitieren, in dem mit der Verlagerung des Hafens St. Johann eine neue Rheinuferpromenade vom St. Johannspark bis hin nach Frankreich entstehen soll (S.2).

Voltamatte

Gemäss der Homepage der Basler Stadtgärtnerei (ohne Datum) soll es in Basel Nord mehr Grünflächen geben. Das Ziel des Projektes Voltamatte war, diese nach dem Bau der Nordtangente neu zu gestalten, so dass ein vielfältig nutzbarer Quartierpark entstehen kann. Durch die grosse Rasenfläche soll der Eindruck einer richtigen Wiese entstehen, die vielfältig nutzbar ist. Der Robispielplatz wurde nach Süden an die Voltastrass verschoben und neu gestaltet (¶ 1-2).

3.6 Novartis im St. Johann

In der Informationsbroschüre betreffend des Campus des Wissens und dem Projekt Campus plus vom Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt und Novartis (2012) ist beschrieben, dass sich die Geschäftsleitung der Novartis im Jahre 2001 entschieden hat, den Standort Werk St. Johann von einem Produktionsstandort zu einem Standort der Forschung, Innovation und Entwicklung auszubauen. Auf dem Campus entsteht eine neue Arbeitskultur. Durch die Umgestaltung auf dem Campus soll das Areal von Altlasten befreit werden (S.1). Auf der Homepage der Stadtentwicklung Basel Nord (ohne Datum) ist beschrieben, dass bis zum Jahr 2030 auf dem ehemaligen industriellen Produktionsstandort im St. Johann ein Campus des Wissens entstehen soll, dessen Gebäude Platz für rund 10'000 Mitarbeitende der Novartis bieten soll. Die Stadt Basel profitiere so von Investitionen, neuen Freiräumen und einem zusätzlichen Hochschulstandort, der auf dem Gelände

errichtet werden soll. Die Novartis bezahlt der Stadt Basel für die Arealerweiterung neben dem Realersatz eine pauschale Abgeltung von 100 Millionen Franken (§ 1-3).

Während den Recherchen ist die Autorin auf einen Artikel mit dem Titel „Basel baut sich sauber“ der WOZ – die Wochenzeitung – gestossen. Kamil Majchrzak (2007) beschreibt in diesem Artikel, dass in Basel ein Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungs- und Sozialpolitik sichtbar werde. Der Markt würde die soziale Kontrolle über das Verhalten der Menschen übernehmen, so würden sich ihre Erwartungen von der Produktion auf den Konsum verschieben. Dieser Wechsel würde zu den städtebaulichen Entwicklungen in den Basler Quartieren passen, welche steril wirken und so ein subjektives Sicherheitsgefühl vermitteln. Die Novartis würde sich mit ihrem Campus ein neues Image geben. Majchrzak (2007) zitiert hierzu den Basler Soziologen Peter Streckeisen, welcher gesagt habe, dass die Novartis nun „weg von der schmutzigen chemischen Industrie und hin zu Life Sciences und zur Wissensgesellschaft“ wolle (zit. In Majchrzak, 2007, S. 2). Arbeiterquartiere und alte Produktionsanlagen müssten weg. Die Novartis habe in Basel einen grossen Einfluss, sogar eine früher öffentliche Strasse wurde zu Gunsten des eingezäunten Campus geschlossen (S.1-3).

4 Methodik

In diesem Kapitel werden die Forschungsziele sowie die Wahl der daraus folgenden Forschungsmethoden und die Stichprobe beschrieben. Die einzelnen Arbeitsschritte werden erläutert und dargelegt. Abschliessend nimmt die Autorin zu den Resultaten Stellung und das Forschungsvorgehen wird bewertet.

4.1 Forschungsfragen

Die Forschung ist auf einer Dreiecksbasis aufgebaut, es werden drei zentrale Themenbereiche untersucht:

(A). Veränderung

Wie werden die städtebaulichen Veränderungen von der Quartierbevölkerung wahrgenommen? Wie wirken die Veränderungen auf die Quartierbewohnerinnen und Bewohner?

(B). Partizipation/ Mitwirkung

Wie wurde die Mitwirkung im St. Johann organisiert? Was für Partizipationsmöglichkeiten gab es für die Quartierbewohnerinnen und Bewohner? Wie wurden diese von den interviewten Personen wahrgenommen?

(C). Lebensqualität

Wie beeinflussen die städtebaulichen Entwicklungen die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner im St. Johann?

4.2 Wahl und Begründung der Forschungsmethode

Die Autorin hat sich, nach der Auseinandersetzung mit verschiedenen Forschungsmethoden entschieden, die Stadtentwicklung im St. Johann mittels einer qualitativen Forschung anhand von Leitfadeninterviews als Expertinnen – und Experteninterview zu durchleuchten. Dies weil sie es als tiefergehend empfindet, mittels Experteninterviews die Wirkung der Stadtentwicklungsmassnahmen auf die Bewohnerinnen und Bewohner des St. Johann Quartiers zu ergründen sowie Informationen zu den Planungs- und Steuerungsprozessen herauszufinden.

4.2.1 Leitfadeninterviews als Expertinnen- und Experteninterviews

Laut Horst O. Mayer (2004) stellt das Leitfadeninterview, welches offen formulierte Fragen beinhaltet, sicher, dass keine zentralen Aspekte der Forschungsfrage im Interview vergessen gehen. Gemäss Armin Scholl (2003) ist das Ziel von Leitfadeninterviews, bereichsspezifische und objektbezogene Aussagen auszulösen (zit. in Jürgen Stremlow, 2006, S.1). Mayer (2004) betont weiter, dass durch den konsequenten Einsatz des Leitfadens die erhobenen Daten vergleichbar und durch die Fragen strukturiert werden (S.36). Bei einer qualitativen Forschung stehe nicht die statistische Repräsentativität, sondern die Bedeutsamkeit der untersuchten Subjekte, also die inhaltliche Repräsentativität im Vordergrund (S.38).

Das Expertinnen- und Experteninterview ist laut Mayer (2004) eine besondere Form des Leitfadeninterviews. Die befragten Personen werden auf Grund ihrer Rolle als Expertinnen und Experten für ein bestimmtes Handlungsfeld ausgesucht. Die befragte Person wird als Vertreterin oder Vertreter einer Gruppe in die Untersuchung einbezogen. Hierzu merken auch Michael Meuser und Ulrike Nagel (1991) an: „Der ExpertInnenstatus wird in gewisser Weise vom Forscher verliehen, begrenzt auf eine spezifische Fragestellung“ (S. 443).

Für die Interviews dieser Bachelorarbeit wurden, wie von Meuser & Nagel vorgeschlagen, Expertinnen und Experten befragt, die selbst ein Teil des „Handlungsfelds St. Johann“ sind, welches den Forschungsgegenstand ausmacht.

Nach einer vertieften Auseinandersetzung mit dem St. Johann und den Themen nachhaltige Quartierentwicklung und soziale Stadtentwicklung wurden die grundlegenden Fragen für die Erarbeitung des Interviewleitfadens ausgearbeitet. Da die Expertinnen und Experten der vorliegenden Forschung sich in ihren Hintergründen und Funktionen im St. Johann unterscheiden, wurden zwei (grundsätzlich ähnliche) Leitfäden nach folgenden Themenbereichen aufgebaut:

Tabelle 3. Aufbau Leitfaden

Themenbereiche	Fragen betreffend
Veränderung - Aufwertung	• Wahrnehmung • Bedürfnisse • Wünsche • Novartis im St. Johann
Lebensqualität	• Leben im St. Johann • Steigerung der Lebensqualität durch städtebauliche Massnahmen
Partizipation – Mitwirkung	• Möglichkeiten • Vorbereitung, Information
Quartier- und Stadtentwicklung	• Aspekte nachhaltiger Quartierentwicklung • <i>Steuerungsprozesse</i>

4.2.2 Teilnehmende Beobachtung

Die Autorin hat, um das St. Johann kennen zu lernen auch Methoden der teilnehmenden Beobachtung (Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung, Rundgänge im Quartier und in den Einkaufsläden etc.) angewendet. Hierzu hat sie ihre Beobachtungen schriftlich festgehalten. Diese Notizen werden die gewonnenen Daten aus den Leitfadeninterviews in der Analyse ergänzen.

4.2.3 Stichprobe

Laut Marius Metzger (2008) umfasst eine Stichprobe alle untersuchten Personen, welche aus einer grösseren Gesamtheit von Personen ausgewählt werden, dabei wird die Stichprobe aus einer Grundgesamtheit gezogen (S. 1).

Mayer (2006) merkt an: „Bei vielen empirischen Untersuchungen ist es nicht möglich, alle Elemente einer Grundgesamtheit zu untersuchen“. Man sei auf die Ergebnisse einer Stichprobe angewiesen. Eine Stichprobe habe in der qualitativen Forschung jedoch eine andere Funktion als in der quantitativen. Bei einer qualitativen Forschungsarbeit, wie dieser vorliegenden Bachelor-Arbeit ist nicht die statistische Repräsentativität sondern die Bedeutsamkeit der untersuchten Subjekte für das Thema leitend. Es haben sich folgende Kriterien für die Festlegung der Stichprobe aus der Fragestellung der Untersuchung ergeben (S.38-39).

Tabelle 4. Zusammenstellung der Stichprobe, in Klammern die Initialen der ausgewählten Expertinnen und Experten (mit ihrem Einverständnis)

Die Expertinnen und Experten
• Wohnen selber im St. Johann (TB, AB, RH) • Engagieren sich im St. Johann (TB, AB, RH) • Arbeiten im St. Johann, gehören einem Verein an (TB, AB) • Waren Schlüsselpersonen bei der Stadtentwicklung (MW, SOR)

4.2.4 Die Expertinnen und Experten

Von den interviewten Personen wohnt eine seit 25 Jahren im St. Johann und engagiert sich sehr im Quartier. Eine Person ist vom Verein Wasserstrasse und wohnt selber auch im St. Johann. Die dritte Person wohnt seit 10 Jahren im St. Johann und arbeitet in einer soziokulturellen Einrichtung direkt im Quartier. Die ersten drei Personen sind alle im unteren St. Johann zuhause. Die vierte interviewte Person ist in der Christoph Merian Stiftung für Stadtentwicklungsfragen zuständig, wohnt selber nicht im Quartier. Die fünfte Person war in der Projektleitung Stadtentwicklung Basel Nord involviert und ist ebenfalls nicht im St. Johann wohnhaft. Es wurden zwei Frauen und drei Männer befragt. Durch diese Zusammenstellung der Stichprobe wurden Personen ausgewählt, die das Quartier alle bestens kennen und alle einen anderen Blickwinkel in Bezug auf die Stadtentwicklungsmassnahmen aufweisen. Die Expertinnen und Experten verfügen mindestens über einen Fachhochschulabschluss, verwenden regelmässig das Internet und können sich in Wort und Schrift sicher in deutscher Sprache ausdrücken. Die Expertinnen und Experten gehören eher zum liberal-intellektuellen („aufgeklärte Bildungselite“) und sozioökologischen („konsumkritisch, mit ökologischem und sozialen Gewissen, Globalisierungs-Skeptiker“) Milieu (vgl. Infoblatt Sinus-Milieus, 2010).

4.2.5 Datenerhebung

Die fünf befragten Expertinnen und Experten wurden der Autorin teils empfohlen oder mit Hilfe von Internetrecherchen ausfindig gemacht. Die Personen wurden per E-Mail kontaktiert und angefragt, ob sie bereit wären, an der Untersuchung teilzunehmen.

Vor dem Interview wurde jeweils kurz das Thema der Bachelorarbeit erklärt, zudem wurden die Interviewpartnerinnen und -partner darauf hingewiesen, dass das Interview mittels eines digitalen Aufnahmegerätes aufgezeichnet wird. Hierzu betont Mayer (2004), dass sich die Aufnahme mit einem Tonband empfiehlt, da sich so die Interviewerin oder der Interviewer ganz auf die Befragung konzentrieren kann, so könne der Leitfaden auch flexibel gehandhabt werden, dadurch würde das Gespräch nicht auf einen Frage-Antwortdialog verkürzt und der Expertin oder dem Experten würde Raum für seine Themen gegeben (S.46). Die Autorin hat alle Interviews alleine geführt, die Gespräche fanden in einem Zeitrahmen von ungefähr einer Stunde statt.

4.2.6 Datenaufbereitung

Die fünf durchgeführten Interviews wurden alle mit einem digitalen Aufnahmegerät aufgezeichnet und anschliessend transkribiert. Die Interviews wurden auf Schweizerdeutsch geführt, wobei dann die schweizerdeutschen Formulierungen für die Verschriftlichung von der Autorin sinngemäss ins Standarddeutsche übersetzt wurden.

4.2.7 Datenauswertung

Die Auswertung der fünf geführten Leitfadeninterviews erfolgte mit dem sechsstufigen Auswertungsverfahren nach Mühlfeld. Als Grundlage des sechsstufigen Auswertungsverfahrens gilt die transkribierte Tonaufnahme, bei der die Stimmlagen und andere parasprachliche Elemente nicht Gegenstand der Interpretation sind. Die Transkription muss nur den Inhalt des Gesprächs beinhalten (Mayer, 2006, S. 46).

Das sechsstufige Auswertungsverfahren nach Mühlfeld beinhaltet die folgende Vorgehensweise:

Erste Stufe: Antworten markieren

Im transkribierten Text werden alle Textstellen markiert, welche spontan ersichtliche Antworten auf die entsprechenden Fragen des Interviewleitfadens enthalten.

Zweite Stufe: In Kategorienschema einordnen

Auf den Interviewleitfaden abgestimmt wird ein Kategorienschema erstellt. Beim zweiten Durchlesen werden die Textstellen in dieses Kategorienschema eingeordnet, dieses wird bei Bedarf laufend erweitert und angepasst.

Dritte Stufe: Innere Logik herstellen

Nachdem das Interview nun in einzelne Teile zergliedert ist, wird in diesem dritten Schritt versucht, eine innere Logik zwischen den Einzelinformationen herzustellen. Dabei werden bedeutungsgleiche sowie auch sicher widersprechende Informationen berücksichtigt.

Vierte Stufe: Text zur inneren Logik erstellen

Im vierten Schritt wird die innere Logik schriftlich zusammengefasst. So wird die Zuordnung der einzelnen Textteile detaillierter, präziser und differenzierter.

Fünfte Stufe: Text mit Interviewausschnitten

Der verfasste Text wird in diesem fünften Schritt mit passenden Interviewausschnitten ergänzt. Die Auswertung wird mit dem transkribierten Text verglichen.

Sechste Stufe: Bericht

Bei dieser letzten Stufe wird aus den ausgearbeiteten Ergebnissen ein Bericht verfasst, welcher das Ziel hat, die Auswertung darzustellen. (Mayer, 2006, S.46-49)

Das sechsstufige Auswertungsverfahren ermöglicht eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem durch die Interviews erhaltenen Datenmaterial. Durch das mehrmalige Durcharbeiten wird die Vielschichtigkeit der Daten stufenweise reduziert, so wird das Verständnis gefördert und es können Zusammenhänge erkannt und herausgearbeitet werden.

4.2.8 Bewertung der gewählten Forschungsmethodik

Das Auswertungsverfahren nach Mühlfeld ermöglicht eine genaue Auseinandersetzung mit dem gesammelten Datenmaterial. Durch das wiederholte Lesen der Texte fallen immer wieder neue Aspekte auf. Das Datenmaterial wird durch das Einteilen in das Kategorienschema reduziert, was einen besseren Überblick verschafft und den Vergleich der einzelnen Aussagen sowie das Entdecken von Zusammenhängen ermöglicht.

Die Autorin hat sich für das Auswertungsverfahren nach Mühlfeld entschieden, weil sich die sechs Stufen der Auswertung sehr gut für die Analyse des umfassenden Datenmaterials

eignen. Auch war es der Autorin wichtig, die gesamten Interviews zu transkribieren, damit keine wichtigen Aspekte vergessen gehen. Sie entschied sich dagegen, nur ausgewählte, wichtige Stellen der Interviews zu paraphrasieren, wie das bei anderen Auswertungsmethoden vorgeschlagen wird.

5 Darstellung der Interviewdaten

In diesem Kapitel werden die Interviewdaten der geführten Leitfadeninterviews dargestellt. Die gewonnenen Daten werden mit Textausschnitten aus den Interviews ergänzt. Für die Auswertung wurde, wie vorher beschrieben, das sechsstufige Auswertungsverfahren nach Mühlfeld angewandt.

Die Darstellung der Forschungsergebnisse erfolgt nach den Themenbereichen der Leitfadeninterviews, welche zugleich auch die Themenbereiche des Kategorienschemas bildeten. Die gewonnenen Daten werden mit Textstellen aus den mit den Expertinnen und Experten geführten Interviews zur Veranschaulichung ergänzt (Initialen gemäss Tabelle 4).

Als erstes werden jeweils die Aussagen der im St. Johann lebenden interviewten Personen dargelegt anschliessend die Aussagen der beiden in der Stadtentwicklung tätigen interviewten Personen.

5.1 Bauliche Veränderungen, Aufwertung im St. Johann

Leben im St. Johann

Als Einstieg der Leitfadeninterviews wurden die St. Johannslerin und die St. Johannsler darum gebeten, zu erzählen, was sie besonders an ihrem Quartier schätzen. Ziel war es, herauszufinden, ob sich die befragten Personen mit ihrem Quartier identifizieren und ob sie sich wohlfühlen. Alle befragten Personen schätzen am St. Johann die Nähe zum Rhein und die gute Erschliessung mit dem 11er Tram in die Stadt und zum Bahnhof, auch mit dem Velo sei man schnell in der Innenstadt. Sie bezeichnen das St. Johann ein lebendiges und durchmisches Quartier und schätzen dies auch. Die folgenden Textausschnitte aus den geführten Interviews verdeutlichen diese Ausführungen:

AB: *„Ich fühle mich sehr gut aufgehoben hier.“*

„Also ich kann überall hingehen hier und treffe Leute, hier hat es noch Leben auf den Strassen, es ist recht durchmischt, es hat viele kleine Läden, es ist nicht mega chic, aber eben, es gibt natürlich immer Punkte wo man sagen kann es wird jetzt gerade,

es hat natürlich chice Ecken, es ändert sich auch viel - also für mich sind das immer noch die Gründe zum hier wohnen, es ist schön am Rhein gelegen, es ist nahe bei Klein Basel und relativ gut erschlossen.“

RH: *„Es ist sehr ein sehr lebendiges Quartier, es hat viele Möglichkeiten sowohl zum Einkaufen als auch für die Freizeit, also Parks, die Nähe zum Rhein und ja es ist einfach nicht so steril wie vielleicht an anderen Orten (...) und das es auch gute Infrastruktur hat, Schulen, Kindergärten. Und ja, es ist schon so ein multikulti Quartier hier.“*

TB: *„Also was mir sehr gut gefällt hier ist die Nähe zu Frankreich und Deutschland, das schätze ich sehr. Das ich hier relativ schnell in eine etwas andere Welt komme und sonst quartierintern, ich habe jetzt einfach das Glück eine total gute Wohnung zu haben wo ich sehr sehr angenehm wohnen kann.“*

Städtebauliche Veränderungen

In den letzten Jahren geriet das St. Johann in den Fokus der Stadtentwicklung Basel Nord. Es wurden viele städtebaulichen Veränderungen getätigt, oft auch im Zusammenhang mit dem Novartis Campus. Einige Häuser mussten der Nordtangente weichen, neue wurden gebaut. Mit den ProVolta-Projekten wurden vom St. Johannsbahnhof bis zum Voltaplatz Neubauten errichtet und Häuser saniert. Die Autorin wollte herausspüren, wie diese städtebaulichen Veränderungen auf die Quartierbewohnerinnen und Bewohner des St. Johann wirken. Bei den Interviews kam heraus, dass die bauliche Veränderungen auf die Befragten klar geplant wirken und dass die grossen Neubauten eher mit Skepsis betrachtet werden und deren Erscheinungsbild nach wie vor ungewohnt und für das St. Johann vielleicht auch unpassend sind.

AB: *„Ehm, ja es wirkt auf mich, also quasi rational wirkt es für mich relativ klar geplant, (...) man hat so – also wenn ich so hier wohne hat man das Gefühl es ist wirklich so ziemlich ein klarer Fahrplan wo hier verfolgt wird“.*

RH: *„Sie haben auch sehr edel und mit viel Geld renoviert und haben vielleicht auch etwas zu wenig gedacht, wer das dann auch wirklich benutzt, wie pflegeleicht es auch noch sein muss neben dem Schönsein an sich. Und diese Diskrepanz spürt man an vielen Orten im Quartier. Beim Spielplatz, bei Quartierzentren bei so neuen Wohnungen, also das wie so ein gestalterisches Element im Vordergrund steht aber*

weniger das praktische und dies zu verbinden, wäre das optimale und das gelingt scheinbar nicht immer“.

Schnell kamen die interviewten Personen auf den Voltaplatz zu sprechen. Interessant war, dass die befragten Personen den Voltaplatz nach wie vor als eine Grenze im Quartier beachten, ein Ort, den man zu Fuss oder auch mit dem Velo weiterhin lieber meidet, trotz der Verkehrsberuhigung, welche dieser Platz durch die städtebaulichen Massnahmen hätte erfahren sollen. Dem Voltaplatz gegenüber war aus den Gesprächen ein gewisser Unmut zu entnehmen, er wird von einer Interviewpartnerin sogar als Grenze bezeichnet.

RH: *„Also für mich ist der Voltaplatz immer so eine Grenze gewesen. Also fast schon wie dort Frankreich hinten dran wäre. Das ist wirklich ein Unort, vom Verkehrsaufkommen, von der Grösse, einfach von allem, und das hat sich eigentlich nicht viel verändert, es ist nach wie vor nicht ein toller Ort dieser Voltaplatz“.*

TB: *„Also der Voltaplatz, dort hat es viel zu viel Verkehr, als Fussgänger ist man hier total benachteiligt, ich finde das ist total unkorrekt. Jetzt hat man für 1.6 Milliarden eine Autobahn gebaut und man kommt immer noch nicht über die Strasse, das ist eigentlich nicht ok“.*

Die neuen Gebäude wirken auf die befragten Personen eher als Fremdkörper im Quartier. Im Bezug auf die Neubauten wurde immer wieder die Novartis und der spürbare Trend, dass Luxuswohnungen gebaut würden, genannt.

RH: *„Man spürt schon dass es der Trend ist, Luxusrennovationen zu machen, einfach so für Besserverdienende ins Quartier zu holen. Ja und die neuen Gebäude die wirken sehr grosszügig und auch modern, zum Teil sieht es nicht schlecht aus. (...) es wirkt auch sehr steril, ich war auch schon in diesen Hintergärten und zum Teil finde ich es auch komisch, wie sie es gestaltet haben“.*

TB: *Es ist sicher positiv, dass man wieder Wohnungen bauen konnte, die Gebäude mögen architektonisch noch gut sein aber es gibt so eine Schlucht, es ist eintönig eher, ja es wird immer mit diesen Volumen geplant (...). Jetzt ist es eine eintönige Schlucht, wo auch darauf ausgerichtet ist, das war ja von Anfang an klar, eher für mittlere bis höhere Einkommen und das sind halt globale Zusammenhänge und auch, mit Novartis und so“.*

AB: *„An einem Janusbau oder Voltazentrum kann ich jetzt wirklich einfach nichts positives abgewinnen, weil das ist zum grossen Teil für die Novartismitarbeitenden auf dem Campus gebaut worden, von dem habe ich gar nichts davon. Und ich glaube die meisten Leute im Quartier haben von dem gar nichts. Ich finde es nicht einmal schön“.*

Bedürfnisse

Zu der Frage, ob die baulichen Veränderungen den Bedürfnissen der Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner des St. Johann gerecht werden, wurde als negativer Punkt wieder der Voltaplatz genannt, der nach wie vor trotz den baulichen Massnahmen sehr verkehrsbelastet sei.

RH: *„Ja, ich weiss es nicht (...) Also für mein Erleben hat sich nicht so viel geändert, ich bin vorher wie auch jetzt auch nach diesen baulichen Veränderungen nie so viel über den Voltaplatz gegangen“.*

„Wenn man weiss, jetzt muss man wieder über diesen Voltaplatz, der ist einfach eine riesen Ampelanlage und es braust, vor allem als Fussgänger finde ich es unangenehm wenn man dort rüber muss. Jetzt hat es eher noch mehr Teer, das Mätteli dort ist, das ist heftig umgebaut worden, das Voltamätteli, weil das hatte eigentlich im hinteren Ecken, dort war früher eine Robinsonspielplatz mit so einem Urwaldcharakter, mit vielen Bäumen und das ist jetzt alles nicht mehr so, jetzt ist das nach vorne verlagert und sehr chic“.

TB: *„Also wenn man jetzt am Voltaplatz steht und Richtung Rhein schaut, es ist eine wahnsinnige Autoschlucht. Eine wahnsinnige Teerschlucht. Ob das jetzt wirklich die Bedürfnisse von den Bewohner abdeckt, weiss ich nicht“.*

Verkehr

Auch trotz der vorgenommenen Verkehrsberuhigung scheint das St. Johann also sehr verkehrsbelastet zu sein. Hierzu nennen zwei der befragten Personen den Schleich- und Parkraumsuchverkehr als besonders belastend. Wenn es am Voltaplatz staut, würden viele Autofahrerinnen und Autofahrer durch die Quartierstrassen ausweichen, um den Stau zu umfahren. Auch würden die Angestellten der Geschäfte in den Quartierstrassen nach Parkmöglichkeiten suchen, was ebenfalls eine zusätzliche Verkehrsbelastung für die Quartierstrassen bedeutet.

RH: *„Und dann auch das Parkierproblem ist furchtbar, es hat so Schleichverkehr in den Seitensträsschen, Leute die einfach Parkplätze suchen. Wir haben halt viel Pendelverkehr zum Beispiel die ganzen – das ganze Verkaufspersonal in diesen Filialen von Migros und Coop, das sind alles Elsässer, fast ausnahmslos also schon nicht nur, es hat auch so Albaner und Serben und Serbokroaten hat es sicher auch jetzt, aber eigentlich hat es wirklich viele Elsässer, und die kommen alle mit ihren Autos und müssen diese dann abstellen.“*

TB: *„(...) Es hat sich ein Schleichweg ergeben wo einfach Querbeet Elsässer oder Leute aus Allschwil oder irgend so, die über das Luzernerringviadukt kommen und dann sehen, ah hier vorne beim Voltaplatz hat es etwas Stau, hier stehen ein paar Autos, es ist gerade Rot - dann biegen sie beim Lohtringerplatz beim Kreisel ab, zäck in die Lohtringerstrasse, Gasstrasse, Wattstrasse und umfahren das so und sind dann natürlich schneller, weil vorne am Voltaplatz hat es zum Rechtsabbiegen kein Lichtsignal, und dann können sie sich so schön wieder einflechten“.*

Wünsche

Die Autorin hat die St. Johannsler gefragt, was sie sich für bauliche Aufwertungsmassnahmen für das St. Johann gewünscht hätten. Ein Interviewpartner sagte, er habe keine Wünsche und findet man solle besser auf grosse Bauprojekte verzichten.

AB: *„Keine. solange es hier so funktioniert und solange es nur darum geht wie viel ein Haus wert hat und wie man am besten Geld verdienen kann, wo mit welcher Immobilie kann man wie viel Profit herausschlagen und so lange es um das geht finde ich schon, dass man eigentlich darauf verzichten sollte, irgendwie grosse Projekte zu bauen generell“.*

Ansonsten ging aus den Gesprächen hervor, dass nach wie vor der Wunsch nach mehr Grünflächen da ist. Die baulichen Massnahmen werden als sehr karg und steril empfunden.

RH: *„Ich hätte mir mehr Grünflächen gewünscht“.*

TB: *„Der Vogesenplatz beim Voltazentrum Coop finde ich, ist einfach wahnsinnig karg, es hat kein grün darauf. Ich nehme an, dass ist weil es dort eine Einstellhalle darunter hat, aber grundsätzlich finde ich es toll, dass es dort so einen Platz hat“.*

RH: *„Also mich dünkt dieser Ecken beim St. Johannsbahnhof, der ist einfach überhaupt nicht begrünt, es hat nur so ein paar Alleeäumchen, so feine kleine auf der einen Seite und auf dem Platz selber hat es so eine Art ein edles Betonmobiliar (...) also im Sommer brennt es dort richtig herab und es hat kein einziger Baum der dann Schatten gibt, das finde ich sehr schade“.*

Der Robinsonspielplatz bei der Voltamatte wurde im Rahmen der Aufwertung ebenfalls umgestaltet und verschoben. Der wilde Charakter, den dieser Spielplatz früher hatte, sei nun verloren gegangen, jetzt sei der Robinsonspielplatz steril und die Kinder wie ausgestellt darin. Die Interviewpartnerin hat das Gefühl, dass der Spielplatz nun weniger den Bedürfnissen der Kinder entspricht.

RH: *„Den Robispielplatz hätte ich einfach ergänzt, den wilden Charakter, es ist auch ein Verlust (...) Und auch vorne gegen die Strasse mit diesen Gittern, mir kommt das vor wie die Affen im Zooli mit ihren komischen Turngeräten das ist wie so etwas am falschen Ort, es ist gut gemeint aber eben, dieses Fixfertige finde ich schade. Es ist so designerig, ist es dass, was die Kinder dort brauchen?“*

Wohnen

Interessant war, dass alle befragten Personen die im St. Johann wohnhaft sind den Wunsch nach selbstverwaltetem Wohnen äusserten. Sei es in einer Genossenschaft oder einfach die Wohnung, in der man wohnt zu besitzen. So könnten alle Parteien selber bestimmen, wie sie ihre Wohnung renovieren möchten.

AB: *„Wenn ich mir jetzt etwas wünschen könnte, würde ich sagen, dass so viele Leute wie möglich oder am besten alle in der Lage wären, auf Genossenschaftsbasis ihren Wohnraum zu kaufen, und dies nicht auf Eigentumswohnungsstyle sondern wirklich so „wir 10 Parteien wohnen in diesem Haus, wir kaufen dieses zu 10 und wir bestimmen dann darüber, wie hoch unsere Miete ist, was wir renovieren und so weiter, wie unser Garten aussieht also wirklich so ein Selbstbestimmtes Wohnen, das wäre so die weitere Perspektive. Und da braucht es für mich keine Stadtregierung dahinter“.*

TB: *„Also ich fände es sympathischer, wenn es mehr einzelne Parzellen von einzelnen Leuten oder Genossenschaften die sich zusammen tun, wenn irgendjemand ein Haus baut, das würde zwar etwas ein Durcheinander geben aber es lebt einfach mehr“.*

Gerade bei älteren Häusern, die sanierungsbedürftig sind und trotzdem länger nichts gemacht werde, bestehe eine Angst und Unsicherheit.

RH: *„Aber man ist nie so ganz sicher was geht, dann heisst es plötzlich, man macht trotzdem einen Rundumschlag mit renovieren und alle müssen raus oder wie funktioniert das, also wir sind schon nicht ganz auf der sicheren Seite. Gerade wegen diesem Trend von mehr Luxuswohnungen.. Eigentlich sollten wir das Haus selber kaufen und so eine Hausgemeinschaft daraus machen, aber ja es ist mehr mal ausgesprochen und laut gedacht“.*

5.2 Lebensqualität im St. Johann

Wie bereits beschrieben, konzentrierte die expandierende Stadt Basel alles, was sie nicht innerhalb der Stadtmauern haben wollte in den Norden. Das St. Johann galt immer als Quartier der einfachen Leute und wurde oftmals auch „Glasscherbenquartier“ oder das „Stiefkind im Norden“ genannt. Im Zuge der „Aufwertung“ des St. Johann wurden Grünflächen, Plätze und Strassen umgestaltet, Häuser gebaut, neuer Wohnraum so wie neue Begegnungsorte wurden für die Quartierbewohnerinnen und Bewohner geschaffen.

Als übergeordnetes Ziel der Stadtentwicklung Baselnord wurde in den Projektbeschrieben immer wieder betont, dass die Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner im St. Johann gesteigert werden soll. Lebensqualität an sich ist ein schwer greifbarer Begriff. Jedenfalls hat die Autorin mit den geführten Interview versucht, herauszufinden, an was die Lebensqualität in einem Quartier ausgemacht wird und ob oder inwiefern sich die Lebensqualität im St. Johann mit den Stadtentwicklungsprozessen verbessert oder verändert hat.

Lebensqualität wird oft damit verbunden, wie sicher man sich in seiner Wohnumgebung fühlt. In der Baslerzeitung wurde, wie der Autorin erzählt wurde, oft Unsicherheit geschürt und eher negativ über das St. Johann geschrieben. In den Gesprächen kam dagegen heraus, dass sich die interviewten Personen im St. Johann wohl und sicher fühlen.

AB: *„Hmm, also ich fühle mich sicher hier, aber ich habe mich auch sicher gefühlt, wo sie hier noch gebaut haben, also weil das habe ich mit erlebt, das war alles noch nicht*

fertig, als ich hier hergezogen bin (Voltaplatz). Ich habe mich hier immer sicher gefühlt“.

Lärmbelastet sei das St. Johann nach wie vor. Zwar seien durch den Bau der Nordtangente die grossen Lastwagen von der Erdoberfläche verschwunden, durch das sei es zwar etwas ruhiger geworden, gleichwohl hat das Quartier mit grossem Durchgangsverkehr zu kämpfen.

RH: *„Der Voltaplatz betrifft mich jetzt schon nicht mehr so, das ist mir etwas gleicher, dort ist schon am meisten gemacht und gebaut worden. Ob es jetzt für diese Leute, die am Voltaplatz selber wohnen besser geworden ist, weiss ich nicht, das mit den Lastwagen war natürlich schon massiver als der Personenverkehr, von dem her ist es wahrscheinlich schon etwas besser“.*

Was bezüglich Lärmbelastung von einer Interviewpartnerin noch genannt wurde, sind die Lärmemissionen, welche die Nachbarinnen und Nachbarn produzieren. Es werde im Vergleich zu früher viel mehr auf dem Balkon telefoniert, spät Abends Flaschen entsorgt, Partys gefeiert, im allgemeinen nähme man weniger Rücksicht aufeinander. Dies gehöre ebenfalls zu den Faktoren, welche die Lebensqualität verschlechtern würden.

RH: *„Es ist der Verlust von Grenzen, von Wahrnehmungen, ich bin nicht alleine auf der Welt und ja, ich denke in so einem Quartier wie das St. Johann, ich weiss nicht, ich denke es ist nicht nur hier so, es ist einfach das, was ich wahrnehme“.*

Littering scheint im St. Johann nach wie vor ein Problem zu sein. Offenbar sind vor allem Parks wie der Kannenfeldpark oder der St. Johannspark wie auch das Rheinufer nach warmen Wochenenden von herumliegendem Abfall befallen.

RH: *„Auch der Abfall ist immer wieder ein Thema, Rabeninvasionen die natürlich auch als Folge vom Abfall kommen und diesen verlesen und auseinander rupfen (...) Auch der Rheinweg, wo es immer so die nächtlichen Partys mit den Pizzaschachteln und den Bierflaschen hat, die man dann wieder findet“.*

Zusammenfassend betonte die Interviewpartnerin erneut dass die obengenannten Faktoren wie auch der Lärm zu einer Verschlechterung der Lebensqualität beitragen.

RH: *„Ja das sind schon diese Faktoren, wo die Lebensqualität verschlechtern. Und eine andere ist natürlich der Lärm, also die Lastwagen, die sind jetzt ja von der Erdoberfläche verschwunden aber trotzdem ist es lärmig“.*

Was bezüglich der Lebensqualität bei allen Interviewpartnerinnen und Partner als sehr positiv erachtet wurde, ist der neu gestaltete St. Johannspark mit dem ebenfalls neu eröffneten Café Johnny Parker im Pavillon. Der Park lade nun viel mehr zum verweilen ein. Es sei innert kurzer Zeit ein neuer, sehr beliebter Treffpunkt entstanden, welcher von Jung bis Alt gleichermassen geschätzt und benutzt werde.

RH: *„Also ein diesbezüglich wichtiger Platz hier in der Nähe ist der St. Johannspark, dort wo die alte Stadtgärtnerei gewesen ist und hier hatte es gewisse Murkse, also planerisch, wo dann nicht aufgegangen sind, jetzt haben sie gerade dieses Jahr es neu gestaltet mit einem Pavillon mit einem Restaurant und mit neuen Spielanlagen und es ist also augenfällig, dass es jetzt viel mehr Leute anzieht“.*

TB: *„(...) das Lola, dieser Quartiertreffpunkt ist auch im Rahmen von dieser Aufwertung entstanden, das Johnny Parker im St. Johannspark so, das sind sicher Sachen die positiv sind“.*

Die baulichen Veränderungen scheinen die Lebensqualität im St. Johann nicht gross zu beeinträchtigen. An diese gewöhne man sich schnell und man nehme sie dann mit der Zeit fast nicht mehr wahr. Die Möglichkeit, Leute und Freunde zu treffen hingegen würden die Lebensqualität wirklich positiv beeinflussen.

AB: *„Ehm ja, für mich hat sich an der Lebensqualität bis jetzt nichts verändert. Ich lebe wie an diesen Sachen vorbei, ich interessiere mich mehr für so Sachen wie Kaffees wie dieses, auch das ist etwas schöner geworden, aber das hat es schon vorher gegeben, auch das New Point ist einfach eine Kneipe wo man sich treffen kann“.*

TB: *„Ich habe beobachtet, in der Elsässerstrasse werden aktuell drei neue Kaffees eingerichtet und das sind nicht einfach – ohne das jetzt negativ zu werten – türkische Versammlungslokal wo einfach ein paar Männer am Spielen sind, sondern ich meinte es sind wirklich zwei oder drei Cafés, Bars, szenenmässig ein bisschen etwas wo die jungen Leute, ja wo so Treffpunkte werden könnten. Eben das Johnny Parker ist schon so etwas, das hat es vorher nicht gegeben“.*

TB: *„In diesem täglichen Leben durch die Voltastrasse oder die Gassstrasse laufen, ob es jetzt dort Bäume hat oder nicht, das nimmt man mit der Zeit nicht mehr auf. Auch wie viele Autos es jetzt genau hat, ob es jetzt 1200 oder 1750 hat, das fällt einem auch nicht so auf. Aber wenn es ein gemütliches Beizli hat, wo man hin gehen kann, seinen Kaffee trinken gehen und ein paar lustige Leute trifft – das ist Lebensqualität“.*

Durch die Aufwertungsprozesse habe sich das Angebot an Einkaufsmöglichkeiten verdoppelt, was die Lebensqualität ebenfalls positiv beeinflussen würde. Die vielen Einkaufsmöglichkeiten im St. Johann werden von den Bewohnerinnen und Bewohner geschätzt, alles Wichtige finde man im St. Johann selber, nur für Kleider müsse man in die Innenstadt.

TB: *„Also wo es ganz offensichtlich ist, dass sich die Lebensqualität gesteigert hat ist beim Einkaufen. Es hat jetzt doppelt so viele Läden wie vor 5 Jahren. (...)“.*

RH: *„Auch der Kannenfeldpark, der etwas weiter oben ist finde ich sehr schön, auch zum Joggen und die Einkaufsstrukturen, die Infrastruktur generell ist sehr gut, von den Läden her hat es vom Bioladen über so Boutique artige Läden, Migros, Coop, Apotheke, Drogerie, es hat eigentlich wirklich alles hier, auch einen Schuhmacher, Bäckerei, es ist wie so ein Dörfchen, man ist nicht darauf angewiesen in die Stadt zu gehen“.*

Wie bereits beschrieben, stellte die Steigerung der Lebensqualität im St. Johann ein Ziel der Stadtentwicklungsprozesse im St. Johann dar. Dieses Ziel wurde von der Verwaltung wie auch von der Christoph Merian Stiftung gleichermassen verfolgt. Beide interviewte Personen sind sich der Schwierigkeit des Begriffs Lebensqualität und dessen Messbarkeit bewusst:

SOR: *„Lebensqualität ist ganz ein schwieriger Begriff. Was heisst Lebensqualität? Ich denke jetzt sind wir bei der Grundfrage, was ist überhaupt Stadt? Stadt ist die Summe von den Wünschen und Ideen von den Menschen, die in einer Stadt leben“.*

MW: *„Also wir hatten das Ziel, eine spürbare/sichtbare/messbare Entwicklung zu initiieren oder zumindest zu fördern, immerhin haben wir das gesagt. (...) Wir haben es nicht gemessen. Man könnte das schon messen, aber da müsste man wirklich eine saubere wissenschaftliche Analyse machen, am Anfang wie auch am Schluss und das haben wir nicht gemacht“.*

In der Verwaltung wie auch in der Stiftung, hat man das Gefühl, die Lebensqualität im St. Johann positiv beeinflusst zu haben. Beide Schlüsselpersonen nennen ähnliche Aspekte, von denen sie glauben, dass sie die Lebensqualität im St. Johann positiv beeinflussen. Interessant hierbei war, dass bei der Christoph Merian Stiftung der Fokus eher auf Treffpunkte und Grünflächen gelegt wird, was auch die Bewohnerinnen und Bewohner zu schätzen angaben. Der Interviewpartner seitens der Verwaltung gab noch weitere Aspekte an, die allerdings von im St. Johann Wohnenden nur teilweise genannt wurden.

MW: *„Punktuell konnte man wirklich positiv wirken. Gerade durch Treffpunktcharakter oder Begrünungsaktionen auch mehr sozialen Projekte wie diesen Ideenwettbewerb, wo man die Leute vernetzt oder einen Markt, den man initiiert, wo sich die Leute treffen können (...)“.*

„Es gibt ein paar soziale Projekte neben den baulichen Massnahmen die das Quartierleben unterstützen, das glaube ich schon, aber messbar, so würde ich es nicht nennen. Ich glaube, wir konnten punktuell einen Beitrag leisten zu einer positiven Entwicklung, ja das haben wir gemacht, das glaube ich schon“.

SOR: *„Lebensqualität heisst zum Beispiel, dass es eine früher sehr stark befahrene Strasse nicht mehr gibt, dass man heute ruhig dort schlafen kann, ohne von Verkehrslärm geweckt zu werden. Dass die Luftqualität verbessert worden ist, dass man mehr Fläche hat im öffentlichen Raum, der eben nicht mehr vom Auto genutzt wird. Dass man einen sicheren Schulweg hat, das ist Lebensqualität. Dass man ein entsprechendes Bildungsangebot hat, dass man eine tolle Wohnung hat und auch eine Wohnung findet im Quartier, die einem entspricht und so weiter. Ich denke ja, da hat das St. Johann und auch das Kleinbasel eine positive Entwicklung erfahren“.*

5.3 Partizipationsmöglichkeiten

Zum Thema der Partizipationsmöglichkeiten wurden jeweils im St. Johann wohnenden wie auch die in der Stadtentwicklung tätigen Personen befragt.

Information

Mit der ersten Frage wollte die Autorin herausfinden, wie die Bewohnerinnen und die Bewohner auf die städtebaulichen Massnahmen vorbereitet wurden. Von den drei im St. Johann Wohnenden fühlten sich zwei von der Stadt gut informiert, wenn man sich dafür interessiert habe, sei man immer gut informiert worden.

RH: *„Ja da hat es schon so Pläne gegeben, ich muss jetzt gerade überlegen, doch es hat so Broschüren gegeben, es war immer sehr gut dokumentiert, diese Strassenabschnitte, Brückenbau, Unterirdische Führung, also doch, es wurde sehr gut dokumentiert und ja, die Bewohner haben es gewusst was läuft.“*

TB: *„In der Zeitung hatte es Artikel, oder manchmal hatten wir einen Zettel an der Türe oder Tafeln die aufgestellt waren. Also ich (...) habe immer gewusst, was in etwa am laufen ist und warum das gemacht wird“.*

Seitens der Verwaltung war die Kommunikation in diesem Vorbereitungsprozess zentral. Den Verantwortlichen der Stadtentwicklung Basel Nord war es sehr wichtig, dass die Quartierbevölkerung gut und transparent informiert wird.

SOR: *„Kommunikation war ganz wichtig, wir haben Broschüren gemacht zur Stadtentwicklung, die sind an alle Haushalte gegangen. Dann haben wir Informationsveranstaltungen gemacht zum Thema, dann haben wir auch geschaut, dass es zu den einzelnen Projekten Veranstaltungen gegeben hatte (...). Dann hat es Internetseiten gegeben, wo das ganze auch beschrieben worden ist und wenn es im Quartier irgendwelche Feste oder Aktionen gab, dann haben wir geschaut dass wir vor Ort waren und die Leute auch zu uns kommen und Fragen stellen konnten“.*

Mitwirkung

Die Autorin hat die interviewten Personen nach den Partizipationsmöglichkeiten gefragt, die es für die Quartierbewohnerinnen und Bewohner des St. Johann gab. Die Mitwirkungsveranstaltungen wurden von den befragten Quartierbewohnerinnen und Bewohner nicht als solche verstanden. Sie hatten den Eindruck, dass diese Veranstaltungen eher informativ aufgebaut waren und die Quartierbevölkerung dann nur noch bei Kleinigkeiten die Möglichkeit erhielt, mitzureden, mitzuwirken oder mitzubestimmen. Die folgenden Textausschnitte verdeutlichen diese Aussage.

AB: *„(...) also das ist, den Plan hat die Stadt schon, und dann gibt es ein Mitbestimmungsverfahren wo die Leute kommen können und ein bisschen mitschwatzen können, ob jetzt dort noch ein Fussgängerstreifen hin kommt oder so, also die Mitbestimmung läuft darauf hinaus dass man bei ganz kleinen Details mitreden kann, aber der grosse Plan, an diesem gibt's nichts mehr zu rütteln“.*

RH: *„Es ging mehr um die Kosmetik wo man noch mitentscheiden konnte, der Fussgängerstreifen 10 cm breiter, dort noch ein Baum oder ein Bänkli, aber der grosse Wurf, der wurde geliefert“.*

TB: *„Man macht ja in der Regel nicht einen Mitwirkungsprozess an einem ganz leeren Blatt, es ist immer schon eine Idee, Vorgabe oder Bauplanung da, wo man dann noch ja oder nein sagen kann. Es ist nicht so, dass man einfach ins Blaue mitwirken kann“.*

Die Schwierigkeit dieser Mitwirkungsveranstaltungen, welche eigentlich eher als Informationsveranstaltungen durchgeführt werden, ist auch in der Verwaltung bekannt. Bei dieser Thematik sei es immer eine Frage, wie Mitwirkung verstanden werde.

SOR: *„Anhörungen hat es ganz viele gegeben, wo dann auch gewisse Anliegen umgesetzt worden sind. Im Bereich Mitbestimmung, das war dann eher noch schwach ausgeprägt“.*

Die Mitwirkungsveranstaltungen wurden von den Projektleitenden der einzelnen Departemente organisiert und dann auch durchgeführt. Das Verständnis, wie wichtig der Miteinbezug der Quartierbevölkerung ist, sei in den letzten Jahren, seit der Integralen Aufwertung im Kleinbasel gewachsen. Mittlerweile sei es klar, dass auch seitens der Verwaltung ein Austausch mit der Quartierbevölkerung stattfinden müsse.

SOR: *„Am Anfang war es mehr so (...) jetzt müssen wir die auch noch mit einbeziehen, dass ist doch mühsam, noch mehr Aufwand und noch eine Mehrschleife und mittlerweile habe ich wirklich das Gefühl, es ist nicht nur ein Verfassungsartikel, sondern man merkt, es ist wichtig und es gibt uns bessere Resultate“.*

Die Autorin hat dem Interviewpartner seitens Verwaltung geschildert, was sie von den im St. Johann wohnenden Interviewten Personen gehört hat, unter anderem, dass sich die Quartierbewohnerinnen und Bewohner vor vollendete Tatsachen gestellt gefühlt haben und das Gefühl bekamen, dass sie nur bei sehr kleinen Sachen mitbestimmen können. Diese Problematik sei der Verwaltung auch bewusst.

SOR: *„Es entsteht leider oft das Gefühl, ja die Verwaltung macht ja sowieso, was sie will und wir werden über den Tisch gezogen und gleichzeitig hat die Verwaltung dann das Gefühl ja, jetzt kommt wieder das Quartier und hat unrealistische Forderungen und so weiter (...)“.*

Es sei immer die Frage, wann der richtige Zeitpunkt der Mitwirkung sei. Entweder würde man die Mitwirkung ganz am Anfang planen, dann wenn die Rahmenbedingungen festgelegt werden oder die Verwaltung würde die Rahmenbedingungen festlegen, aber versuchen, das Gefäss möglichst offen zu halten, dass die Mitwirkung im eigentlichen Sinne noch stattfinden könne. Es sei die Frage, wie man sich als Verwaltungsstelle selber sehe, als Experte oder ob das Quartier selber als Experte angesehen und ernst genommen werde.

SOR: *„Da gibt es Verwaltungsstellen die sehen sich selber absolut als Experten und nur sie gelten als Experten (...). Es gibt immer noch Verwaltungsstellen, die Mitwirkung etwas als Alibi betreiben, das ist so“.*

Die Christoph Merian Stiftung hat den strategischen Grundsatz, in der Quartierentwicklung partizipativ zu arbeiten. Der erste Schritt am Anfang eines Quartierentwicklungsprozesses seien Bestandsaufnahmen, die jeweils gemacht würden. So könne die Bevölkerung mit einbezogen werden und man bekomme ein Bild vom Quartier. Aufgrund dieser Bestandsaufnahme werde dann ein Programm oder eine Strategie entwickelt, die möglichst auf das Quartier abgestimmt sei. Die Christoph Merian Stiftung habe ihre entwickelte Strategie bei einer Informationsveranstaltung der interessierten Quartierbevölkerung vorgestellt.

MW: *„Das war wirklich so Top Down, das wurde auch so empfunden, so „ah da kommt die reiche Stiftung und sagt was sie hier machen wollen“, obwohl wir eigentlich diese Haltung überhaupt nicht geteilt haben, aber dort habe ich wirklich gemerkt und gelernt, dass man anders vorgehen muss“.*

„Wir haben die Leute schon gefragt bei der Bestandsaufnahme aber wir haben schlussendlich diese Projektideen (...) und sind dann mit dem raus gegangen und haben schon gefragt „ja was meinen sie dazu“, aber das war schon nicht sehr geschickt.“

In der Stiftung hat ein Umdenken stattgefunden, durch ihre Erfahrungen im St. Johann haben sie für die Quartierentwicklung in Gundeldingen, die Themen weiter gefasst, um die Quartierentwicklungsmassnahmen gemeinsam mit den Leuten aus dem Quartier zu planen. Das letzte Projekt, welches die Stiftung im St. Johann realisiert hat, war der Pavillon im St. Johannspark. Dort sei es ihnen während ihrer Arbeit im St. Johann am besten gelungen, die Quartierbewohnerschaft mit einzubeziehen.

MW: *„Wir haben dort mit den Nutzern sehr eng zusammengearbeitet aber auch immer wieder die Nachbarn mit einbezogen, wir haben informiert aber auch gefragt was sie wollen, also Bedürfnisse abgeholt (...). Wir haben auch das weitere Umfeld mit einbezogen und haben auch gemerkt, dann bei der Eröffnung, dass es wirklich im Quartier verankert gewesen ist“.*

Aus den Gesprächen mit den Interviewten Personen aus dem Quartier konnte die Autorin entnehmen, dass die Motivation, sich an so einer Mitwirkungsveranstaltung aktiv zu beteiligen natürlich sinkt, wenn schon vor der Teilnahme klar ist, dass die eigenen Vorschläge immer mit einem Gegenargument entwertet und somit nicht berücksichtigt werden. Dies löst bei den Quartierbewohnerinnen und Bewohnern eine gewisse Müdigkeit gegenüber solchen Mitwirkungsverfahren aus.

TB: *„Also bei den ganzen Planungsprozessen mag ich mich noch an ein Beispiel erinnern, ich ging da auf das Baudepartement, weil ich gemerkt habe, dass es an der Wattstrasse einen Schleichweg gibt und dann hat es aber geheissen, es sei alles schon so geplant und gestaltet und da könne man nichts mehr machen“.*

„(...) es gibt immer ein stichhaltiges Argument, wo man noch so lange einen Beteiligungsprozess machen könnte, wo es dann schlussendlich kein Argument gegen den Vorschlag mehr gibt“.

AB: *„Also wenn man genug laut und genug beharrlich immer wieder nachfragt, dann kann man sich dort schon einbringen, nur wird das halt nicht gehört“.*

5.4 Stadtentwicklung im St. Johann

Ausgangslage

Seitens der Verwaltung wie auch seitens der Christoph Merian Stiftung hat die Quartierentwicklung im Kleinbasel den Ausschlag gegeben, den nächsten Fokus der Quartierentwicklung auf das St. Johann zu legen.

MW: *„Das war ein strategischer Entscheid von der Stiftung. Vorher hat man einen Schwerpunkt im Kleinbasel gesetzt mit diversen Projekten und hat dann eigentlich systematisch angefangen – also man hat gesehen dass das St. Johann, wirklich das*

untere St. Johann, dass dort Bedürfnisse sind, (...) die Bevölkerung hat auch geäußert, dass sie sich zum Teil etwas vernachlässigt fühlen“.

SOR: *„Auslöser war eigentlich die IAK, das war die Integrale Aufwertung Kleinbasel, (...) dort war eigentlich der Anlass, dass in den 90er Jahren, dass man grosse Probleme hatte, Abwanderung auf der einen Seite, man hatte aber auch eine sehr alte Bausubstanz, Probleme im Rotlichtmilieu, Sicherheitsfragen und so weiter“.*

Legitimationsgrundlage der Städtebaulichen Massnahmen

Die Autorin wollte herausfinden, auf was für eine Legitimationsgrundlage sich die Verantwortlichen gestützt haben, als das St. Johann in den Fokus der Stadtentwicklung Basel Nord und der Christoph Merian Stiftung kam.

MW: *„Das St. Johann verfügt über keine politische Lobby, es hatte gerade in der langen Phase des Bauens keine Quartierkoordination gegeben, die das Scharnier bilden konnte zwischen Quartier und Verwaltung oder dem Quartier und Institutionen wie uns zum Beispiel, es hat eine riesen Verkehrsbelastung gegeben, obwohl sich die ein bisschen gebessert hat seit der Autobahneröffnung, aber es ist immer noch stark belastet, es hat einen hohen Ausländeranteil, es hat viel Wechsel also es ist so bisschen ein Durchgangsquartier gewesen (...)“.*

„Das Quartier selber, so haben wir es wahrgenommen, viele haben sich wenig ernst genommen gefühlt, man hat das Gefühl gehabt, bei uns macht man ja eh nichts, hier wird wenig investiert. Es ist ein junges Quartier mit vielen Kindern und Jugendlichen, es hat recht einen hohen Ausländeranteil, es ist nicht so sauber wie es sich die Menschen wünschen würden“.

„Es hat tolle Parks, aber insgesamt haben die Leute immer noch den Wunsch nach mehr Grün“.

SOR: *„Man hat eine grosse statistische Auswertung gemacht, das hat man vom statistischen Amt begleiten lassen. (...) Es wurden Indikatoren für die Stadtentwicklung definiert und man hat einen Vergleich gemacht mit der Gesamtstadt und dem St. Johann und Kleinbasel und was halt verglichen mit dem Rest von Basel auffällig war, war das Defizit an grünen Räumen, dann ein sehr hoher Anteil an kleinen und alten Wohnungen, Renovationsbedarf und natürlich die Dominanz der Industrie. Es gab auch soziale Indikatoren, also von Bildungsstand über*

Ausländeranteil über wie lange leben die Leute im Quartier, (...) das St. Johann und auch das Kleinbasel, das sind so Durchlaufsquartiere“.

„Natürlich waren es auch übergeordnete politische Ziele, man möchte neuen Wohnraum schaffen, gleichzeitig möchte man die Wirtschaft fördern im Kanton, mit Wohnraumförderung heisst es natürlich auch, wir wollen gute Steuerzahler haben. Das sind natürlich auch politische Vorgaben, die da waren. Da können wir auch keinen Hehl daraus machen“.

Persönliche Ziele MW / SOR

Die Schlüsselpersonen bei der Stadtplanung nehmen für sich in Anspruch, auf Grund ihrer sozialen Verantwortung die Bevölkerung möglichst nahe einzubeziehen. Dies formulieren sie als persönliche Ziele, die sie umsetzen wollten.

MW: *„Meine persönlichen Zielsetzungen decken sich mit denen von der Stiftung. Ich finde es wichtig, dass man verschiedenste Bereiche vom Quartierleben abdeckt, mit unseren Projekten wie „Treffpunkte im Quartier“, „Ideen aus dem Quartier“, „Grün- und Freiraum“ und so weiter (...). Wichtig war vor allem auch dass wir uns zusammen mit der Bevölkerung, dass wir den partizipativen Aspekt wirklich ernst nehmen und diesen auch umsetzen“.*

SOR: *„Unsere Motivation war, dass wir möglichst viel für das Quartier herausholen können. Wenn man so im Verwaltungsapparat drin ist, dann schauen alle für sich. Die Bildung schaut für sich, die Kultur schaut für sich, die Sicherheit schaut für sich. (...) Wir wollten auch schauen, was die Bedürfnis aus der Bevölkerung sind und wie wir uns für diese Bedürfnisse auch einsetzen können und diese abholen“.*

Nachhaltige Stadtentwicklung

Die Autorin hat die Interviewpartnerinnen und Partner nach ihrem Verständnis nachhaltiger Stadtentwicklung gefragt. Die Antworten denken sich mit den im Theorieteil erarbeiteten Grundlagen.

MW: *„Ich würde sagen nachhaltige Quartierentwicklung, macht für mich aus, dass alles berücksichtigt werden muss, also sowohl soziale, wie kulturelle, ökologische Aspekte aber selbstverständlich auch ökonomische Aspekte, die darf man einfach nicht ausser Acht lassen“.*

SOR: *„Also es gibt sicher die soziale Nachhaltigkeit, dann die ökologische Nachhaltigkeit und auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Ich denke, das muss ein Stück weit möglichst in einem Gleichgewicht sein, das ist irgendwie so das Ziel von einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Und wenn es um eine soziale Stadtentwicklung geht, dann denke ich, dass es wichtig ist, dass die Leute sich einbringen können. Dass sie die Möglichkeit haben, ihre Wünsche und Bedürfnisse im Stadtteil auszuleben und befriedigen können.“*

Weiter wollte die Autorin herausfinden, wie nachhaltige Entwicklung seitens der Verwaltung gefördert werden kann. Auch hier wurde der Fokus wieder auf die Partizipation gelegt, dieses Verständnis müsse auch in der Verwaltung verankert sein.

MW: *„Ich habe schon den Eindruck, dass dieses Denken auch in der Verwaltung – also das diese Haltung auch in der Verwaltung vertreten wird, es ist nicht so – ich finde auch dort ist nachhaltige Quartierentwicklung wichtig, also inklusive dem Aspekt von der Partizipation (...). Partizipation gehört dazu, um nachhaltige Quartierentwicklung zu initiieren, zum durchführen oder leiten, begleiten.“*

SOR: *Ich glaube das Wichtigste ist es, zu wissen, was die Verwaltung selber für einen Ansatz hat, also wie gehen sie mit Fragestellungen um. Wichtig ist, dass man sich bewusst ist, dass es in einem Planungsprozess unterschiedliche Experten gibt. Die Verwaltung, die sind Experten, wenn es um das Baurecht geht, wenn es auch darum geht, Rahmenbedingungen zu definieren, Unterschiedliche Abhängigkeiten aufzuzeigen. Es gibt aber natürlich auch Experten aus dem Quartier, die Quartierbevölkerung, die ihr Quartier und den Alltag, das Leben und wirklich auch wissen, wo der Schuh drückt. (...) Das ist natürlich auch die grosse Herausforderung, dass man auch sagt: „he ja, ihr seid unsere Experten, wir wollen etwas von euch lernen“.*

5.5 Leben mit Novartis

Die Pharmaindustrie ist im St. Johann allgegenwärtig. In Diskussionen über die Stadtentwicklung im St. Johann wird die Novartis oft im Zusammenhang genannt. Es bestanden Vorwürfe, die Stadt Basel würde durch die Stadtentwicklung Basel Nord dringend benötigte gute Steuerzahlende ins St. Johann locken wollen und deshalb Wohnungen explizit für Novartismitarbeitende bauen.

Die Quartierbevölkerung des St. Johann beobachtet den Pharmagiganten einerseits mit Interesse, andererseits mit Skepsis. Der Campus wird im St. Johann akzeptiert, man könne es nicht ändern. Die Novartis könne sich von der Stadt Basel her sehr viel leisten, man würde der Novartis grosse Privilegien einräumen.

RH: *„Ja das war natürlich schon vorher und das wird auch so bleiben, man geht dort nicht gross durch, man tangiert es einfach durch diese Verkehrsachse, es ist einfach Industriezone und es ist jetzt einfach hier und mit dem müssen wir leben“.*

TB: *„Diesen Deal, der zwischen Kanton und Novartis geschlossen worden ist, finde ich schlecht, nach wie vor, wobei das auch Sachzwänge sind, der Kanton sagt, die Novartis wollte das so, wenn sie es nicht bekommen hätten wären sie weg gezogen, darum mussten wir es so machen (...). Das muss man in dem Sinn akzeptieren, aber ich finde es schade, wenn einfach ganze Stadtteile einfach eingezäunt werden“.*

AB: *„Das ist eine Stadt in einer Stadt an sich, geschlossen für die Öffentlichkeit“.*

Von dem Campus mit dem sich die Novartis eine eigene kleine geschlossene Stadt gebaut hat, können die „normalen“ Bewohnerinnen und Bewohner nicht profitieren. In ihrem Alltag kommen sie kaum in den Kontakt mit Mitarbeitenden von der Novartis, da diese im Campus selber alles Nötige zu haben scheinen. Die Interviewten Personen finden das problematisch und äussern grosse Bedenken.

AB: *„Es hat eine Pforte mit Pförtner, der ganze Hag ist Videoüberwacht, man hat einen Supermarkt, ein Coop hat s dort drin, Apotheke, Fitnesscenter, (...), man kann dort Deutschkurse besuchen, also für die, die dort arbeiten, ist es ein eigener Lebensraum, die müssen eigentlich gar nicht mehr gross raus. Und ich finde, das ist enorm problematisch, weil das auch, also das führt dazu, dass dort Leute leben oder vielleicht leben sie dann in diesen Häusern und die machen dann nichts anderes als von ihrer Wohnung in den Campus zu fahren, am besten noch mit dem Auto und bekommen dann von der Stadt und dem Quartier gar nichts mit“.*

TB: *„Ich höre immer wieder dass es auf eine Art ganz toll ist, also extrem schön, teuer und aufwendig gestaltet. Es sei eine vollkommen andere Arbeitswelt, also ich meine, grundsätzlich, dass der Kanton relativ viel Steuern durch die Novartis erhält, plus die ganzen Leute die dort noch angestellt sind, die ja auch einiges an Steuern zahlen, das ist unbestritten“.*

Die interviewten Personen aus dem Quartier vermuten einen Zusammenhang mit baulichen Veränderungen um den Voltaplatz herum und der Novartis. Dies vor allem mit den neuen Wohngebäuden an der Voltastrasse, welche hauptsächlich Luxuswohnungen beherbergen.

RH: *„Es hat natürlich gewisse Folgeerscheinungen, das ist klar. Es ist einfach ein grosser Kontrast vom Bestehenden zum Neuen, ja ich denke es hat wirklich grosse Kontraste gegeben, jetzt auch von dem neuen Komplex, der zu dem Campuscharakter passen muss“.*

AB: *„Ja und die Novartis auf der anderen Seite ist dann genau auf solch hochwertigen Wohnraum angewiesen, weil sie ein paar tausend Leute haben, die hier arbeiten und die möchten auch möglichst wenig Distanz zurück legen um in den Campus zu kommen, das liegt halt auch etwas in der Natur von diesem Komplex, in den man sowieso sein Leben hinein verlagert, und dann will man natürlich nicht mit dem Velo oder zu Fuss durch die ganze Stadt laufen“.*

Der Novartis gegenüber bestehe eine Ohnmachtsituation. Da die Stadt Basel auf das Geld der Novartis angewiesen zu sein scheint, mache man viel, um den Pharmakonzern bei Laune zu halten und um sicherzustellen, dass sie in Basel bleiben. Es sei das Geld, das regiert.

RH: *„Wo sind dann jetzt diese Leute, die vorher dort gewohnt haben, sind die ganz aus dem Quartier weg oder haben sie wirklich noch etwas anderes gefunden. Hier denke ich, dass es nur ein kleiner Teil gewesen ist, das ist sicher so. Und von dort her ist es so eine Ohnmachtssituation, weil einfach das Geld regiert“.*

Sogar beim Einkaufen würde man spüren, dass das Sortiment in dem neuen Coop eher auf Besserverdienende ausgerichtet ist.

RH: *„Und der neue Coop passt in dem Sinn auch, ich meine der ist sehr gross, wenn man dort einkaufen geht, dann merkt man schon, es ist etwas ein anderes Publikum als jetzt in diesem Coop der näher bei mir ist, sie haben auch ein grösseres Angebot“.*

Die Bewohnerschaft des St. Johann kommt also kaum mit Novartismitarbeitenden in Kontakt, was die befragten Personen problematisch und schade finden. Auch in der Verwaltung und

der Christoph Merian Stiftung sind die Vorwürfe gegenüber der Novartis bekannt und bewusst.

SOR: *„Ich bin auch nicht glücklich darüber, wie sich die Novartis selber als Stadt in einer Stadt baut“.*

Das Spannungsfeld betreffend Steuereinnahmen, neue Wohnbauten mit Wohnungen im oberen Preissegment, wo früher günstiger Wohnraum angeboten wurde, ist sehr komplex. Natürlich sind Neubauten teurer als alte Wohnblöcke, so ist es klar, dass auch deren Mietzinse entsprechend teurer sind. Es sei eine Tatsache, dass günstiger Wohnraum verloren ging. Man müsse auch realistisch sein, wenn eine Stadt auf entsprechende Steuereinkünfte angewiesen sei, müsse man auch Wohnraum anbieten, der für guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler attraktiv ist.

MW: *„Das sind Neubauten und die sind per se teurer. (...) ich weiss nicht, was da für eine Strategie dahinter steckt. Es ist, glaube ich, relativ teurer Wohnraum und es ist nicht der Wohnraum für die Leute, die vorher an der Voltastrasse gewohnt haben, das ist klar. Dort ist günstiger Wohnraum verloren gegangen“.*

SOR: *„Ich denke, schlussendlich muss man auch realistisch sein. Bei aller sozialen Romantik, ich glaube, wenn wir uns das alles leisten können wollen, was wir uns leisten, dann müssen wir ein Stück weit auch Quellen haben, die das zur Verfügung stellen. Also ich bin wirklich ein Verfechter von einer guten Durchmischung in einer Stadt und da ist es halt auch wichtig, dass man auch gute Steuerzahler in der Stadt hat, denn nur so gibt es auch die entsprechenden Steuereinkünfte. Ich denke es ist vielleicht auch ein bisschen falsch verstanden worden(...). Ich bin auch nicht Fan davon, dass an bester Lage gute Häuser, die vorher im Besitz der Stadt waren, verkauft werden. Ja, gleichzeitig weiss man auch, dass nur, wenn man auch Grundeigentum anbieten kann, dass dann ein Anreiz ist, damit die entsprechenden Leute in die Stadt kommen“.*

Betreffend dem Novartiscampus teilen die beiden Personen aus der Stadtentwicklung die Meinung der im St. Johann Wohnenden. Sie finden es schade, dass praktisch kein Austausch zwischen der Quartierbevölkerung und den Mitarbeitenden der Novartis stattfindet. Der Campus ist eine Stadt in der Stadt, was die Angebote betrifft ist es für die Personen, die dort Arbeiten, gar nicht nötig, den Campus zu verlassen. Die beiden Interviewten Personen würden sich eine Öffnung des Campus wünschen, damit die dort

Arbeitenden mit dem Quartier in Kontakt kommen könnten und das Quartier vom Campus profitieren könnte.

SOR: *„Also, ich hätte mir eine Öffnung des Novartiscampus gewünscht, jetzt ist es so ein bisschen die verbotene Stadt, die Stadt in der Stadt (...). Es ist wirklich, also wenn man im Campus ist, dann hat es Restaurants, es hat ein Fitnesszentrum, es hat Begegnungsorte, man muss gar nicht raus gehen, man muss gar nicht mit dem Quartier in Kontakt kommen und das ist total schade“.*

MW: *„Ich hoffe dass das Quartier von der Novartisentwicklung irgendwie trotzdem profitieren kann, das ist ja immer noch sehr hermetisch, (...) also wie sehr die Novartismitarbeitenden auch heraus kommen und essen oder einkaufen (...) also wie die Interaktion zwischen den Novartismitarbeitenden und dem Quartier ist, wenn das sich befruchtend auswirken würde, fände ich das schön“.*

Rheinuferweg

Am geplanten Rheinuferweg könnte zukünftig ein Austausch stattfinden. Auf diesen Weg, der bis nach Frankreich führen soll, freuen sich die Befragten Personen aus dem Quartier sehr. Allerdings bestehen auch dort Bedenken gegenüber der Novartis, wie sehr sie Strukturen mit Kontaktmöglichkeiten zulassen würden. Klar ist, dass dieser Rheinuferweg eine grosse Bereicherung für das St. Johann sein wird.

TB: *„Was sicher sehr positiv wird, ist, wenn dieser Rheinuferweg kommt, das wird eine extrem grosse Aufwertung sein, weil man dann bis nach Frankreich weiter kann, das ist – denke ich – ein Quantensprung für Velofahrer und Fussgänger, also sehr positiv. Das ist eine extreme Quartieraufwertung“.*

RH: *„Ich freue mich noch auf diesen Weg den es dann geben wird, bis nach Frankreich, da sind sie schon ewig dran, es hat sich auch noch hingezogen wegen Einsprachen, (...) jetzt ist es scheinbar möglich und dass finde ich dann schon einen Gewinn“.*

TB: *„Es ist einfach schaurig schade das dieser Streifen, den sich der Kanton schlussendlich sichern konnte, wo die Novartis dem Kanton Land abgetreten hat für diesen Uferweg, extrem schmal ist, das denke ich, ist einfach zu schmal um wirklich etwas tolles zu machen. Dort hätte ich es mir jetzt gut vorstellen können, dass einige Flächen für die Novartisleute geplant würden, wo die mit ihren Laptops sitzen könnten aber wo auch noch so genannte Normalsterbliche auf ein Bänkli sitzen und dort ein*

Buch lesen könnten. Dort hat aber dann jemand von der Novartis gesagt, dass das nicht geht, es müsse eine Atmosphäre sein, wo diese Leute arbeiten können, das geht nicht, dass Kinder daneben Fussballspielen“.

„Man könnte ja einen Park so gestalten, das der nicht zum Fussballspielen geeignet ist, in dem es Nischen hat, wo man gemütlich sitzen kann und seine Ruhe hat, aber sich auch jemand vom Quartier hinsetzen kann (...). Das muss sich ja nicht gegenseitig ausschliessen. Es würde auch einen Austausch geben, eine Positive Beeinflussung von diesen Leuten die dort abgekapselt sind oder ab und zu auch mit irgendeinem Menschen der nicht in dieser abgekapselten Welt ist, Kontakt zu haben“.

Auch der Interviewpartner seitens der Verwaltung ist sich nicht sicher, ob dann mit dem Rheinuferweg wirklich ein Austausch stattfinden kann.

SOR:- *„Und jetzt ist es halt die grosse Frage, was mit dem Rheinufer passiert. Ob dort jetzt endlich an diesem Ecken der Kontakt zwischen Novartis und dem Quartier stattfinden kann“.*

6 Diskussion der Forschungsergebnisse

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass das gewählte Verfahren des Experteninterviews sich als geeignet erwiesen hat, um das Forschungsgebiet zu erfassen und die Fragestellungen zu bearbeiten.

Mit der Wahl der Quartierbewohnerinnen und -bewohnern, der Expertin aus der Merian Stiftung und dem Experten aus der Stadtentwicklung wurden Personen befragt, die sich mit dem Quartier identifizieren, ein hohes Mass an Wissen darüber verfügen und auch motiviert waren, die Fragen ernsthaft zu beantworten, so kann von einer hohen Validität der Daten ausgegangen werden.

Natürlich ist - wie bereits dargelegt - diese Stichprobe nicht repräsentativ für alle Bewohnerinnen des Quartiers oder auf andere Weise mit dem Quartier assoziierten Personen. Die Arbeit erlaubt aber, erste Hypothesen zu formulieren über die erlebten Auswirkungen der Stadtentwicklungsmassnahmen, die für die Planung weiterer Untersuchungen oder stadtplanerischen Veränderungen genutzt werden können.

Im Folgenden sollen zwei der formulierten Hauptfragestellungen zusammenfassend diskutiert werden. Die dritte Fragestellung betrifft die weiteren Vorgehensweisen und

Handlungsoptionen der Soziokulturellen Animation und wird in einem späteren separaten Kapitel diskutiert (Kapitel 7).

1. *Wie ist die Wirkung der Stadtentwicklungsmassnahmen auf die Bewohnerinnen und Bewohner des St. Johann hinsichtlich der Lebensqualität zu bewerten und zu interpretieren?*

Die befragten Bewohnerinnen und Bewohner des St. Johann geben an, dass sie die gute Durchmischung, die günstige Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr und die Nähe zum Rhein schätzen. Es werden Faktoren wie Standort, Multikulturalität und Infrastruktur als positiv gewertet. Wie bei den Befragungen von Dörig (2003) in Bezug auf die Lebensqualität in Städten wurden die Bereiche Umwelt, Wohnen und Freizeit ebenfalls als relevante Aspekte bezüglich der Lebensqualität am meisten genannt.

Interessant hierbei ist, dass keine der befragten Personen, spontan Bereiche nannte, die im direkten Bezug zu den städtebaulichen Massnahmen stehen. Offenbar hängt, das was die Leute elementar schätzen in ihrem Quartier nicht in erster Linie von den getätigten baulichen Massnahmen ab.

Nach Hopfener und Zakrzewski (2012) spielen Grünflächen, Strassen und Plätze eine wichtige Rolle in einem Quartier, da sie als Treffpunkte und Orte gesellschaftlicher Teilhabe und Kommunikation dienen. So tragen die Entwicklung von Freiraumkonzepten mit der Quartierbevölkerung, wie auch Investitionen in die Qualität und Gestaltung der öffentlichen Räume zu einer nachhaltigen Quartierentwicklung bei (S. 59).

In Bezug auf die Begrünung des Quartiers wirken die Aussagen der Bewohnerinnen und Bewohner eher enttäuscht bis neutral. Beispielsweise die Begrünungsversuche des Volaplatzes in Form von alleeartigen Bepflanzungen stossen nicht auf wirkliche Begeisterung. In diesem Sinn scheinen die getroffenen expliziten städtebaulichen Massnahmen zur Begrünung nicht als Verbesserung der Lebensqualität empfunden zu werden. Als Lebensqualität bereichernd werden hingegen die neuen Treffpunkte (Restaurants, Kaffees), insbesondere der St. Johannspark empfunden. Also Orte, wo ein sozialer Austausch möglich ist und sich die verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen annähern können. Diese Orte der Interaktion werden als Hauptquelle für Lebensqualität genannt. Es sind also mehr die Begleiterscheinungen der städtebaulichen Massnahmen, als diese an sich, welche die Lebensqualität erhöhen. Dieser Befund entspricht der Aussage von Emmenegger (2005), die betont, dass im Rahmen von Stadt- und Quartierentwicklung bei der Verbesserung der Lebensqualität vor allem das sozialräumliche Umfeld im Zentrum steht. Die Arbeit der Christoph Merian Stiftung wird hier validiert, jedoch wird eine gewisse

Diskrepanz zu den Vorstellungen des Bau- und Planungsdepartementes deutlich. Strukturen, die den zwischenmenschlichen Kontakt ermöglichen, sind für die Bewohnerschaft wichtiger als ästhetische Aspekte von baulichen Strukturen; die Funktion wird also dem Inhalt vorgezogen.

Die städtebaulichen Massnahmen, die das St. Johann erfahren hat, werden eher als „übergestülpt“ und nicht organisch empfunden, die baulichen Veränderungen seien nicht praktisch und lebensnah. Gerade um den Voltapplatz bzw. das Voltazentrum herum könnte man sagen, dass der Raum mit der modernen Architektur eher den Charakter eines Ausstellungsraums, als eines aktiven Lebensraums aufweist. Insbesondere wird kritisiert, dass der früher beliebte und verwilderte Robispielplatz des Quartiers aufgehoben und an seiner Stelle ein „Schauspielplatz“ erstellt wurde, der als steril und spielfern empfunden wird. Hier scheint sich zu zeigen, dass die baulichen Massnahmen von den Befragten nicht in dem Sinne wahrgenommen werden, wie sich dies die Planenden vorgestellt hatten. Die neuen Gebäude werden als fremd und unpassend empfunden.

Ein Problem stellt nach wie vor der Voltapplatz dar, der mit seinem (trotz der Nordtangente) grossen Verkehrsaufkommen ein Ort ist, den die Befragten zu Fuss wie auch mit dem Velo wenn möglich meiden. Durch die Nordtangente hat es zwar eine gewisse Verkehrsberuhigung gegeben, vor allem weil die Lastwagen nun unterirdisch verkehren, verkehrsbelastet ist das St. Johann jedoch immer noch. Dies macht sich in den Quartierstrassen einerseits durch Schleichverkehr wegen dem Ausweichen von den Staus am Voltapplatz und andererseits durch Parkraumsuchverkehr bemerkbar. Durch den Versuch, den Voltapplatz zu entlasten, wurden neue Probleme geschaffen.

Alisch (2002b) stellt fest, dass ein Wohnquartier durch Investitionen in moderne Gebäude oder Einrichtungen aufgewertet werden kann. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Firma Novartis mit ihren hochmodernen Gebäuden zu einem solchen Aufwertungsprozess beiträgt.

Die Novartis ist im St. Johann allgegenwärtig. Der Campus wird als Schlossgarten, den niemand betreten darf, empfunden. Die befragten Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich im Vergleich zu den Mitarbeitenden des Phamariesen als Fussvolk. Der geschlossene Campuscharakter verunmöglicht jeglichen Austausch. Es besteht das Gefühl, dass das St. Johann der Novartis wegen aufgewertet und mit neuen futuristischen Gebäuden versehen worden ist, wobei sich durch diese neu erstellten Gebäude mit ihren Luxuswohnungen eine neue Trennung zwischen Arm und Reich im Quartier ergibt. Diese Trennung sei sogar beim

Einkaufen spürbar. Das neue Einkaufszentrum ist so edel gestaltet, so dass die „normalen“ Bewohnerinnen und Bewohner sich dort fehl am Platz vorkommen.

Seitens der in der Stadtentwicklung tätigen Befragten und auch seitens der im St. Johann wohnenden Personen besteht der Wunsch nach einer Öffnung des Novartiscampus, damit Kontaktmöglichkeiten stattfinden können. Aber auch diesbezüglich besteht bereits eine Skepsis, die Befragten rechnen schon jetzt damit, dass die Novartis auch beim neuen Rheinuferweg wieder einen Weg finden wird, den Kontakt zwischen Quartierbevölkerung und Novartismitarbeitenden zu verhindern. Im Campus hat es viele Restaurants, Fitnesscenter, Einkaufsmöglichkeiten, einen Park und sonstige grüne Erholungsbereiche. Man könnte sagen, im Campus hat es alles zur Genüge, was den Leuten im St. Johann noch gefehlt hat, nur ist es für sie nicht zugänglich. Der Novartiscampus in seiner jetzigen Form scheint zu einer „ungewollten“ Segregation (vgl. Farwick, 2001) zwischen den Quartierbewohnerinnen und Bewohnern und den Novartiszugehörigen geführt zu haben. Die soziale Integration auf Quartiersebene, ein zentrales Ziel der sozialen Stadtentwicklung (Alisch, 2002a), wird dadurch nicht gefördert sondern erschwert. In diesem Sinn trägt die Firma Novartis nur beschränkt zu einer Aufwertung des Quartiers bei.

Bezüglich der Wohnlage besteht eine Unsicherheit bei den Befragten. Alle drei äusserten den Wunsch nach Wohneigentum, da so die erwünschte Sicherheit gegeben ist. Dies ist auch ein Zeichen dafür, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtregierung nicht vertrauen, dass heisst Angst haben, ihr Wohnhaus falle plötzlich einer Luxusrenovierung zum Opfer und so das Wohnen lieber selbstverwaltet organisieren möchten. Gemäss Friedrichs und Triemer (2008) belegen zahlreiche Studien, dass es sich positiv auswirken kann, wenn der Anteil der Wohnungseigentümer zunehmen würde, da Eigentümer besser in ihr Eigentum investieren würden, wenn sie selber darin wohnhaft sind. Diese positiven Effekte würden den Wert aller Häuser im Quartier erhöhen (S.18). In diesem Sinne würden sich Massnahmen die das Erwerben vom Wohneigentum erleichtern auch für das St. Johann positiv auswirken.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die städtebaulichen Massnahmen durchaus positive Effekte auf die Lebensqualität der Bewohnerschaft des St. Johann haben, wobei sich diese eher indirekt durch die Begleiterscheinungen (z.B. neue Kaffees und Treffpunkte) äussern. Daneben bestehen jedoch weiterhin Lebensqualitätsbeeinträchtigungen, zum Beispiel in Bezug auf den Verkehr oder die bestehende Ungewissheit über die weiteren Entwicklungen im Quartier.

2. *Wie ist die Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel organisiert und wie nahmen die interviewten Personen diese Mitwirkungsveranstaltungen und Mitwirkungsmöglichkeiten wahr?*

Über die Organisation der Mitwirkung in der Stadt Basel hat ja bereits das Kapitel 2.8 Aufschluss gegeben. Wie die befragten Personen diese Mitwirkungsmöglichkeiten wahrgenommen haben, soll an dieser Stelle diskutiert werden.

In Bezug auf die Organisation der Mitwirkung ist die Information über die geplanten Massnahmen als gut empfunden worden, jedoch hatten die Leute von Anfang den Eindruck, nicht richtig mitbestimmen zu dürfen, und wenn, dann nur in Details. So wurde im Erleben der befragten Bewohner und Bewohnerinnen höchstens der Mitwirkungsgrad Anhörung (Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel, 2007), respektive Stufe 2 des Stufenmodells der Partizipation von Lüttringhaus (2002), „Austausch, Erörterung/ Mitwirkung“ erreicht.

Die Repräsentation der Partizipation ist seitens der Departemente wie auch seitens der Bewohnerschaft eher negativ. In der Basler Kantonsverfassung ist die Partizipation der Basler Quartierbevölkerung gesetzlich vorgeschrieben, in der Theorie wird sie als einer der wichtigsten Faktoren sozialer und nachhaltiger Stadt- und Quartierentwicklung beschrieben. Die Umsetzung gestaltet sich jedoch trotz guten Leitfäden schwierig. Bei der praktischen Umsetzung werden Schwierigkeiten deutlich, die insbesondere in der Art, wie die partizipativen Prozesse gestaltet werden, aber auch in den kritischen Grundüberzeugungen der Betroffenen zu liegen scheinen.

Es bestehen gegenseitige Vorurteile und Bedenken. Seitens des Quartiers werden die Mitwirkungsveranstaltungen als Alibiübung verstanden, da die Befragten das Gefühl haben, dass an dem „grossen Plan“ nichts mehr zu verändern ist. Seitens der Verwaltung besteht Widerstand gegenüber dem Mehraufwand, welcher ein Partizipationsprozess mit sich bringt, und Zweifel an der Kompetenz der Bewohnerinnen und Bewohner.

Offenbar ist die Kommunikation zwischen den Akteuren suboptimal oder gestört. Gerade die gute Kommunikation wird jedoch von Lüttringhaus (2000) als zentraler Faktor für ein erfolgreiches Mitwirkungsmodell beschrieben.

Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Handlungsspielraum bereits zu Beginn eingeschränkt ist durch planerische Vorgaben und finanzielle Gegebenheiten, sodass die Partizipationsmöglichkeiten bereits zu Beginn beschränkt sind. Die Idealvorstellung eines Partizipationsprozesses scheint in der Realität fast nicht umsetzbar. Es ist jedoch wichtig, diesen Sachverhalt offen zu kommunizieren, damit sich die Betroffenen nicht getäuscht fühlen.

Insgesamt kann geschlossen werden, dass zu wenig Wissen und Erfahrung seitens Verwaltung besteht, wie eine erfolgreiche Mitwirkung der Quartierbevölkerung organisiert werden kann. Diese Ausgangslage erfordert eine Intermediäre Instanz, eine Position die von der soziokulturellen Animation eingenommen werden könnte.

7 Soziokulturelle Animation und Stadtentwicklung

Im Hinblick auf die Diskussion der dritten Fragestellung wird zunächst ein theoretischer Überblick über die zentralen Tätigkeitsfelder und Funktionen der Soziokulturellen Animation gegeben und schliesslich werden eine mögliche Position sowie Handlungsfelder für die Soziokulturelle Animation in Stadtentwicklungsprozessen abgeleitet.

7.1 Soziokulturelle Animation

Eine genaue Definition der Soziokulturellen Animation als Profession ist schwierig darzulegen. Heinz Wettstein (2010) merkt an:

Soziokulturelle Animation ist immer eingelagert in die gesellschaftliche Entwicklung. Ob sich eine Gesellschaft schnell entwickelt oder langsam, ob das Schwergewicht bei der Entwicklung im materiellen oder im immateriellen Bereich liegt, ob die Mehrheit der Menschen Not leidet oder im Überfluss lebt, ob eine Gesellschaft einen gemeinsamen Normenschatz hat oder sich sehr ausdifferenziert, wie die Menschen leben, wohnen, miteinander reden, sich fortbewegen usw. – all das hat immer direkte Auswirkungen auf die Soziokulturelle Animation. Die heutige Zeit, die mit immer neuen Entwicklungen, Verwerfungen, Problematiken in technischen, wissenschaftlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bereichen aufwartet und die Menschen/die Menschheit vor immer neu zu bewältigende Lebenssituation stellt, beeinflusst die Grundlagen der Soziokulturellen Animation tiefgreifend. (S.26-27)

7.2 Grundlagen der Soziokulturellen Animation

7.2.1 Prinzipien der Soziokulturellen Animation

Gemäss Spierts (1998) gibt es in der Soziokulturellen Arbeit vier Determinanten, nach denen in allen Tätigkeitsfeldern gearbeitet werden sollte. Demnach sollten soziokulturelle Angebote nahe am Lebensumfeld und der Lebenswelt der Zielgruppe stattfinden, sie sollten informellen Charakters sein und möglichst wenige Blockaden oder Hindernisse aufweisen. Dabei sollten sie flexibel und bedürfnisorientiert sein und gleichzeitig an die Kultur und die Gewohnheiten der Zielgruppe anknüpfen (S. 187, zit. in Hangartner, 2010, S. 288).

Eine weitere Unterteilung der Leitprinzipien der Soziokulturellen Animation nahm Horst Opaschowski (1996, S. 204, zit. in Hangartner, 2010, S. 289) vor:

Tabelle 5. Leitprinzipien der Soziokulturellen Animation (Opaschowski, 1996, S. 204, zit. in Hangartner, 2010, S. 289)

Bedingungen der Teilnahme	Voraussetzungen der Beteiligung	Möglichkeiten der Zielgruppe
Erreichbarkeit	Freie Zeiteinteilung	Wahlmöglichkeit
Offenheit	Freiwilligkeit	Entscheidungsmöglichkeit
Aufforderungscharakter	Zwanglosigkeit	Initiativmöglichkeit

Gemäss Hangartner (2010) können diese Determinanten oder Leitprinzipien für die momentane Situation in der Deutschschweiz übertragen und als solche genutzt werden. Hinzu würden noch die Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Niederschwelligkeit kommen (S. 289).

7.2.2 Tätigkeitsfelder der Soziokulturellen Animation

Hangartner (2010) erklärt, dass die Soziokulturelle Animation in vielen unterschiedlichen Teilbereichen tätig sein kann. Die Teilbereiche gliedern sich in Politik, Soziales, Bildung, Kultur und Kunst, Sport, Tourismus und Freizeit sowie Wohnen und Wohnumfeld. Für die vorliegende Arbeit sind die Bereiche Politik, Soziales und Wohnen und Wohnumfeld besonders relevant. Die Stadt-, Stadtteil- oder die Gemeinwesensentwicklung, sind im Teilbereich Politik als Tätigkeitsfelder angesiedelt. Im sozialen Teilbereich sind der Aufbau von sozialen Netzen, Gemeinschaft und Nachbarschaft Tätigkeitsfelder der Soziokulturellen Animation; im Bereich Wohnen/Wohnumfeld die Tätigkeitsfelder in Wohnbaugenossenschaften und grossen Siedlungen (S. 286-287).

7.2.3 Funktionen der Soziokulturellen Animation

Im Folgenden Unterkapitel werden die Funktionen der Soziokulturellen Animation kurz erläutert, um einen Überblick zu verschaffen. Gemäss Hangartner (2010) können sich die Funktionen der Soziokulturellen Animation je nach Arbeitsort, Institution, Partnerinnen und Partner aus anderen Berufsrichtungen mit denen zusammengearbeitet werde, ergänzen oder überschneiden (S. 287).

In der **Vernetzungs- und Kooperationsfunktion** wird gemäss Hangartner (2010) mittels Anregung, Förderung, Unterstützung und Begleitung der Aufbau von sozialen und kulturellen Netzwerken gefördert, mittels Kooperation werden die unterschiedlichen Akteure, die es für eine gute Zusammenarbeit braucht, aktiviert und einbezogen.

Die **partizipative Funktion** wird durch die Aktivierung von bereits bestehenden Beteiligungsformen der kulturellen oder gesellschaftlichen Beteiligung oder der Kreation und Adaption von neuen Beteiligungsformen, die der Zielgruppe entsprechen, wahrgenommen (S. 288).

In ihrer **präventiven Funktion** trägt die Soziokulturelle Animation mit ihren Tätigkeiten laut Martin Hafen (2010) dazu bei, dass die sozialen Probleme gar nicht erst entstehen. Die Soziokulturelle Animation setzt gemäss Hafen bei der Beseitigung von Faktoren an, die in der Zukunft zu Problemen führen könnten (S. 177f). Auch Hangartner (2010) schreibt, die Soziokulturelle Animation unterstützt, dass gesellschaftliche Probleme früh wahrgenommen und je nach dem bereits vor ihrer Entstehung thematisiert und kommuniziert werden können (S.288).

Die vierte Funktion ist die **Integrative Funktion**. Diese erfolgt laut Hangartner (2010) durch Initiieren, Ermöglichen und Stimulieren von Kommunikation zwischen verschiedenen Individuen und Gruppen verschiedenster religiöser, ethnischer oder kultureller Herkunft. Die Beziehungsarbeit sowie die Vermittlung zwischen den Lebenswelten der Gruppierungen sind die Kernaufgaben der integrativen Funktion (S. 288).

7.2.4 Interventionspositionen

Gemäss Hangartner (2010) befinden sich die Aufgaben der Soziokulturellen Animation in einem sich ständig wandelnden beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld, so würden sich stets neue Anforderungen an die Berufspersonen der Soziokulturellen Animation ergeben

(S.297). Von Müller (in Heinz Moser et al., 1999) wurde auf der Basis von verschiedenen Modellen aus Frankreich und den Niederlanden mit Einbezug von verschiedenen Theorien ein Handlungsmodell mit den vier Interventionspositionen entwickelt (S.122, zit in Hangartner, 2010, S. 297). Laut Hangartner (2010) dienten als Basis für dieses Handlungsmodell unter anderem die vielen nötigen Aufgaben der Soziokulturellen Animation um „die Gestaltung des Zusammenlebens von Individuen und Gruppen zu fördern und zu begleiten“ (S.297).

Hangartner (2010) hält fest: „Das Handlungsmodell ist als Orientierung zu Verstehen, in welcher Situation, mit welchen Beteiligten, in welcher Funktion, mit welchen Methoden und Techniken, mit welcher Haltung Soziokulturelle Animatorinnen und Animatoren in der offenen Situation im Handlungsfeld intervenieren können“ (S. 298).

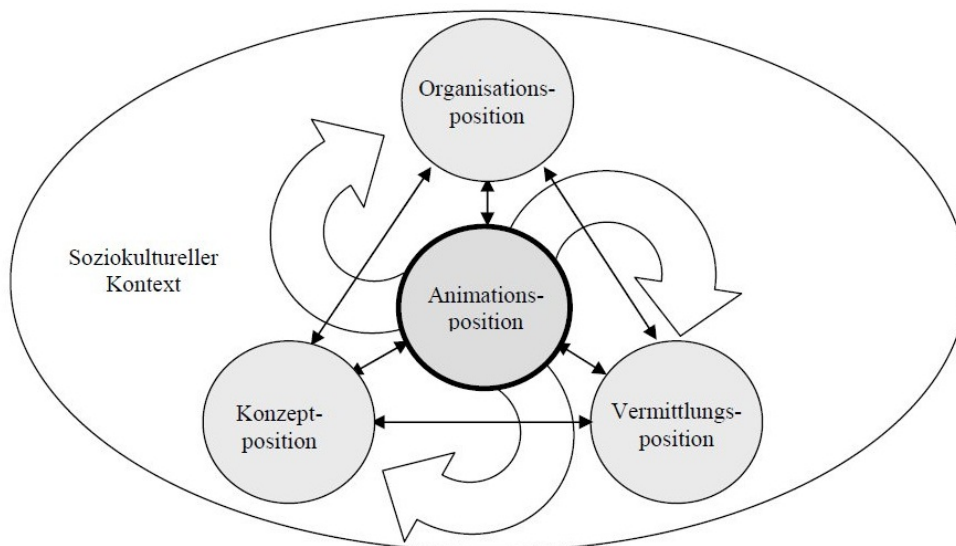


Abbildung 4. Handlungsmodell nach Moser et al. (1999) mit Anpassungen von Hangartner (2010, S. 299)

In diesem Handlungsmodell stehen laut Hangartner (2010) alle vier Positionen miteinander in Verbindung und sind mit den jeweils anderen Positionen in Rückkoppelung zu betrachten, wobei die Animationsposition als zentrale Interventionsposition zu verstehen ist (S. 298).

7.2.5 Intermediäre Position der Soziokulturellen Animation

Marcel Spierts (1998) beschreibt die Zwischenposition oder eben die intermediäre Position der Soziokulturellen Arbeit als Arbeit zwischen System und Lebenswelt. Spierts (1998) merkt an: „Soziokulturelle Arbeit vermittelt nicht bloss zwischen System und Lebenswelt, zum Beispiel zwischen Bürger und Behörde oder zwischen Individuum und Markt, sondern sie

setzt gleichzeitig auch Massstäbe: Kommunikative im Systemkonzept sowie ökonomisch- und verwaltungsrationelle im Lebensweltkontext“ (S. 89, zit. in Hangartner, 2010, S. 274). Mit dieser Aussage nehme Spierts, wie Hangartner (2010) beschreibt, das Konzept von System und Lebenswelt von Habermass auf, in welchem das Vermitteln zwischen System und Lebenswelt als zentrales Tätigkeitsfeld der Soziokulturellen Animation vorgestellt werde (S. 274).

Das Berufsfeld der Soziokulturellen Animation ist also in dieser Zwischenposition, zwischen System und Lebenswelt angesiedelt. Hangartner (2010) schreibt, dass Soziokulturelle Animatorinnen und Animatoren nach Spierts in mancher Hinsicht in die staatlichen Institutionen sowie Abläufe eingegliedert sind, dies jedoch immer mit dem Auftrag, in der Lebenswelt ausserhalb tätig zu sein. Demzufolge würden sich Fachpersonen der Soziokulturellen Animation stets auf die Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels einlassen müssen und so anhand von der Beobachtung dieses Wandels Rückschlüsse in Bezug auf ihre Arbeit ziehen (S. 297).

7.3 Positionen und Handlungsfelder für die Soziokulturelle Animation in Stadtentwicklungsprozessen

Die vorliegende Bachelor-Arbeit zeigt auf, dass soziale Stadtentwicklung ein sehr komplexes Handlungsfeld darstellt, in welchem unterschiedlichste Akteure und Institutionen mit unterschiedlichsten Interessen involviert sind. Die erläuterte Theorie wie auch die Ergebnisse aus dem Forschungsteil unterstreichen die Wichtigkeit der Partizipation der Bevölkerung in Stadtentwicklungsprozessen. Gemäss der 3. Fragestellung soll nun noch dargestellt werden, welche konkreten Vorgehensweisen und Handlungsoptionen sich für die Soziokulturelle Animation als Akteurin in Stadtentwicklungsprozessen, insbesondere auch in Bezug auf das St. Johann ableiten lassen.

7.3.1 Soziokulturelle Animation als intermediäre Instanz in der Stadtentwicklung

Wie beschrieben, handeln Soziokulturellen Animatorinnen und Animatoren in der Zwischenposition zwischen System und Lebenswelt. Aus der Literatur sowie auch aus den Gesprächen mit den verschiedenen Interviewpartnerinnen und Partnern wird die Wichtigkeit der Mitwirkung der Quartierbevölkerung ersichtlich, um eine nachhaltige Quartierentwicklung zu initiieren. In der vorliegenden Untersuchung hat sich aber gezeigt, dass die

Kommunikation zwischen Bevölkerung und den relevanten Institutionen nicht optimal verlaufen ist und partizipative Prozesse nicht bestmöglich gestaltet wurden. Genau an dieser Schnittstelle, zwischen der Quartierbevölkerung und der Verwaltung oder anderen Institutionen, die in der Stadtentwicklung tätig sind, kann und sollte die Soziokulturelle Animation auch in Stadt- und Quartierentwicklungsprozessen als intermediäre Instanz fungieren.

Alisch (2002) bekräftigt, dass ein Merkmal sozialer Stadtentwicklung sei, neue Formen der Entscheidungsfindung und der Prozessgestaltung zu prüfen und dabei kompetente Akteure ausserhalb der Verwaltung zu finden. Dabei seien Institutionen gemeint – und hierbei zitiert Alisch Labisch (1987): „die als intermediäre Instanzen zwischen personellen Gruppierungen einerseits und dem politisch-administrativen System andererseits vermitteln, neue Problemlagen aufdecken bzw. als eigenes Handlungsfeld begreifen“ (zit. in Alisch, 2002, S. 19). Hangartner (2010) schreibt, dass Soziokulturell Animierende sowohl im strategisch und systemorientierten Arbeitsfeld auf der intermediären Ebene zwischen System und Lebenswelt vermitteln, aber auch versuchen, das Vertrauen der Zielgruppe aufzubauen. Soziokulturelle Animation vermittelt zwischen den Lebenswelten, aber auch im Spannungsfeld eines gesellschaftlichen Kontexts und einer Zielgruppe. Hangartner (2010) merkt an: „Sie ermutigen, befähigen und begleiten Adressatinnen und Adressaten in der Vernetzung möglicher Beteiligter, sie schaffen Interessensausgleiche und bauen Brücken zwischen verschiedenen Akteuren“ (S. 316).

Die folgende Darstellung zeigt die verschiedenen Formen der Vermittlung:

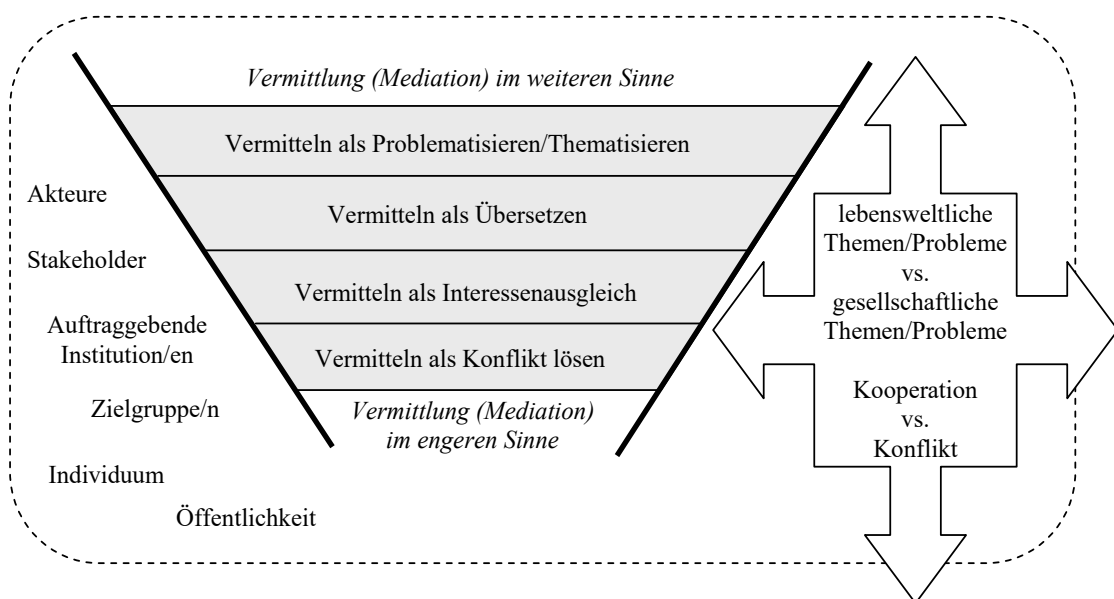


Abbildung 5. Vermittlung im weiteren und im engeren Sinne (Hangartner, 2010, S. 317)

Als Aufgabenbündel Intermediären Instanzen hat sich gemäss Alisch (April 2002) in Deutschland der Begriff Stadtteilmanagement herausgebildet. Ein Stadtteilmanagement habe den Anspruch, Organisationsformen zu schaffen, welche das gemeinsame Ziel für die Quartierentwicklung beobachtet und den Prozess der Entwicklung und die Beteiligung der Bewohnerschaft gestaltet und in Richtung der ausgemachten Ziele steuert und dabei mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren zusammenarbeitet. Alisch (April 2002) definiert dabei folgende vier Kernaufgaben:

1. Aktivierung der Bewohnerschaft/ Organisation von Beteiligungsprozessen
2. Stadtteilkoordination (Vernetzen, Aufbau und Unterstützung von Kooperationen)
3. Projektbegleitung und –Initiierung
4. Administrative Dienste (S.20-21)

7.3.2 Sozialräumliches Handeln

Die oben beschriebenen Ausführungen des Stadtteilmanagement passt zu dem Ansatz der Quartierarbeit, die gemäss Willener (2010) „gebietsbezogen zwischen Lebenswelt- und Expertenkompetenz sowie zwischen „Bottom-up“ und „Top-down“ Prozessen vermittelt“. Sozialraumorientierte Arbeit handelt auf Grund der Bedürfnisse von Menschen, die in einem bestimmten Raum leben oder arbeiten. Soziokulturelle Animatorinnen und Animatoren können in unterschiedlichen Funktionen und Rollen Aktivitäten und Prozesse in Sozialräumen mitgestalten. Auch Willener (2010) beschreibt die intermediäre Position im Sinne einer Brücken- und Vermittlungsposition im Dialog- und Konfliktmanagement als wichtigste Rolle der Soziokulturell Animierenden im Sozialraum. Diese Vermittlung findet zwischen verschiedensten Kräften statt, zwischen Kulturen, Lebenswelten, Sozialinstanzen oder eben zwischen Verwaltungsstellen (S. 365-366). Willener (2010) hat die Rollen der Soziokulturellen Animation im Sozialraum in einer Grafik zusammengestellt:

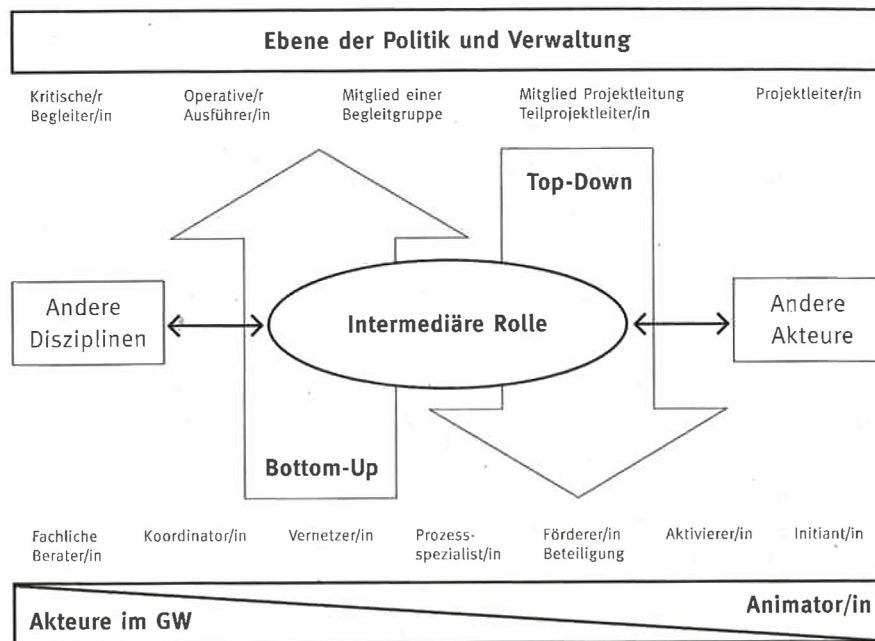


Abbildung 6. Rollen der Soziokulturellen Animation im Sozialraum (Willener, 2010, S. 367)

Nach Willener (2010) können Fachleute der Soziokultur in der sozialräumlichen Arbeit eine doppelte Rolle übernehmen. Einerseits können sie ihr Wissen als Expertinnen und Experten für soziokulturelle Fragestellungen einbringen, andererseits können sie in den Bereichen Intervention und Prozessgestaltung Fachkompetenzen vorweisen (S.367).

8 Schlussfolgerungen

Die theoretischen Grundlagen zur sozialen Stadtentwicklung sowie die Forschungsergebnisse haben klar herauskristallisiert, dass Partizipation die grundlegende Voraussetzung für das Gelingen eines Quartierentwicklungsprozesses darstellt. Es scheint aber bei den in der Praxis beteiligten Akteurinnen und Akteuren nach wie vor das Wissen zu fehlen, wie ein optimaler Partizipationsprozess gestaltet werden könnte.

Die Soziokulturelle Animation soll in Stadtentwicklungsprozessen die Rolle der Intermediären Instanz annehmen, um zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu vermitteln. So können Professionelle der Soziokulturellen Animation bei ihrer Arbeit im Quartier für die Bewohnerschaft eine Anlaufstelle bieten, wo diese Probleme und Unsicherheiten thematisieren können. Soziokulturell Animierende können so die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner aufnehmen und diese bei den involvierten Institutionen oder bei der Verwaltung deponieren. Bauliche Aufwertungsmassnahmen alleine sind, wie aus der Theorie und der dargelegten Interviewergebnissen hervorgeht, nicht nachhaltig. Es müssen

soziokulturelle Aspekte miteingebracht und berücksichtigt werden. Soziokulturell Animierende können und sollen auch der Verwaltung, was die Organisation und Durchführung der Mitwirkungsprozesse angeht, ihre Unterstützung und ihr Fachwissen anbieten. Wie die Entwicklungen im St. Johann gezeigt haben, hätte die Stadtentwicklung Basel Nord von einem früheren, expliziteren Einbezug von Fachpersonen der Soziokulturellen Animation bereits auf der Planungsebene nur profitieren können.

Wie ein Interviewpartner seitens der Stadtentwicklung schön formuliert hat: „Stadtentwicklung braucht gute Partner“ – Soziokulturelle Animatorinnen und Animatoren, die in einer Quartier-Institution arbeiten können solche Partner sein. Hier wäre es aus der Sicht der Autorin wichtig, dass sich Soziokulturell Animierende auch in der Verwaltungsebene für Stadtentwicklungsfragen einsetzten und ihre Position kundtun, um so im Interesse der Quartierbevölkerung das Bestmögliche zu erreichen.

9 Literatur- und Quellenverzeichnis

9.1 Literaturverzeichnis

Akzentmagazin April/Mai 2011. Schwerpunkt St. Johann. Das Leben am (Stadt-) Rand.
Basel: Autor

Alisch, Monika (2002a). *Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen*. Leske + Budrich, Opladen 2002.

Alisch, Monika (2002b). Soziale Stadtentwicklung in Deutschland. In Tagungsband der internationalen Fachtagung: *„Aufwertung als Programm? Ansätze und Folgen integrierter Stadtteilentwicklung“* (S.15-23)

Baudepartement des Kantons Basel-Stadt (2007). *Stadtentwicklung Basel Nord* [Projektbeschreibung]. Basel: Autor

Baudepartement des Kantons Basel-Stadt (2012). *Voltastrasse* [Projektbeschreibung]. Basel: Autor

Baudepartement des Kantons Basel-Stadt; Novartis (2012). *St. Johanns-Rheinweg* [Projektbeschreibung]. Basel: Autor

Bukow, Wolf-Dietrich; Heck, Gerda; Schulze, Erika & Yildiz, Erol (Hrsg.) (2011). *Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft*, Interkulturelle Studien (1. Aufl.) Wiesbaden: VS Verlag.

Deinet, Ulrich (Hrsg.) (2009). *Methodenbuch Sozialraum*. (1. Aufl.) Wiesbaden: VS Verlag

Dörig, Franziska (2003). Lebensqualität im Urteil der Bevölkerung. In Stadtblick 8, *Stadtentwicklung im Diskurs*. 16-18

Durrer, Beatrice; Hangartner, Gabi; Grettler Heusser, Simone; Müller, Emanuel & Schmutz Marco (2010). *Aktivierende Fachbegleitung in Mitwirkungsverfahren, Schlussbericht*. Hochschule Luzern Soziale Arbeit

- Emmenegger, Barbara (2005). Lebensqualität in allen Quartieren – Quartierentwicklung der Stadt Zürich. In *„Chancen für die Quartierentwicklung erkennen und handeln – Eine Praxistagung von „allons-y Telli!“*. 13-15
- Emmenegger, Barbara (2010). Raumkonzeptionen und Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S.325-348). Luzern: interact.
- Emmenegger, Barbara (2012). *Sozialräumliche Entwicklungsprozesse: Segregation, Gentrification, Integration*. Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Frey Oliver (Hrsg.); Kessel, Fabian; Maurer, Susanne; Reutlinger, Christian (2005). *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden: VS Verlag
- Friedrichs, Jürgen; Triemer, Sascha (2008). *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Grossstädten*. Wiesbaden: VS Verlag
- Farwick, Andreas (2001). *Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*. Opladen: Leske + Budrich
- Hafen, Martin (2010). Die Soziokulturelle Animation aus systemtheoretischer Perspektive. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S.157-202). Luzern: interact.
- Hammelstein, Philipp; Renneberg, Babette (2006). *Gesundheitspsychologie*. Heidelberg: Springer Medizin Verlag
- Hangartner, Gabi (2010). Ein Handlungsmodell für die Soziokulturelle Animation zur Orientierung für die Arbeit in der Zwischenposition. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S.265-324). Luzern: interact.

- Hangartner, Gabi (2010). *Partizipation und Soziokulturelle Animation. Arbeit an der Demokratie? ... oder heiligt das Mittel den Zweck?* Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Hug, Annette (2007). Partizipation. In Willener, Alex (2007). *Integrale Projektmethodik für Innovation und Entwicklung in Quartier, Gemeinde und Stadt* (S.58-67). Luzern: interact.
- Kanton Basel-Stadt [BS]. (2007). *Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel*. Basel: Autor
- Kanton Basel-Stadt [BS]. (2012). *Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus*. Basel: Autor
- Lenz, Martin (2007). *Auf dem Weg zur sozialen Stadt. Abbau benachteiligter Wohnbedingungen als Instrument der Armutsbekämpfung*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag / GWV Fachverlage GmbH
- Mayer, Horst Otto (2004). Interview und schriftliche Befragung: Entwicklung, Durchführung und Auswertung (2. Aufl.). München: Oldenburg
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): *ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion*. In: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg.), "Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen" (S. 441-471). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Metzger, Marius (2008). *Sampling: Wie kommt man zur Stichprobe?* Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Präsidialdepartement des Kantons Basel Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung (2010) Magazin zur Stadtentwicklung. *Fokus Basel Nord, die Entwicklung geht weiter*. Basel: Autor
- Schäfers, Bernhard (2010). *Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schürch, Barbara; Sartoris, Alma & Drilling, Matthias (2007) *Quartierprofil St. Johann (Basel). Nationales Forschungsprojekt „Soziales Kapital und nachhaltige Quartierentwicklung, NFP54“*. <http://www.sozialestadtentwicklung.ch>

StremLOW, Jürgen (2006). *Kurzbeschreibung Leitfadeninterview*. Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.

Verfassung des Kantons Basel Stadt vom 23. März 2005 (Stand 13. Juli 2006)

Wettstein, Heinz (2010). Hinweise zu Geschichte, Definition, Funktionen... In Bernhard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S. 15-62). Luzern: interact.

Willener, Alex (2007). *Integrale Projektmethodik für Innovation und Entwicklung in Quartier, Gemeinde und Stadt*. Luzern: interact.

Willener, Alex (2010). Sozialräumliches Handeln. In Bernhard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S.349-379). Luzern: interact.

9.2 Internetquellen

Infoblatt zu den Sinus-Milieus vom Sinus-Institut (2010). Gefunden am 5. Dezember 2012

unter <http://www.sinus->

[institut.de/fileadmin/dokumente/Infobereich_fuer_Studierende/Infoblatt_Studentenversion_2010.pdf](http://www.sinus-institut.de/fileadmin/dokumente/Infobereich_fuer_Studierende/Infoblatt_Studentenversion_2010.pdf)

Majchrzak, Kamil (2007). Basel baut sich sauber. *WOZ – Die Wochenzeitung*. Gefunden am

16. Oktober 2012 unter <http://www.woz.ch/0724/stadtentwicklung-basel/basel-baut-sich-sauber>

Statistisches Amt Basel (2012) Quartierportrait St. Johann. Gefunden am 22. März 2012

unter:

<http://www.statistik-bs.ch/karten/quartier/11>

<http://www.statistik-bs.ch/karten/quartier/11/ortsplan/op11.png>

Stadtentwicklung Basel Nord (ohne Datum). Homepage der Stadtentwicklung Basel Nord.

Gefunden am 15. Dezember 2012, unter

<http://www.baselnord.bs.ch/provolta>

<http://www.baselnord.bs.ch/themen-und-projekte-stadtentwicklung/laufende-projekte-stadtentwicklung/campus-plus.htm>

<http://www.baselnord.bs.ch/themen-und-projekte-stadtentwicklung/laufende-projekte-stadtentwicklung/nordtangente.htm>

Stadtgärtnerei Basel Stadt (ohne Datum). Homepage der Basler Stadtgärtnerei. Gefunden

am 15. Dezember 2012 unter <http://www.stadtgaertnerei.bs.ch/projekte/projekt-voltamatte.htm>

SOCIALinfo, Wörterbuch der Sozialpolitik (ohne Datum). Homepage des Wörterbuches der

Sozialpolitik. Gefunden am 28. Dezember 2012, unter <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=447>

Mercer (ohne Datum). Homepage von Mercer. Gefunden am 31. Dezember 2012, unter

<http://www.mercer.com/qualityoflivingpr#city-rankings>

<http://www.mercer.ch/press-releases/Studie-Lebensqualitaet-2012?siteLanguage=1000>

Verein Wasserstrasse (ohne Datum). Homepage des Vereins Wasserstrasse. Gefunden am 3. Oktober 2012 unter <http://www.wasserstrasse.ch/absichtserklaerung/>

10 Anhang

Verordnung über die Mitwirkung der Quartierbevölkerung

Vom 22. Mai 2007 (Stand 1. Januar 2012)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf § 55 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 ¹⁾,

beschliesst:

§ 1. *Gegenstand*

¹ Die Verordnung regelt, soweit keine anderen Vorschriften bestehen, die Mitwirkung der Quartierbevölkerung der Einwohnergemeinde der Stadt Basel in Belangen, die sie besonders betreffen.

§ 2. *Zweck der Mitwirkung*

¹ Die Mitwirkung der Quartierbevölkerung dient dazu, die staatliche Meinungs- und Willensbildung zu unterstützen sowie die Identifikation mit der Stadt Basel zu fördern.

§ 3. ²⁾ *Voraussetzung der Mitwirkung*

¹ Die Quartierbevölkerung muss besonders betroffen sein.

§ 4. *Quartierorganisationen*

¹ Die Mitwirkung der Bevölkerung erfolgt in der Regel über Quartierorganisationen.

² Quartierorganisationen haben die Form eines gemeinnützigen, politisch und konfessionell neutralen Vereins im Sinne von Art. 60ff. Zivilgesetzbuch aufzuweisen.

³ Sie bestehen aus einer Mindestzahl von 20 Mitgliedern und bezwecken den Kontakt und Austausch von Informationen mit und unter der Quartierbevölkerung.

§ 5. *Vorgehen*

¹ Die zuständige Behörde hört die Quartierbevölkerung an. ³⁾

¹⁾ SG [111.100](#).

²⁾ § 3 in der Fassung des RRB vom 13. 12. 2011 (wirksam seit 1. 1. 2012, publiziert am 7. 1. 2012).

³⁾ § 5: Zweiter Satz aufgehoben durch RRB vom 13. 12. 2011 (wirksam seit 1. 1. 2012, publiziert am 7. 1. 2012).

§ 6. *Schlussbestimmung*

¹ Diese Verordnung ist zu publizieren; sie wird auf den 1. Juni 2007
wirksam. ⁴⁾

⁴⁾ Publiziert am 2. 6. 2007.